Peinliche Posse um Hohenzollern S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 13 – 29. März 2014

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Kiews Probleme mit der Demokratie
Übergangsregierung hat Legitimationsprobleme 2

Preußen / Berlin

Stillstand, wohin man blickt
Verantwortliche scheuen klare Aussagen zum Hauptstadtflughafen 3

Hintergrund

Suche nach Wohlstand
Selbst in Deutschland wächst hinter den Kulissen der Widerstand gegen Roma 4

Deutschland

Leisteten sie »erheblichen Vorschub«?
Verhältnis der Hohenzollern zum NS-System im Fokus 5

Ausland

Noch Herr am Bosporus
Kommunalwahlen sind Stimmungstest für Edogan 6

Kultur

Die Marke »Görliwood«
Görlitz entwickelt sich zur Filmhochburg 9

Geschichte

Aus dem öffentlichen Blickfeld entfernt
Reiterdenkmal in Windhuk 10





Lässt sich doch nicht alles von Obama diktieren: Angela Merkel setzt auf eigenes Urteilsvermögen

Bild: Getty

Deutsche zahlen die Zeche

Experten warnen vor Wirtschaftssanktionen gegen Russland

Führende Wirtschaftsexperten halten wie die Mehrheit der Deutschen nichts von Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Aus gutem Grund: Die Folgen bekämen der Mittelstand und somit die deutsche Bevölkerung zu spüren. Bundeskanzlerin Angela Merkel hält mit Putin Kontakt, doch wird sie deutsche Interessen auch gegenüber den USA vertreten?

Dass Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem G7-Gipfel in Brüssel zunächst mit Wladimir Putin telefonierte, wird ihr in Moskau hoch angerechnet, zeuge dies doch davon, dass sie sich ein eigenes Bild mache und nicht das von Obama vorgegebene übernehme. Bei dem Telefonat ging es um die Einigung auf ein Mandat für eine Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Ukraine. Am Ende hatte Putin seinen Widerstand aufgegeben und der Entsendung einer Beobachtermission zugestimmt.

Darüber, dass Merkel eine zentrale Rolle bei den Verhandlungen mit Moskau spielen sollte, herrscht sowohl in Russland, wie Putins Appell an die deutschen Partner beweist, als auch in den USA Einigkeit. Auch das US-Magazin „Foreign Affairs“ unterstützt Merkels Vermittlerrolle, da sie sich in der Vergangenheit mehrfach gegen Putin durchgesetzt habe.

Putin appelliert an die Deutschen als Partner Russlands

Ob Merkel dieser Verantwortung nachkommt und sich notfalls gegen US-Interessen wendet, wird sich zeigen. Zunächst kritisiert sie Russland scharf und droht härtere Sanktionen an.

Dies sehen Wirtschaftsführer wie Deutsche-Bank-Chef Jürgen Fitschen als Angriff auf unseren Wohlstand. Denn Wirtschaftssanktionen könnten zum Bumerang für die deutsche Wirtschaft werden. Der russische Markt hat eine große Relevanz für die mittelständische deutsche Wirtschaft und betrifft somit die größten Steuerzahler. Über 6000 Firmen treiben Handel mit Russland. Ein Viertel der Exporte nach Russland sind Maschinen und mechanische Geräte, 20 Prozent Kraft- und Landfahrzeuge, neun Prozent elektronische Produkte. Das Handelsvolumen Deutschlands mit Russland beträgt 77 Milliarden Euro pro Jahr, das der USA lediglich 30 Milliarden. So verwundert es nicht, dass die lautesten Rufe nach Sanktionen aus Großbritannien und den USA kommen. Sie haben weniger zu verlieren und nehmen auf deutsche Bedürfnisse in der Regel wenig Rücksicht. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel untersagte kürzlich ein Projekt der Rheinmetall, die in Russland ein Ausbildungszentrum bauen wollte. 100 Millionen Euro Umsatz gingen verloren. Weitere Verluste werden folgen, sollten weitere Sanktionen beschlossen werden.

Dabei signalisierte Dmitrij Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten, Moskau sei auch weiter an G8-Verhandlungen interessiert. Vor allem zähle man auf die für April angesetzten deutsch-russischen Konsultationen auf höchstem Niveau. Putin hat offensichtlich kein Interesse an einer weiteren Eskalation. *MRK*

(siehe auch Seite 2)

Jan Heitmann:

Richtig mutig

Nach UN-Angaben gab es im vergangenen Jahr 600000 Asylbewerber, die in einem Industrieland Asyl suchten. Davon kamen allein 110000 nach Deutschland, wobei erfahrungsgemäß nur gut ein Prozent eine Chance auf Anerkennung hat.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat in der letzten Woche bei einer Diskussionsveranstaltung den Zustrom als Gefahr für den Sozialstaat bezeichnet. Dazu, als Spitzenpolitiker in heutiger Zeit diese Wahrheit auszusprechen, gehört Mut. Der war schon bei Scholz' Ankunft am Veranstaltungsort gefordert, wollten ihn doch 150 Personen aus dem Umfeld der sogenannte Lampedusa-Flüchtlinge am Verlassen seines Fahrzeugs hindern. Doch der Sozialdemokrat und Jurist ließ sich nicht einschüchtern und sagte, wenn auch mit halbstündiger Verspätung und unter dem Schutz seiner Sicherheitsbeamten, trotz weiterer Störungen sachlich und ruhig, was er zu sagen hatte: „Die völlige Öffnung der Grenzen ist unvernünftig. Deutschland könnte dann kein Sozialstaat mehr sein und Europa könnte keiner werden, weil der Sozialstaat nicht grenzenlos jedermann unterstützen kann.“ Und mit Hinblick auf die „Lampedusa-Flüchtlinge“, bei deren Behandlung er von Beginn an auf eine strenge Rechtsanwendung pocht, betonte er, es könne nicht sein, „dass eine besonders starke Gruppe für sich Rechte durchsetzt, die für die anderen nicht gelten“. Europa müsse sich mit den aus der Zuwanderung resultierenden Fragen auseinandersetzen, „denn sie werden nicht verschwinden“.

Das waren klare, richtige und mutige Worte, die schon längst von einem Ministerpräsidenten hätten gesagt werden müssen.

Dämpfer für Lucke

AfD-Parteitag weist Machtanspruch zurück – Leitlinien später

Für Bernd Lucke, Sprecher der eurokritischen Partei Alternative für Deutschland (AfD), brachte der Erfurter Parteitag am vergangenen Wochenende eine herbe Schlappe. Seine Partei dagegen geht aus der Veranstaltung gestärkt hervor, hat sie doch bewiesen, dass sie den Ruf, eine autokratisch geführte Partei zu sein, bei der sich alles um den Mann an der Spitze dreht, nicht verdient.

Luckes Versuch, sich durch eine Satzungsänderung als alleiniger Vorsitzender und stärkere Durchgriffsrechte auf die Untergliederungen mehr Macht zu verschaffen, scheiterte am heftigen Widerstand der Delegierten. Schließlich zog Lucke nach heftigen Wortgefechten seinen Antrag für eine neue Führungsstruktur zurück. Auch in anderen Punkten gab es teils turbulente Debatten, doch am Ende folgte die Basis hier der Parteispitze, so bei der

Innerparteilicher Diskurs funktioniert

Resolution zur Ukraine. Außerdem wurde das Programm zur Europawahl, das eine radikale Abkehr von der bisherigen Politik vorsieht, mit großer Mehrheit verabschiedet. Die wichtige Diskussion und Abstimmung über die politischen Leitlinien, in denen endlich die Ziele der Partei festgeschrieben werden sollten und mit denen sie hätte zeigen können, dass sie mehr als nur den Euro im Programm hat, wurde dagegen vertagt.

Lucke wurde von seiner Partei zwar in die Schranken gewiesen, aber er bleibt der starke Mann an ihrer Spitze. Die AfD hat bei ihrem Parteitag gezeigt, dass sie den innerparteilichen Diskurs vielleicht besser beherrscht als manch andere Partei. Immerhin wurde sie erst vor einem Jahr gegründet und befindet sich noch immer in einer Art Findungsphase. Dass ihre politischen Gegner und die meisten Medien das, was sie sonst als Sternstunde der Basisdemokratie loben würden, in diesem Fall hämisch als „Chaos“ bezeichnen, war zu erwarten. *J.H.*

EU zahlt, USA entscheiden

Kiew: Brüssel überweist Milliarden, IWF überwacht »Reformen«

Die EU-Assoziierung (Anbindung) der Ukraine ist auf dem Wege. EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle spricht sogar schon von einer Vollmitgliedschaft. Die Vollmitgliedschaft sei das „stärkste Instrument“, das die EU zur Verfügung habe, um „Osteuropa ernsthaft zu verändern“, so der Tscheche in der deutschen Presse.

In Brüssel war man dem Vernehmen nach vom Vorpreschen des Kommissars nicht begeistert. Zwar teilen alle 28 Regierungen das Ziel, die Ukraine aufzunehmen. Doch will die Politik dies offenbar jetzt noch nicht in die breite Öffentlichkeit tragen. Das könnte mit den bevorstehenden Wahlen zum EU-Parlament zusammenhängen. Nach den durchwachsenen Erfahrungen mit den Neumitgliedern Rumänien und Bulgarien ist die Aufnahme weiterer Sorgenkinder

BIP halb so hoch wie in Rumänien

bei den Völkern der EU nicht sonderlich populär.

Die Wirtschaftsleistung (BIP) der Ukraine ist pro Kopf nur etwa halb so hoch wie die in Rumänien und Bulgarien. Selbst einige afrikanische Länder lassen die Ukraine hinter sich. Das Land hat aber mit 43 Millionen Menschen (ohne die Krim) deutlich mehr Einwohner als Rumänien und Bulgarien (zusammen 27 Millionen).

Kurzfristig fließen rund drei Milliarden Euro, etwa zur Hälfte als Geschenk und als Kredit, von der EU nach Kiew. In den kommenden Jahren werden elf Milliarden überwiesen.

Die Kredite sollen an ein Reformprogramm gebunden sein, das allerdings nicht von der EU, sondern vom US-dominierten Internationalen Währungsfonds (IWF) gesteuert und überwacht wird. Damit bleibt die Finanzierung Sache der Europäer, während die entscheidenden Weichenstellungen unter Aufsicht einer US-nahen Institution erfolgen. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

SPK behält den Welfenschatz

Berlin – Die „Beratende Kommission", die sich mit Streitfällen bei NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern befasst, hat empfohlen, den sogenannten Welfenschatz aus dem Kunstgewerbemuseum der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) nicht zu restituieren. Die Nachkommen der einstigen Verkäufer hatten dessen Rückgabe verlangt, da der Verkauf unter staatlichem Zwang erfolgt sei (siehe *PAZ* 5/14). Damit folgte das Gremium unter Vorsitz der ehemaligen Berliner Justizsenatorin und Bundesverfassungsrichterin Jutta Limbach (SPD) vollumfänglich der Argumentation der SPK. In der Begründung heißt es: „Es liegen keine Indizien vor, die darauf hindeuten, dass die Kunsthändler und ihre Geschäftspartner in den Verhandlungen – etwa von Göring – unter Druck gesetzt worden sind." *J.H.*

BVG hat Glück im Unglück

Berlin – Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) können aufatmen. Anfang des Jahres hatte eine Klage der US-Bank JP Morgan vor einem Londoner Gericht gegen die BVG für Schlagzeilen gesorgt. JP Morgan forderte von dem Berliner Unternehmen nach dem Scheitern eines riskanten Finanzgeschäftes aus dem Jahr 2007 Schadensersatz in Höhe von umgerechnet 157 Millionen Euro. Der Rechtsstreit offenbarte, dass sich die BVG damals auf ein Finanzgeschäft eingelassen hatte, das keiner der Verantwortlichen – unter ihnen auch der damalige SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin – wirklich verstanden hatte. Beraten wurde die BVG damals von der Kanzlei Clifford Chance, die allerdings auch JP Morgan berät, was dazu führte, dass sich alle Beteiligten einvernehmlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit einigten. Zwar muss die BVG Schadensersatz zahlen, doch da der Vorstand über die Summe ohne Hinzuziehung des Aufsichtsrates entscheiden konnte, muss sie unter dem Grenzwert von 2,5 Millionen Euro liegen. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Kein Bedarf!

Zahlreiche Wirtschaftsinstitute, aber auch -verbände sowie die EU, der IWF und sogar Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) beklagen, dass der deutsche Staat zu wenig investiere. Vor allem in Sachen Infrastruktur werde viel zu wenig getan, um zumindest das derzeitige Niveau zu halten. Doch Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht das anders. Laut einer von seinem Ministerium veröffentlichten Analyse lasse sich „für Deutschland keine allgemeine Investitionsschwäche nachweisen". Die überzeugenden Zahlen seiner Kritiker lässt er unkommentiert. *Bel*

2.033.642.771.925 €

Vorwoche: 2.033.339.606.233 €
Verschuldung pro Kopf: 25.169 €
Vorwoche: 25.165 €

(Dienstag, 25. März 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Kiews Probleme mit der Demokratie

Westen hält Krim-Referendum für manipuliert – Ukrainische Übergangsregierung hat Legitimationsprobleme

Nachdem die Ukraine de facto die Krim an Russland verloren hat, steht die Übergangsregierung vor der schwierigen Aufgabe, den Rest des Landes zusammenzuhalten und sich um die eigene Legitimation durch das Volk zu bemühen. Sie hat jedoch noch Probleme mit dem westlichen Demokratieverständnis und auf dem Majdan wächst Kritik an der Übergangsregierung.



In der Kritik: Gläserne Urnen beim Referendum für den Anschluss an Russland in Simferopol Bild: interTopics

Gläserne Urnen und von Soldaten mit vorgehaltener Waffe begleitete Wähler veranlassten die hiesige Presse die auf der Krim durchgeführte Volksabstimmung, bei der sich 95 Prozent für einen Anschluss an Russland aussprachen, als von Moskau beeinflusst zu betrachten. Nachdem Wladimir Putin seine Unterschrift unter den Aufnahmeantrag der Krim gesetzt hat, zog sich die Ukraine von der Krim zurück.

In den ehemaligen Ostblockstaaten Polen, Rumänien und Tschechien sowie den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen wächst die Angst vor einem russischen Angriff. Vor allem in Riga ist die Erinnerung an 1991, als sowjetische Panzer die Stadt besetzten, noch stark. Die im Land lebenden Russen (zirka 27 Prozent) unterstützen Putins Vorgehen. Es wächst die Angst, dass auch sie, wie jüngst die Russen in der Ost-Ukraine, ein Referendum in Lettland fordern. Vorsorglich zeigen die Nato-Staaten verstärkt Präsenz an der Ostgrenze. Ob Putin sich auf eine Konfrontation mit den Nato-Bündnispartnern einlassen wird, ist angesichts der großen wirtschaftlichen Verflechtungen gerade mit den westlichen Partnern fraglich.

So warnt neben anderen Westpolitikern auch Lettlands Präsident Andris Berzins vor Wirtschaftssanktionen gegen Russland, da sein Land unter den wirtschaftlichen Folgen am meisten zu leiden hätte. Das Bruttoinlandsprodukt könne um zehn Prozent einbrechen.

Während der Westen „Russlands Aggression gegen die Ukraine" geißelt und Putin Phantasien von einem Großrussland vorwirft, entlarvt Moskau eine ebenso aggressive US-Politik gegenüber der Ukraine, die jahrelang darauf ausgelegt gewesen sei, eine unabhängige Ukraine mit schlechten Beziehungen zu Russland zu installieren. Die vielen US-amerikanischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) hätten die gewünschte gesellschaftliche Meinung gefördert. Mit der Aufnahme ehemaliger Ostblockstaaten in die Nato wollten die USA ihren Sieg über Russland im Kalten Krieg manifestieren. Dabei scheuten sie nicht vor einer Zusammenarbeit mit rechtsradikalen nationalistischen Kräften zurück, wie die Beteiligung der nationalistischen Swoboda-Partei und des „Rechten Sektors" beim Umsturz der Janukowitsch-Regierung gezeigt habe. Washington habe Kiew das Assoziierungsabkommen mit der EU aufgezwängt wie auch eine vertiefte Partnerschaft zwischen Ukraine und Nato.

In der Tat hat es viele Hinweise darauf gegeben, dass die Revolution auf dem Majdan vom Westen maßgeblich finanziert wurde. Erst kürzlich kursierten Gerüchte über 300 amerikanische Söldner der US-Firma Academi (früher Blackwater), die in die Süd- und Ostukraine gereist seien, in denen es zu pro-russischen Demonstrationen und Auflehnungen gegen die Regierung in Kiew gekommen war.

Kein Kandidat würde die Mehrheit erlangen

Der ukrainischen Übergangsregierung fehlt bislang jegliche Legitimation, da sie nicht aus Wahlen, sondern aus einem revolutionären Umsturz hervorgegangen ist. Auch ihr Verständnis von Demokratie lässt zu wünschen übrig: Mitglieder der nationalistischen Swoboda-Partei waren in das Büro des Direktors des staatlichen Fernsehsenders NTKU, Alexander Panteleymonow, eingedrungen, schlugen auf ihn ein und zwangen ihn, seine Rücktrittserklärung zu unterschreiben, weil der Sender über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation berichtet hatte. Das wurde dem TV-Direktor als Unterstützung Putins ausgelegt. Von Julia Timoschenko kursiert im Internet ein aufgezeichnetes Telefonat, in dem sie mit dem ehemaligem Vizechef des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung über die „verdammten russischen Hunde" schimpft, „die man alle, mitsamt ihrem Führer, erschießen" müsse. Timoschenko bekannte sich zur Echtheit des Telefonats.

Die vorgezogene Präsidentenwahl könnte das Manko ausgleichen, doch schon gibt es auch über den Wahltermin Uneinigkeit. Ein Politiker der nun oppositionellen Partei der Regionen hatte vorgeschlagen, die Wahl doch erst im Dezember durchzuführen. Während Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk und Präsident Alexander Turtschinow gegen eine Verlegung des Termins sind, würden einige Vertreter von Timoschenkos Vaterlandspartei eine Verlegung begrüßen. Denn von den bereits feststehenden Kandidaten würde keiner die Mehrheit der Stimmen hinter sich bringen. Einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie zufolge liegt Timoschenko gerade einmal bei neun und Klitschko bei zwölf Prozent. Die meisten Stimmen bekäme der Milliardär und Rada-Abgeordnete Pjtor Poroschenko, der maßgeblich an den Majdan-Protesten beteiligt war. Nun hat auch der Anführer des „Rechten Sektors", Dmitrij Jarosch, seine Kandidatur bekanntgegeben. Auf dem Majdan kam es derweil zu weiteren Demonstrationen von Politologen, Journalisten und Studenten, diesmal allerdings gegen die Übergangsregierung, der die Menschen nicht vertrauen. Den Politikern wird Ineffektivität und die Verfolgung persönlicher Interessen vorgeworfen. Reformen wie die Abschaffung der Immunität für Politiker wurden noch nicht umgesetzt.

Eine Verlegung des Wahltermins würde den Kandidaten zwar Zeit für ihren Wahlkampf verschaffen, aber die Aussetzung der EU-Finanzhilfen zur Folge haben. Zudem würde die Übergangsregierung sich unglaubwürdig machen, da sie Janukowitsch aus dem Amt gehoben hatte, weil dieser sofortige Neuwahlen abgelehnt hatte.

Laut Klitschko ist es im Augenblick das Wichtigste, die Unabhängigkeit der Ukraine zu erhalten. Die neue Regierung muss schnell dafür sorgen, sich zu legitimieren.

Manuela Rosenthal-Kappi

Musterbeispiel für Gehirnwäsche

Ausstellung in Dresden verklärt Zuwanderung und blendet Probleme aus

Wir Menschen sind Nomaden … Schon immer ist Migration der Normalzustand von Gesellschaften und nicht etwa ihr Ausnahmefall wie viele meinen." Unter diesem gewagten Motto wird der Besucher in der neuen Sonderausstellung des Deutschen Hygienemuseums in Dresden empfangen, die gerade ihre Pforten öffnete, den Titel „Das neue Deutschland – Von Migration und Vielfalt" trägt und noch bis Oktober zu sehen ist. Und auch sonst hagelt es Floskeln wie: „Zuwanderung verändert und bereichert die Gesellschaft", „Der deutsche Arbeitsmarkt braucht Zuwanderung" und so weiter. Ebenso wimmelt es von Lobliedern auf die „jungen, gut ausgebildeten Migranten", welche den Arbeitskräftemangel in unserer überalterten Gesellschaft heilen, Unternehmen gründen, Arbeitsplätze schaffen und dergleichen Wohltaten erbringen. Ja, mehr noch: Jeder Zuwanderer fülle die öffentlichen Kassen pro Jahr mit 2000 Euro! Das nämlich sei die Differenz zwischen dem, was ein Durchschnitts-„Migrant" an Leistungen erhalte, und dem, was er an Steuern und Sozialabgaben zahle. Ebenso werden die Dresdner darüber belehrt, dass sie den Klassenerhalt ihrer Fußballmannschaft Dynamo nur den ausländischen Spielern zu verdanken hätten.

Überhaupt scheinen die Ausstellungsmacher um die beiden Direktoren des Hygienemuseums, Gisela Staupe und Klaus Vogel, die Bewohner der Landeshauptstadt für besonders informationsbedürftig zu halten, weist Dresden doch den Makel auf, „von allen deutschen Großstädten den geringsten Anteil an Ausländern" zu haben: schlappe 4,5 Prozent. Andererseits freilich geht die Aufklärung nun auch wieder nicht so weit, all die Probleme, welche durch Zuwanderer entstehen, in der Ausstellung zur Sprache zu bringen. Kein Wort beispielsweise über die Verbreitung gefährlicher Krankheitserreger infolge der Wanderungsbewegungen. Nichts über die psychischen Schäden, unter denen viele der Entwurzelten leiden. Dabei wäre doch gerade das Hygienemuseum dafür prädestiniert gewesen, solche Themen aufs Tapet zu bringen!

Für »Bösewichte« wie Sarrazin gibt es eine »Schmuddelecke«

Ebenso der Schweigespirale zum Opfer fielen die Gefahren durch den Islamismus sowie die Ausländergewalt gegen Deutsche. Und wenn von Rassismus die Rede ist, dann geht derselbe natürlich nur von den Autochthonen aus, wobei die vermeintlichen rassistischen Bösewichte vom Schlage eines Thilo Sarrazin in einer extra eingerichteten „Schmuddelecke" an den Pranger gestellt werden – das Ganze garniert mit Schleichwerbung für diverse linksgerichtete Organisationen wie das „Netzwerk Asyl, Migration, Flucht" und einem weit erhobenen Zeigefinger in Richtung des angeblich auch rassistisch kontaminierten und deshalb als Beweisstück präsentierten Kinderbuches „Pippi Langstrumpf".

Dies alles kann wenig verwundern, wenn man weiß, dass Personen wie der Historiker Klaus J. Bade und der Sozialpsychologe Martin Gillo als wissenschaftliche Berater fungierten. Immerhin geriert sich der erstere als bekennender Anti-Sarrazin und Islamverteidiger, wohingegen der letztere als unternehmerfreundlicher Ausländerbeauftragter der Sachsen schon einmal auf den Tag einschwört, an dem sie die Minderheit im eigenen Land darstellen.

Im Prinzip handelt es sich bei der Ausstellung, die unter anderem vom Europäischen Integrationsfonds und der Bundeszentrale für Politische Bildung gefördert wird, um ein Musterbeispiel für Gehirnwäsche. Dennoch könnte die Exposition zu Aha-Erlebnissen führen, wenn die Besucher ihre Augen offenhalten. Dann nämlich dürfte ihnen die Diskrepanz zwischen der Behauptung, dass „Migration" der quasi naturgegebene Normalzustand sei, und den ebenfalls genannten realen Zahlen auffallen: Gerade einmal 3,2 Prozent der Weltbevölkerung haben einen „Migrationshintergrund", womit die 20-Prozent-Quote in Deutschland extrem weit über dem globalen Durchschnitt liegt, weswegen man mit einiger Berechtigung sagen könnte: Es reicht!

Aber vielleicht erfreuen sich die Besucher, die allerdings nicht gerade zuhauf in die Ausstellung strömen, auch einfach nur an solch sinnfreien Exponaten wie dem Modell einer Moschee, welches aus leeren Joghurt-Bechern gebastelt wurde.

Wolfgang Kaufmann

Venetien will weg von Rom

Knapp 90 Prozent der Einwohner Venetiens haben in einer Online-Abstimmung für eine Abspaltung von Italien und die Unabhängigkeit der Region gestimmt. An der Abstimmung nahmen mit 2,4 Millionen rund 63 Prozent der Wahlberechtigten teil. Sie konnten darüber entscheiden, ob Venetien eine eigenständige Republik werden und ob diese dann Teil der EU und der Nato bleiben soll. Italiens politische Regionen sind etwa mit den deutschen Bundesländern vergleichbar. Die von einer regionalen, parteiübergreifenden Initiative namens „Plebiscito.Eu" organisierte Abstimmung hat keine rechtlichen Auswirkungen. Allerdings spiegelt sie ein eindeutiges Meinungsbild wider und gibt den Anhängern der Unabhängigkeitsbewegung, darunter der Regionalpräsident Luca Zaia von der Lega Nord, kräftig Rückenwind. Als nächsten Schritt planen sie mit Unterstützung des Regionalparlaments ein staatlich organisiertes Referendum, das dann eine rechtlich bindende Entscheidung brächte. Danach würde die Regionalregierung einen Gesetzentwurf für ein Referendum ins nationale Parlament einbringen. In Rom zeigt man sich indes unbeeindruckt, weil die italienische Verfassung die Loslösung einzelner Regionen nicht vorsieht. *J.H.*

Wowereit muss gehen!

Von Vera Lengsfeld

Längst ist aus dem Party-Oberbürgermeister ein Pattex-OB geworden. Seit seine Beliebtheit bei den Berlinern dahin ist, beweist das Berliner Stadtoberhaupt Qualitäten, die ihm niemand zugetraut hätte. Die Ausdauer, mit der Klaus Wowereit an seinem Stuhl festhält und mit der er alle Kritik an seiner Teflon-Mentalität abprallen lässt, hätte man sich bei ihm gewünscht, wenn es um die Lösung der vielen Berliner Probleme geht. Die Beharrlichkeit dagegen, mit der er Missstände in seiner Stadt ignoriert, hat etwas Pathologisches.

Während die Straßen und Plätze verdrecken, die Schulen vor sich hin rotten, die Spielplätze von Drogendealern als Zwischenlager benutzt werden – ohne Rücksicht auf die dort spielenden Kinder – Restaurant- und Ladenbesitzer ihre Toiletten wild kampierenden Flüchtlingen zur Verfügung stellen müssen, wenn sie Buttersäureanschläge vermeiden wollen, gezielt Autos von den Wenigen angezündet werden, die, wie Gunnar Schupelius von der „B.Z.“, die Missstände noch offen zu kritisieren wagen, sehen der OB und seine Partei weg.

Der Koalitionspartner CDU schweigt. Dagegen werden die Bürger langsam rebellisch. Seit einigen Jahren sind Volksabstimmungen in Berlin möglich. 2005 wurden sie auf Bezirksebene zugelassen – hier sind es Bürgerbegehren, an denen auch in Berlin lebende EU-Ausländer teilnehmen dürfen. 2006 stimmten 84 Prozent der Berliner dafür, Volksentscheide auf Landesebene einzuführen. An ihnen dürfen alle Berliner teilnehmen, die volljährig sind und die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Diese Möglichkeiten werden von den Berlinern bereits eifrig genutzt.

Viel Aufmerksamkeit bekam die Initiative für Volksbegehren gegen die Bebauung des Tempelhofer Feldes. Mehr als 185 000 gültige Unterschriften haben die Aktivisten gesammelt, am 25. Mai wird über ihren Gesetzentwurf abgestimmt. Ein riesiger Erfolg für den Verein „Demokratische Initiative 100 Prozent Tempelhofer Feld“, mit dem der Senat keineswegs gerechnet hat. Man glaubte, die Sache ignorieren und aussitzen zu können.

Eben diese Arroganz des Regierenden und seiner Senatoren geht den Berlinern allmählich gewaltig auf die Nerven. Es besteht kein Zweifel, dass die Initiatoren des Abwahlbegehrens innerhalb der nächsten Wochen die nötigen 50 000 Unterschriften zusammenbekommen, die für die nächste Stufe des Verfahrens notwendig sind. Alle sind sich sicher, dass dafür nicht ein halbes Jahr gebraucht werden wird.

Wird das Volksbegehren zugelassen, sind Neuwahlen so gut wie sicher. Dann muss Wowereit gehen und das ist auch gut so.

Stillstand, wohin man blickt

Der Hauptstadtflughafen ist frühestens 2016 fertig, nur sagt das öffentlich kaum ein Verantwortlicher



Geisterflughafen: Da keiner die Verantwortung übernimmt und ein Machtwort spricht, wursteln alle Beteiligten weiter wie bisher

Bild: pa

Der BER hinkt noch mehr dem Zeitplan hinterher als bislang ohnehin schon befürchtet. Jetzt enthüllte ein Eingeweihter, dass nur vier Prozent des Flughafens frei von Mängeln seien.

Als Berlins Flughafenchef Hartmut Mehdorn das Mammutprojekt angesichts zahlreicher Mängel und Mehrkosten vor ziemlich genau einem Jahr im März 2013 übernahm, kündigte er an, es „so schnell wie möglich“ fertigzustellen. „Sprint“ nannte er sein Rezept gegen die Pannenserie aus Brandschutzmängeln und explodierenden Kosten. Mehrfach rang er seitdem um einen frühen Probebetrieb. Auch der scheiterte. Im Februar bekannte sich Mehdorn zum Aus für den Echttest. Berlins Landespolitik will sich nach mehrmalig geplatztem Fertigstellungstermin schon lange auf keinen neuen mehr festlegen. Der Senat lässt Anstrengungen zur Fertigstellung vermissen.

So verwundert es kaum, wenn die Debatte sich nach Brandenburg verlagert. Vor Brandenburgs Landtagsabgeordneten enthüllte jetzt ein Eingeweihter, dass der Baustand den Erwartungen noch weiter hinterherhinkt. Trotz „Sprint“ seien nur vier Prozent des Flughafens BER frei von Mängeln, so der Stabsstellenleiter für Planung und Strategie der Flughafengesellschaft (FBB), Uwe Hörmann, im Potsdamer Landtag. Rasender Stillstand hat demnach alle von Mehdorn bekundeten Bauanstrengungen ergriffen, denn im November lag dieser Wert bei drei Prozent. Mehdorn hingegen sprach von einem zu 98 Prozent fertigen Projekt. Auf gerade einmal 10 000 Quadratmetern sind laut Hörmann Mängel behoben, Brandschutzprobleme noch nicht mitgezählt. Laut Hörmann sei das „kein signifikanter Rückgang“ bei den bisher 66 000 Mängeln. Positives gibt es somit allein zu jener kleinen Fläche um den Regionalbahnhof des geplanten Luftdrehkreuzes zu hören.

> »Kein signifikanter Rückgang« bei den 66 000 Mängeln

Angesichts von 14,7 Millionen Quadratmetern Gesamtfläche des neuen Flughafens und 300 000 Quadratmetern Terminalfläche beinhaltet diese Nachricht genug Zündstoff, um alle politisch Verantwortlichen gründlich wachzurütteln. Geht es in diesem Tempo weiter, heben erst in 32 Jahren Maschinen am BER ab, rechnete „Bild“ vor. Hörmann versuchte hingegen, verhalten Optimismus zu verbreiten: Für das Nordpier solle im April die Abnahme beim Bauordnungsamt beantragt werden. Ein weiterer Fortschritt sei die Entwirrung von Kabeln in den Decken und die Betriebsfähigkeit der Feuerwache Ost. Der Bericht bildet somit keinen Angriff auf Mehdorn hinter den Kulissen ab. Nichtsdestotrotz erscheint dessen erst im Januar gegebenes Wort von der „baulichen Fertigstellung bis Ende 2014“ als Phantasie aus Tausendundeiner Flughafennacht.

Nächtlicher Fluglärm verstärkt den Druck auf den Senat, eine Lösung zu finden. Anwohner des Noch-Flughafens Tegel verlieren angesichts der dortigen Flugdichte die Geduld. Eine Klagewelle droht. Sie sehen einen deutlichen Anstieg nächtlicher Aktivität trotz Nachtflugverbot zwischen Mitternacht und 6 Uhr: Um 120 Prozent haben Starts und Landungen in dieser Ruhephase seit 2011 zugenommen, errechnete die „Berliner Morgenpost“. Mehdorn ist für den Lärm um den Altflughafen Tegel nicht zu belangen.

Er begründete Ende Februar seinen Rückzieher von BER-Tests vor den Mitarbeitern damit, „dass wir für dieses Vorhaben nicht genügend Unterstützung finden konnten“. Hörmanns Bilanz legt aber nahe, wie wenig ein Test möglich ist. Realitätsverlust ist indes kein Problem Mehdorns: In einem Brief an Brandenburgs Landesregierung hat er laut Nachrichtenagentur dpa längst den Flughafenbetrieb auf 2016 vertagt – „bei weiteren unvorhergesehenen Ereignissen“. So hält er sich ein argumentatives Hintertürchen auf. Mehdorn kündigte Potsdam in dem Schreiben zudem an, mit der Sanierung der nördlichen Start- und Landebahn am Flughafen statt in diesem Juli erst im März 2015 zu beginnen.

Beim Bund steigt derweil die Nervosität: Ein möglicher Wechsel von Rainer Bomba, Vertreter des Bundes im BER-Aufsichtsrat, ist im Gespräch. Bomba bestritt solche Diskussionen um seinen Abgang: „Ich werde definitiv im Aufsichtsrat des BER bleiben und auch meinen Posten als Vorsitzender des Projektausschusses behalten. Der BER ist eine Herzensangelegenheit von mir.“ Für Ruhe bei der „Herzensangelegenheit“ sorgt das nicht, sondern nährt Erwartungen, Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) werde sich der leidigen Flughafenprobleme bald stärker widmen.

Diese Probleme bleiben umfangreich. Das geht aus Hörmanns Bericht hervor: Die Entrauchung im Brandfall bleibt demnach ein ungelöstes Problem, das noch „in der Planungsphase“ verharre. Auch der Schallschutz fordert die Planer heraus: Im Streit darum erhielten Anwohner vor Gericht letztinstanzlich Recht. Mehdorn und seine „Sprint“-Mannschaft müssen bei den Lärmschutzfenstern und der Schalldämmung nachbessern. Und so finden sich weitere Verzögerungsgründe für das steuerfinanzierte Projekt, aber keine Verantwortlichen.

Sverre Gutschmidt

»Kultur des Verschweigens«

Historiker moniert, dass Brandenburg Stasi-Überprüfungen beendet

Ein denkbar schlechtes Zeugnis hat der Wissenschaftler Helmut Müller-Enbergs der Brandenburgischen Enquetekommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ausgestellt, in welcher der Mitarbeiter der Stasi-Unterlagenbehörde als Experte selbst mitgearbeitet hatte.

In dem Gremium, das nach Bekanntwerden von Stasifällen in der Brandenburger Linksfraktion im Juni 2010 von der Opposition durchgesetzt worden war, habe keine „Kultur des Schweigens, sondern des Verschweigens“ geherrscht, so Müller-Enbergs anlässlich der Übergabe des 400 Seiten starken Abschlussberichts der Enquetekommission. Der Historiker bescheinigt der Kommission sogar, dass sie „mehrheitlich ihr mangelndes Interesse an einem Kernpunkt ihres Auftrages, der Geschichte der SED-Diktatur“, dokumentiert habe.

Völlig anders sehen dies indes SPD, Linke, Grüne und selbst die CDU. Sie sind mit der Arbeit der Enquetekommission und dem gefundenen Kompromiss zufrieden. Dieser kommt einem weitgehenden Schlussstrich gleich, denn auf eine flächendeckende Stasi-Überprüfung wird künftig verzichtet. Neben den Landtagsabgeordneten

> CDU spricht von einem »Schritt zur Versöhnung«

sollen nach der Landtagswahl im September lediglich die leitenden Landesbeamten und Juristen nochmals auf eine frühere Mitarbeit bei der Staatssicherheit überprüft werden und zwar letztmalig. Konkret sollen die Chefs von Landesbehörden und Ministerien, Oberstaatsanwälte, Vorsitzende Richter sowie Richter, die mit der Rehabilitation von SED-Opfern beschäftigt sind, noch einmal einem Stasi-Check unterzogen werden. Der CDU-Politiker Dieter Dombrowski, der in den 70er Jahren selbst für 16 Monate im Stasi-Gefängnis in Cottbus saß, betont jedoch, dass seit Herstellung der Demokratie 25 Jahre vergangen seien und er daher die gefundene Lösung für einen „Schritt zur Versöhnung“ halte.

Müller-Enbergs gehen die Überprüfungen hingegen nicht weit genug. Er hatte stattdessen empfohlen, alle Brandenburger Richter, die 1990 bereits 18 Jahre alt waren, zumindest einmalig zu überprüfen. Ähnlich sehen dies die im Brandenburger Landtag vertretenen Liberalen: Der gefundene Kompromiss sei ein fauler, so Linda Teuteberg, die rechtspolitische Sprecherin der FDP. Sie hätte sich gewünscht, dass in Brandenburg sämtliche Richter auf eine Stasi-Mitarbeit überprüft werden, da nur so das Vertrauen der Bürger in die Justiz gestärkt werden könne.

N.H.

Laden statt Dealer

»Linke« und Piraten für Cannabisfreigabe

Die Politikerin Marlene Cieschinger („Die Linke“) und die Berliner Piratenpartei wollen Cannabis freigeben. Sie stellten einen Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg-Wilmersdorf, „geeignete“ Plätze zu prüfen. In Steglitz liegt ein ähnlicher Antrag vor.

„Mit dem möglichen Leid und Tod von Menschen Geschäfte zu machen ist einfach inakzeptabel. Dies zu beenden, ist eine der wichtigsten Aufgaben für alle neuen und alten Bundestagsabgeordneten“, sagte Cieschinger im August dem Politikforum „Abgeordnetenwatch“ zur Bundestagswahl. Die Empörung der Politikerin, die 2013 erfolglos für den Bundestag kandidiert hatte, galt damals Rüstungsexporten. Nun will sie Cannabis freigeben. In Charlottenburg-Wilmersdorf sollen demnach Läden geduldet werden, die die Droge vertreiben, wenn auch testweise.

Am bereits für einen Laden vorgeschlagenen Görlitzer Park, bekannt als Drogenumschlagplatz, entdeckte die Polizei jetzt 1,5 Kilogramm Cannabis und röhrchenweise Crystal Meth. Am 5. März erst war Kokain in Bonbonform verpackt auf dem Kinderspielplatz des Parks entdeckt worden. Die Dealer vor Ort sind fast ausnahmslos Afrikaner.

> Bald Modellversuch beim Görlitzer Park?

Bereits im November hatte Friedrichshain-Kreuzberg beschlossen, beim zuständigen Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte eine Sondergenehmigung für einen Modellversuch im Görlitzer Park zu beantragen. Im Februar gab die Universität Düsseldorf eine bundesweit beachtete Studie über Todesfälle durch Cannabis heraus.

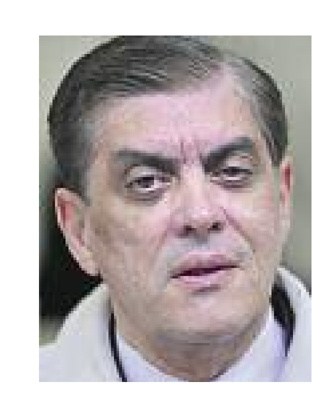
SV

Mit Feuer gegen »Drecksartikel«

Zwar wird noch geprüft, ob das Bekennerschreiben echt ist, doch die Begründung des Verfassers, warum er das Auto des „B.Z.“-Kolumnisten Gunnar Schupelius angezündet haben will, lässt aufhorchen. Angriffe auf „Hassprediger wie Schupelius“ seien ein Akt „antifaschistischer Notwehr“, um dem Autor der „Drecksartikel ... das Leben schwer zu machen“. Schupelius ist für seine konservativen Kolumnen bekannt. Am 19. März hatten Unbekannte offenbar gezielt seinen Mini Cooper in Brand gesetzt, wobei fünf weitere Autos beschädigt wurden. Neben dem Journalisten-Verband zeigte sich auch der SPD-Landeschef Jan Stöß schockiert. Im „Tagesspiegel“ verurteilte er derartige Attacken. „Mit jeder Verharmlosung von Gewalt stirbt ein Stück Freiheit. Wegsehen, Dulden, Schweigen legitimiert das Handeln der Feinde einer offenen, freien und demokratischen Gesellschaft“, so Stöß, dem es jedoch trotz dieser emotionalen Worte nicht gelang, andere zu ähnlichen Bekenntnissen zu bewegen.

Bel

Zeitzeugen



Romani Rose – Nach dem Vorbild des Zentralrates der Juden gründete der Sinto 1982 den „Zentralrat der Sinti und Roma in Deutschland“, dessen Vorsitzender er seitdem ist. Zudem fungiert Rose seit 1991 als Geschäftsführer des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg.

Ricardo Laubinger – Der Sinto aus Hildesheim fungiert seit 2013 als Erster Vorsitzender der Sinti-Allianz Deutschland und äußerte gegenüber den Medien seine „tiefe Verärgerung“ über die begriffliche Gleichsetzung von Sinti und Roma: Die Sinti seien Deutsche und keine Ausländer wie die meisten Roma.



Florin Cioaba – Der rumänische Geschäftsmann aus Hermannstadt [Sibiu] krönte sich 1997 selbst zum „Internationalen König der Roma“. Daraufhin beanspruchte sein Cousin Julian Radulescu die „Kaiserwürde“. Cioaba starb im August 2013 in einer Herzklinik in Antalya. Nachfolger auf dem „Thron“ ist sein Sohn Dorin.



Matthäus Weiß – Als Vorsitzender des Landesverbandes Schleswig-Holstein im Verband der Deutschen Sinti und Roma erstritt der Kieler 2013 die Aufnahme der Sinti und Roma als Minderheit in die Landesverfassung. Dennoch aber fordert ein oppositioneller Sinti-Rat nun seinen Rücktritt wegen Vetternwirtschaft.



Rolf Bauerdick – Mit seinem Buch „Zigeuner. Begegnungen mit einem ungeliebten Volk“ stach der deutsche Fotograf und Autor Anfang 2013 in ein Wespennest. Für den „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma handelt es sich bei dem Werk“ um einen antiziganistischen „Amoklauf der politischen Unkorrektheit“.

Auf der Suche nach Wohlstand

Selbst in Deutschland wächst hinter den Kulissen der Widerstand gegen Roma

Während von der Politik behauptet wird, Zuwanderer aus Rumänen und Bulgarien seien eine Bereicherung, klagt die Stadt Duisburg, dass neun von zehn der erwachsenen Zuwanderer keinen beruflichen Abschluss haben. Ein Großteil der 10770 Rumänen und Bulgaren hier sind Roma.

Schon seit 700 Jahren ziehen die Sinti und Roma, die niemals einen eigenen Staat gegründet haben, kreuz und quer durch Europa. Dabei kommt es neuerdings zu einem starken Anschwellen der Wanderungsströme, was vielfältige Ursachen hat. Am 25. Februar lehnte beispielsweise das Verwaltungsgericht im ostfranzösischen Besançon den Antrag der Familie des Roma-Mädchens Leonarda Dibrani auf eine Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich ab. Als Grund gab das Gericht an, es bestehe keinerlei Aussicht, dass die aus dem Kosovo stammenden Kindeseltern sich jemals in Frankreich integrieren. Kurz zuvor wurde bekannt, in welchem Ausmaß die sozialistische Regierung in Paris gegen illegale Romalager vorgegangen war. Während zur Zeit des konservativen Nicolas Sarkozy 97 Räumungen stattgefunden haben, sind es unter seinem Nachfolger François Hollande bereits 165. Und das finden auch 77 Prozent der Franzosen richtig – weshalb der verantwortliche Innenminister Manuel Valls jetzt einer der beliebtesten Politiker des Landes ist.

Ein ähnlich scharfer Wind weht den Sinti und Roma in ihren traditionellen Heimatstaaten Rumänien und Bulgarien entgegen, wo sie jeweils an die zehn Prozent der Bevölkerung stellen. Statt die von der EU bereitgestellten Mittel in Höhe von 26 Milliarden Euro für die Vor-Ort-Integration der Sinti und Roma abzurufen, verharren die Regierungen in Bukarest und Sofia in weitgehender Untätigkeit und verzichten auf große Teile des Geldes, was sich unschwer damit erklären lässt, dass kein Interesse besteht, der ungeliebten Minderheit den Aufenthalt im eigenen Lande angenehmer zu machen.

Wegen einer geringen Bildung fallen viele Sozialkassen zur Last

Vor diesem Hintergrund ziehen die Sinti und Roma nun in immer stärkeren Strömen vom Balkan und aus Frankreich nach Deutschland, wo sie sowohl von der Existenz einer besonders aktiven Lobby als auch von der großzügigen Vorgehensweise bei der Gewährung von Kindergeld und anderen Sozialleistungen profitieren. Das wiederum führt zu erheblichen finanziellen Belastungen hierzulande: „Millionen kommen und kosten Milliarden“, titelte die „Bild“-Zeitung unlängst. Dieser Kassandraruf ist natürlich heftig übertrieben und eine Folge des Umstandes, dass es schier unmöglich ist, offizielle Zahlen zu bekommen, da die eingewanderten Sinti und Roma in den Statistiken nicht extra als solche erfasst werden, sondern lediglich als Rumänen, Bulgaren und so weiter. Seriöse Schätzungen besagen allerdings übereinstimmend, dass 2014 nochmals zwischen 80000 und 200000 Sinti und Roma in Deutschland eintreffen werden.

Und das ist immer noch dramatisch genug: Schließlich müssen die traditionellen Hochburgen der Sinti- und Romazuwanderung wie beispielsweise Duisburg und Dortmund, die bereits beide mit jeweils über zwei Milliarden Euro verschuldet sind, nun mit Mehrausgaben in hoher zweistelliger Millionenhöhe rechnen. Dagegen meldet sich logischerweise Widerstand – und das mittlerweile sogar im Bundesinnenministerium, wo derzeit ein Referentenentwurf kursiert, in dem gefordert wird, die Balkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten einzustufen, damit man die „aus asylfremden Motiven gestellten Asylanträge“ von Bürgern dieser Länder, und damit eben besonders der Roma, effektiver abschmettern könne.

Des Weiteren fällt auf, dass die jetzt einwandernden Sinti und Roma nicht nur in zunehmendem Maße in Konflikte mit der autochthonen Bevölkerung geraten, sondern auch mit anderen Migranten wie Türken und Arabern. Ebenso will die Gruppe der schon lange in Deutschland ansässigen Sinti keinesfalls mit den Roma-Neuzugängen vom Balkan in einen Topf geworfen werden. Hier kündigen sich ganz neue Arten von Auseinandersetzungen an, die dann möglicherweise in weitere Wanderungsbewegungen der Sinti und Roma münden – fragt sich nur, in welche Richtung? *Wolfgang Kaufmann*



Hier lebten zeitweise bis zu 19 Roma: Mitte März mussten sie ihr Lager auf einer Industriebrache in Frankfurt/M. räumen Bild: laif



Als Diebe in die Geschichte eingegangen

Seit 1407 künden verschiedene lokale Chroniken vom Auftreten der „Secaner“ oder „Cianer“ in Deutschland. Da man diese zunächst für fromme Pilger hielt, stellte der römisch-deutsche König Sigismund ab 1417 Schutzbriefe aus, die den Reisenden freies Geleit zusicherten. Einige Jahrzehnte später hob der Reichstag diese Schutzbriefe jedoch wieder auf und erklärte die Fremden zudem 1498 für vogelfrei. Die Gründe hierfür finden sich unter anderem in den Aufzeichnungen des thüringischen Chronisten Cyriacus Spangenberg: Die „Ziehgeuner“ hätten sich als ein „loses Diebisch Volck von allerley verlaufenen bösen Buben“ erwiesen. Dazu kam der Vorwurf, dass sie Spione der Türken seien.

Allerdings hinderten diese und

Verfolgung erreichte in NS-Zeit Höhepunkt

andere Widrigkeiten die Sinti und Roma nicht daran, sich in Deutschland niederzulassen. Vom jahrhundertelangen Nebeneinander mit den „Gadsche“ zeugen heute Lehnwörter in unserer Sprache wie „Kaff“, „Kaschemme“, „Schund“ und „Zaster“.

Die Repressionsmaßnahmen gegen die Sinti und Roma gipfelten während der Zeit des Nationalsozialismus im sogenannten Porajmos. Im Verlauf dieses Völkermords sollen 500000 Menschen ums Leben gekommen sein, jedoch fehlen Nachweise für selbige Zahl.

Heute leben rund 70000 Sinti und Roma mit deutscher Staatsbürgerschaft in der Bundesrepublik, dazu kommt eine unbekannte Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen und Armutszuwanderern. Seit 1998 genießen die Sinti und Roma hierzulande den Status einer nationalen Minderheit. Mitverantwortlich hierfür war der Einsatz ihrer diversen Interessenverbände wie des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, der Roma und Cinti Union und der Sinti-Allianz Deutschland. *W.K.*

Eine Frage der Ehre

Integration kommt weder für überzeugte Roma noch Sinti infrage

Schätzungen zufolge gibt es in Europa bis zu zehn Millionen Sinti und Roma – dazu kommen vermutlich weitere zwei Millionen in Staaten wie den USA, Brasilien, Australien, Südafrika oder der Türkei. Aufgrund dieser enormen räumlichen Zersplitterung und der teilweisen Anpassung an die Gebräuche der jeweiligen Aufnahmeländer besitzen die Sinti und Roma heute keine einheitliche Kultur mehr. Und auch in ethnischer Hinsicht zerfallen sie in vielerlei Untergruppen wie beispielsweise die Kalderari und Xoraxaia. Diese Bezeichnungen wurden unter anderem von der üblicherweise ausgeübten Erwerbstätigkeit, der Religionszugehörigkeit und geografischen Merkmalen abgeleitet. So handelt es sich bei den Xoraxaia um muslimische Roma auf dem Balkan und in der Türkei.

Dennoch aber lassen sich noch einige verbindende Kulturmerkmale ausmachen. Zum ersten wäre da die Sprache. Vor allem die Roma – „Roma“ heißt übrigens nichts anderes als „Menschen“, während die Bedeutung von „Sinti“ unklar ist – sprechen noch das sanskritähnliche Romanes, das vor dem Exodus aus dem nordwestindischen Punjab entstand und bis in die 1970er Jahre hinein keinerlei Verschriftlichung erfuhr. Ebenso weit verbreitet ist die Bindung an spezielle Berufe, wenngleich hier eine gewisse Modernisierung zu verzeichnen ist: Beispielsweise treten die früheren Pferdehändler heute eher als Gebrauchtwagenverkäufer auf. Diese Beschränkung ist ein Brauch,

Im Konflikt mit dem Rechtsstaat

der letztlich noch im archaischen Kastensystem der indischen Urheimat wurzelt.

Gleichfalls ein Bestandteil sämtlicher lokaler Sinti- und Romakulturen ist das Zusammenleben und auch Wirtschaften in Großfamilien beziehungsweise Sippen, den Vitsa, denen ein Ältester oder Ältestenrat vorsteht. Das bedeutet, dass es keine höhere oder umfassendere Organisationsform und somit auch keine „Zigeunerkönige“ oder ähnliche Anführer gibt. Sämtliche Personen, die als solche auftraten oder noch immer auftreten, sind Hochstapler. Wichtigste Aufgabe des Sippenvorstandes ist es, auf die Einhaltung der Regeln zu achten. Viele dieser Normen sind letztlich Reinheitsvorschriften und Absonderungsgebote: So haben sich Frauen in bestimmten Situationen von den Männern fernzuhalten; ebenso gilt das Prinzip der strikten Trennung zwischen Sinti und Roma sowie den Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft, die Gadsche (das kann „Bauer“, aber auch „Dummkopf“ heißen) genannt werden. Im Prinzip sollen die Letzteren nicht einmal einen Einblick in die „Geheimnisse“ des Romanes erhalten. Aufgrund der Reinheitsnormen dürfen Sinti und Roma keinesfalls Berufe ausüben, bei denen sie mit Krankheit oder Tod konfrontiert werden. Wer also hofft, hier Arbeitnehmer für den Pflegebereich rekrutieren zu können, irrt.

Genauso wichtig wie das, was sie unter Reinheit verstehen, ist den Sinti und Roma ihre gruppenspezifische Ehre. Die Klärung aller Streitigkeiten um die Themen Ehre und Schande, aber auch profaner Dinge obliegt den Kris, das heißt Schiedsgerichten. Es versteht sich von selbst, dass die Sinti und Roma damit in einen Konflikt mit dem modernen Rechtsstaat geraten. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4488**

Leisteten sie »erheblichen Vorschub«?

Entschädigungsstreit rückt Verhältnis der Hohenzollern zum NS-System in den Fokus

Gemäß dem Ausgleichsleistungsgesetz haben jene, die von der sowjetischen Besatzungsmacht vor der Gründung der DDR enteignet wurden, grundsätzlich Anspruch auf Entschädigung. Eine Ausnahme bilden jene, die dem NS- oder dem kommunistischen System in der SBZ beziehungsweise in der DDR „erheblichen Vorschub" geleistet haben. Unter Hinweis auf diese Ausnahme versucht Brandenburgs Finanzminister Christian Görke von der Linkspartei die Entschädigung der Hohenzollern zu verhindern.

Ein Teil der deutschen Bevölkerung lehnt den Feudalismus ab und ist der Überzeugung, dass zu dessen Überwindung es nicht reicht, dem ersten Stand nur seine politischen Privilegien zu nehmen, sondern dass auch die Reichtümer enteignet gehören, die der Adel in der Zeit seiner Privilegierung während des Feudalismus angesammelt hat. Dieser Auffassung ist offenkundig auch der Historiker und außerplanmäßige Professor für Neuere Geschichte am Friedrich-Meinecke-Institut in Berlin, Wolfgang Wippermann, sagt er doch in einem Interview mit dem öffentlich-rechtlichen Deutschlandradio Kultur über die Enteignungen in Mitteldeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg: "Ich bin der Meinung, dass damals die Sowjets und dann auch die DDR hier wirklich richtig gehandelt haben. Sie haben den Feudalismus, der hier tatsächlich noch weit verbreitet war, überwunden und das war historisch gesehen eine richtige Tat."

Nun mag man ja der Ansicht sein, dass die Revolutionen von 1848 und 1918 noch nicht zur vollständigen Überwindung des Feudalismus geführt hätten, und es wäre nichts dagegen zu sagen, wenn versucht würde, für eine grundgesetzkonforme Politik gegen die vermeintliche Privilegierung des Adels um demokratische Mehrheiten zu werben. Stattdessen wird gegenwärtig von Landesminister Christian Görke versucht, auf einem Nebenkriegsschauplatz die vorhandene Gesetzeslage für die Verfolgung dieses politischen Ziels zu missbrauchen.

Görke bekommt dabei geschichtspolitische Rückendeckung von Wippermann, dessen Interview mit dem Deutschlandradio Kultur zu diesem Thema bemerkenswert ist. Dabei argumentiert Wippermann nämlich geschickt, aber nicht unbedingt wissenschaftlich sauber. Er sagt: „Es ist doch nun wirklich sehr merkwürdig, dass jetzt 69 Jahre nach Kriegsende noch ein Hohenzoller oder die Hohenzollern entschädigt werden sollen" und: „Mir geht es jetzt hier um die Geschichte und die Darstellung. Und wenn man mit Geschichte Politik macht oder auch ökonomische Interessen verfolgt, dann wird das etwas problematisch. Und das möchte ich doch als Historiker kritisieren dürfen." Das wirft die spannende Frage auf, ob Wippermann die Konsequenz und den Mut besäße, sich analog auch gegenüber der Jewish Claims Conference, Israel sowie Interessenvertretern von Zwangsarbeitern und Zigeunern zu äußern.



Für manche Ausstellungen steuert das Haus Hohenzollern gern Leihgaben bei: Doch den Großteil des Besitzes seiner Ahnen kennt der Chef des Hauses Preußen ausschließlich von Museumsbesuchen Bild: ddp images

Aber das ist hier nicht der entscheidende Punkt. Dieser ist vielmehr, dass Wippermann die Tatsachen bewusst verkehrt. Fakt ist, dass gemäß dem Ausgleichsleistungsgesetz in der Regel zu entschädigen ist, mit der Ausnahme von Enteigneten, die dem NS- und SED-Regime „erheblichen Vorschub" geleistet haben. Und so war es denn ja auch der Linken-Finanzminister, der zur argumentativen Unterstützung einer Entschädigungsverweigerung die Geschichte ins Feld geführt hat und nicht – wie Wippermann suggeriert – die Hohenzollern, diese haben vielmehr nur reagiert. Wippermann hingegen tut so, als ob die Entschädigungsverweigerung der Normalfall wäre, mit der Ausnahme von Enteigneten, die erheblichen Widerstand gegen das NS-System geleistet haben. Das ist keine Nachlässigkeit, sondern der Versuch der Beweislastumkehr. Und da die Beweislast nun aber bei den Entschädigungsgegnern liegt, genügt es auch nicht, wenn Wippermann den Antinationalsozialismus des ehemaligen Chefs des Hauses, Louis Ferdinand von Preußen, zu relativieren sucht.

Bei seinem Kampf gegen die Entschädigung schreckt Wippermann auch vor fremdenfeindlichen Äußerungen nicht zurück. So kommentiert er das Gutachten, das sein Schüler Christopher Clark im Auftrage der Hohenzollern über deren Verhältnis zum Nationalsozialismus geschrieben hat, mit den Worten: „... ich finde es geradezu skurril, jetzt einen Persilschein auszustellen, 69 Jahre danach. Und das von einem australischen Historiker. Also, das ist ein bisschen komisch." Auf den berechtigten Hinweis des Interviewers, dass „ja Christopher Clark der Preußen-Kenner schlechthin" sei, setzt Wippermann nach: „... ich finde es sehr merkwürdig – aber er ist Australier! –, dass man einen australischen Historiker beauftragt von der Familie der Betroffenen quasi dazu ein positives Gutachten zu schreiben und damit einen Persilschein, nannte man das damals nach 45, für diese Hohenzollern auszustellen."

Neben Ausländerfeindlichkeit zeigt sich in diesen Passagen auch wieder Wippermanns infamer Versuch einer Beweislastumkehr, der sich wie ein roter Faden durch das ganze Interview zieht. Nach 1945 stand der Kriegsverlierer Deutschland unter Generalverdacht, und in einem Entnazifizierungsverfahren mussten die Kriegsverlierer den Besatzern ihre Unschuld beweisen. Heute gilt jedoch die Unschuldsvermutung und die deutsche Verwaltung hat bis zum Beweis des Gegenteils davon auszugehen, dass ihre Mitbürger, einschließlich der von den Sowjets enteigneten, unschuldig sind. Es ist eben nicht so, dass, wie Wippermann suggeriert, die Hohenzollern „Persilscheine" bräuchten, vielmehr muss seine Seite den Hohenzollern den nun schon mehrmals zitierten „erheblichen Vorschub" nachweisen.

Überhaupt scheint der Gesetzesvorbehalt mit dem „erheblichen Vorschub" Wippermann nur Mittel zum Zweck zu sein. So sagt er: „Also, das ist aber auch generell, auch in anderen Adelsfamilien gab es sehr viele Nazis. Aber in den meisten immer noch als eine Art Alibi einer, der nicht Nazi war und der sogar im Widerstand gewesen ist. Ein höchst merkwürdige Aufrechnung." Nach dieser Logik dürfte Wippermann niemandem Entschädigung zusprechen, denn als ein Parteigänger Daniel Goldhagens in der gleichnamigen Kontroverse dürfte es in seinen Augen in „normalen", sprich nicht-adeligen Familien, nicht anders um die Verstrickung in den Nationalsozialismus bestellt gewesen sein.

Auch an anderer Stelle lässt Wippermann noch einmal durchblicken, dass in seinen Augen keiner der damals Enteigneten entschädigt gehört. So vertritt er die Ansicht, dass die Weimarer Republik „von oben, aus der Mitte der Gesellschaft und durch die Eliten" zerstört worden sei und die Zerstörer der Weimarer Republik dem NS-Regime dadurch „erheblichen Vorschub" geleistet hätten. Da die Großgrund- und Kapitalbesitzer, die von den Sowjets in der SBZ enteignet wurden, alleine schon durch ihren Großgrund- und Kapitalbesitz zur Elite gehörten, müssten Wippermanns Logik zufolge also alle diese Enteignungen unter Hinweis auf die Ausnahme unentschädigt bleiben.

Wer instrumentalisiert in diesem Streit die Geschichte?

Abschließend lässt sich konstatieren: Laut Frauen und Männern vom Schlage Wippermanns müssen die Hohenzollern dem NS-Regime einfach „erheblichen Vorschub" geleistet haben – denn sonst hätte man keine Legitimation, ihnen die Entschädigung zu verweigern. *Manuel Ruoff*

Nein zu Unterwanderung

Teil der »Piraten« versucht, Linksextremisten Einfluss zu verweigern

Vor Kurzem ist ein schon monatelang schwelender Richtungsstreit innerhalb der Piratenpartei eskaliert. Mit dem Rücktritt von drei der sieben Mitglieder des Bundesvorstandes der Partei ist ein außerordentlicher Parteitag notwendig geworden, auf dem ein neuer Bundesvorstand gewählt werden soll. Die damit verbundene Möglichkeit, eine Richtungsentscheidung innerhalb der Partei zu erzwingen, scheint von den drei zurückgetretenen Führungsmitgliedern gezielt beabsichtigt gewesen zu sein. „Mit unserem Rücktritt aus dem Bundesvorstand wollen wir sowohl uns als auch Euch die Gelegenheit geben, die ‚Piraten' endlich von ihrem politischen Schlingerkurs zu befreien", so eine im Internet veröffentliche Erklärung von Stephanie Schmiedke, Stefan Bartels und Björn Semrau nach ihrem Rückzug aus dem Bundesvorstand.

Als Motiv für den Schritt nennt Semrau ganz offen parteiinterne Probleme mit einer „kleinen Gruppe von Linksaußen", die teils aggressiv und einschüchternd aufträte und der Partei „mit grotesken Methoden ihre Themen aufzwinge", wie er gegenüber „Echo-online" erklärte. Deutlich würden dabei auch antideutsche Einstellungen, so Semrau. Vor diesem Hintergrund sieht der Darmstädter die Auseinandersetzungen innerhalb der Piratenpartei auch weniger als herkömmlichen politischen Richtungsstreit, denn als Versuch einer Unterwanderung der Partei durch extreme Gruppen.

Als Auslöser des nun hochgekochten Streits gilt das sogenannte „Bombergate". Zwei Frauen, darunter mit Anne Helm immerhin eine „Piraten"-Kandidatin für die EU-Wahl, hatten Mitte Februar in Dresden provozierend den Alliierten für die Bombardierung Deutschlands im Zweiten Weltkrieg gedankt. Nicht nur die menschenverachtende Aktion, sondern auch eine ausbleibende Reaktion der Parteispitze brachte für viele „Piraten" das Fass zum Überlaufen. Als symbolisch kann eine geschmacklose Provokation von Julia Schramm, einer Beraterin des damaligen „Piraten"-Bundesvorstands, gelten. Über das Internet präsentierte Schramm der Öffentlichkeit den Reim „Sauerkraut, Kartoffelbrei – Bomber Harris, Feuer frei", der in beinahe jeder anderen Partei einen Ausschluss zur Konsequenz gehabt hätte, bei den „Piraten" aber folgenlos blieb. Resultat von „Bombergate" war eine Austrittswelle, bei der die „Piraten" auch wichtiges Führungspersonal aus den Landesverbänden verloren.

Vorstandswahl wird zur Richtungsentscheidung

Noch nicht absehbar ist der Ausgang der nun anstehenden Kraftprobe auf dem Parteitag. Gut organisiert und nicht zimperlich bei der Wahl der Mittel könnte es dem radikalen Parteiflügel aus dem Umfeld von Antifa, Roter Hilfe und anderen linksextremen Strukturen durchaus gelingen, Posten im Bundesvorstand zu besetzen.

Die Parteilinke betreibe „brutales Mobbing". „Die haben einen stalinistischen Ansatz – der Zweck heiligt die Mittel", so der Eindruck des Strafverteidigers Udo Vetter, der lange Zeit ein wichtiges Aushängeschild der „Piraten" in Nordrhein-Westfalen war. Inzwischen hat auch Vetter die Partei verlassen. Ähnlich wie er haben viele moderate Parteimitglieder resigniert und den „Piraten" den Rücken gekehrt. Sollte der liberale Parteiflügel auf dem anstehenden Parteitag erneut eine Niederlage erleben, dürfte dies endgültig das Signal dafür sein, dass die „Piraten" auf dem Weg hin zu einer linksradikalen Sektiererpartei sind. *N.H.*

MELDUNGEN

Irak: Zurück in die Steinzeit

Bagdad – Iraks Ministerrat hat einen vom Justizminister vorgelegten Entwurf für ein ausschließlich für Schiiten geltendes Familienstandsgesetz akzeptiert. Mit der Legalisierung von Vergewaltigungen in der Ehe, der Möglichkeit, neunjährige Mädchen zu verheiraten, und der Vorgabe, dass Frauen ihren Mann um Erlaubnis zu fragen haben, bevor sie das Haus verlassen, bricht das Gesetz alle vom Irak unterschriebenen internationalen Frauenrechtskonventionen. Das auch im Irak umstrittene Vorhaben kann noch durch das Parlament gestoppt werden, dessen Zustimmung noch aussteht. *N.H.*

FN drängt in die Rathäuser

Paris – „Frankreich im Schockzustand", so der Tenor der meisten Medien auf das erste Ergebnis der Kommunalwahlen in Frankreich. Grund für die Einschätzung ist, dass die rechtskonservative Partei Front National (FN) landesweit 4,7 Prozent der Stimmen erhalten hat. Da der FN aber nur in 540 von 36000 Gemeinden Kandidaten aufgestellt hatte, liegt der Anteil der Sympathisanten weit höher. Wirklich überrascht hat das Ergebnis allerdings nicht. Da François Hollande inzwischen als der unbeliebteste Präsident seit Langem gilt, rechneten seine Sozialisten mit einem schlechten Abschneiden, auch wenn sie sich angesichts der erreichten 37,7 Prozent Stimmenanteil betroffen zeigten. Jubeln konnte die UMP, die Partei des Ex-Präsidenten Nicolas Sarkozy. Trotz zahlreicher Korruptionsskandale konnte sie 46,5 Prozent der Stimmen erlangen. Bei den Stichwahlen am kommenden Wochenende wird sich zeigen, ob der FN der Einzug in zahlreiche Rathäuser wirklich gelingt und sie die Zustimmung in der Bevölkerung in politische Mitbestimmung ummünzen kann. *Bel*

Noch bleibt er der Herr am Bosporus

Trotz Stimmenverlusten spricht vieles dafür, dass Erdogans AKP stärkste Kraft bei den Kommunalwahlen wird

Sein brutaler Umgang mit den Gezi-Park-Demonstranten, der Justiz und der Meinungsfreiheit lassen den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan aus westlicher Sicht als unwählbar erscheinen, trotzdem dürfte Erdogans Partei AKP aus den Kommunalwahlen am Wochenende als Sieger hervorgehen.

Das Gerangel um die Krim und die Ukraine hat gezeigt, dass es den meisten Bürgern des Westens suspekt ist, wenn sich Menschen freiwillig für einen autokratischen Herrscher entscheiden. Doch Putin ist nicht der einzige Machthaber, der nicht trotz, sondern wegen seines Großmachtanspruchs Millionen Anhänger hat. Auch der türkische Ministerpräsident muss zumindest noch nicht ernsthaft um seine Macht fürchten. Zwar lebt ein Fünftel der Türken in der dem westlichen Lebensstil zuneigenden Metropole Istanbul, wo es immer wieder zu Großdemonstrationen gegen Erdogan kommt, doch selbst hier sind die Einwohner gespalten zwischen Ablehnung und Anhängerschaft, schließlich hat vor allem die Stadt, in der Erdogan als Bürgermeister seine politische Karriere richtig begann, diesem viel zu verdanken. Noch heute prägt er mit Großbauprojekten wie Moscheen, Brücken oder Flughäfen – derzeit ist ein dritter in Planung, der sogar der größte der Welt werden soll – das Stadtbild und schafft Arbeitsplätze und somit Wohlstand. Und je mehr man die Großstädte verlässt und aufs Land geht, desto höher wird die Zustimmung zu Erdogans Politik. Vor allem auf dem Land kommen seine neuerdings massive Hinwendung zu islamischen Werten und die Behauptung, die Gezi-Park-Demonstranten und Korruptionsvorwürfe seien eine Verschwörung von außen gegen das türkische Volk, gut an. Erdogan setzt auf den vorhandenen Patriotismus, was derart merkwürdige Blüten schlägt, dass die türkische Wahlkommission seiner Partei einen Werbespot zur Kommunalwahl untersagte, in dem eine dunkle Macht die türkische Flagge vom Mast reißen will, und



Alle nur gekauft? Auch wenn es den Westen verwundert, hat Erdogan doch Millionen Anhänger Bild: action press

das türkische Volk dies verhindert. Die türkische Fahne dürfe nicht im Wahlkampf missbraucht werden, so dass das Urteil der Kommission, das Erdogan in diesem Fall toleriert hat, ohne die jeweiligen Entscheider durch ihm genehmere Personen auszutauschen, wie es im Falle der im Korruptionsskandal ermittelnden Staatsanwälte und der zuständigen Richter der Fall war.

Mit seiner Gratulation an die türkische Luftabwehr, die vor einigen Tagen nach einer angeblichen Verletzung des türkischen Luftraumes ein syrisches Militärflugzeug abgeschossen hatte, demonstrierte Erdogan zudem, dass er zu allem bereit ist, um die Feinde der Türkei zu bekämpfen. Doch ob es ihm gelingen wird, diesen Feinden den zu erwartenden wirtschaftlichen Abschwung zuzuschreiben, ist derzeit noch ungewiss.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei ist Erdogans Achillesferse. Dem Aufschwung hat der Ministerpräsident viel, wenn nicht gar alles zu verdanken. Seit seinem Machtantritt vor gut zehn Jahren geht es den meisten Türken finanziell deutlich besser. Doch wie wenig nachhaltig dieser Wohlstand ist, hat sich vor einigen Wochen gezeigt, als nach der Ankündigung der US-Zentralbank Fed, ihre Politik des billigen Geldes zu beenden, ausländische Investoren scharenweise ihr Geld aus der Türkei abzogen. Ihnen verdankt das Land jedoch zu einem Großteil sein Wachstum. Zwar entstand das Wirtschaftswachstum, das 2012 noch neun Prozent betrug, im letzten Jahr aber auf 3,7 Prozent zusammenschrumpfte, auch, weil zahlreiche westliche Unternehmen in den letzten zehn Jahren ihre Fertigung in die Türkei verlegt haben, doch 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sind auf einen ausgeprägten Konsum der Bevölkerung zurückzuführen, was auch am Handelsbilanzdefizit der Türkei erkennbar wird. Dieser wiederum war nur dank exzessiver Nutzung von Kreditkarten möglich, so dass die private Verschuldung der Bevölkerung in bedenkliche Höhen schoss. Da die türkische Zentralbank nach dem Abzug vieler ausländischer Investoren die Zinsen auf zehn Prozent erhöhte und somit fast verdoppelte, können aufgrund der insgesamt steigenden Zinsen viele Türken ihre privaten Konsumschulden bald nicht mehr zurückzahlen. Zwar hat die türkische Regierung bereits ein Gesetz erlassen, nach dem Banken Kreditkarten künftig nicht mehr so leichtfertig vergeben dürfen, doch das wiederum dürfte die Kaufkraft, die überwiegend kreditfinanziert war, weiter senken. Aber nicht nur der Handel und von Kreditausfällen geplagte Banken dürften demnächst Probleme bekommen, auch der Bauboom erweist sich als immer weniger nachhaltig. Ähnlich wie die Spanier erleben nun auch die Türken, dass durch Bauprojekte erfolgtes Wachstum über irrational steigende Preise Blasen erzeugt und nur für den Moment des Baus Arbeitsplätze schafft. Doch noch merken die meisten Türken nichts von den wirtschaftlichen Problemen. Zwar steigen die Arbeitslosenzahlen bereits, die Quote liegt bei offiziell zehn Prozent, doch die Stimmung im Land ist offenbar noch eher optimistisch, was eine wesentliche Voraussetzung für einen Sieg der AKP bei den Kommunalwahlen ist.

Die Wirtschaft ist seine Achillesferse

Während deutsche Medien den Bezirksbürgermeister des Istanbuler Banken- und Geschäftsviertels Sisli von der Oppositionspartei CHP, Mustafa Sarigül, als neuen Herausforderer Erdogans darstellen, der bei der Wahl gute Chancen habe, das Istanbuler Rathaus zu erobern, droht dem Ministerpräsidenten viel eher aus den eigenen Reihen Gefahr. Staatspräsident Abdullah Gül verurteilte Erdogans Versuche, durch eine Abschaltung von twitter und Facebook Kritik abzuwürgen, scharf. Da im nächsten Jahr Parlamentswahlen sind, bei denen Erdogan laut Gesetz nicht erneut antreten darf, wollte er sich im August bei den Präsidentschaftswahlen auf Güls Posten bewerben, doch das geht nur, wenn dieser auf eine Kandidatur verzichtet. Derzeit sieht es so aus, als würde Erdogans politischer Weggefährte hierzu wenig Neigung verspüren.

Rebecca Bellano

Lob vom Präsidenten

Lettische Kriegsveteranen gedachten ihrer Kameraden

Rund 1500 lettische Kriegsteilnehmer und Familienangehörige nahmen am vorletzten Wochenende an einem Marsch durch die lettische Hauptstadt Riga teil. Nach einem Gottesdienst zogen sie durch das Stadtzentrum zur nationalen „Gedenkstätte für die Freiheit" und legten dort Blumen nieder. Die von der Polizei befürchtete Konfrontation mit einigen Dutzend linken Demonstranten, darunter einige extra aus Deutschland angereiste Mitglieder der Antifa-Szene, blieb aus. Mit dieser alljährlich am 16. März durchgeführten Veranstaltung wollen die Veteranen an die rund 150000 Letten erinnern, die im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite gegen die Sowjets kämpften und von denen 50000 starben.

Von der russischsprachigen Minderheit im Lande und jüdischen Organisationen wird die Veranstaltung scharf kritisiert, denn die „Lettische Legion" gehörte zur Waffen-SS. Für ihre Kritiker steht somit fest, dass es sich bei den Veteranen um unbelehrbare Nazis handelt. Bei einem großen Teilen ihrer Landsleute stoßen sie dagegen auf Sympathie. Staatspräsident Andris Berzins brachte das 2012 zum Ausdruck, als er erklärte, man solle sich vor den Veteranen verneigen, weil sie schließlich für ihr Vaterland gekämpft hätten.

Zu den in deutschen Uniformen kämpfenden Letten gibt es zwei Lesarten. Die eine besagt, die „sowjetischen Befreier" hätten damals im Baltikum gegen „deutsche Faschisten" gekämpft und die lettischen Kämpfer seien verachtenswerte Verräter und Kollaborateure gewesen. Die andere Lesart hingegen berücksichtigt auch die Vorgeschichte und sieht sie als Freiheitskämpfer: Nachdem das unabhängige Lettland 1940 von der Roten Armee besetzt worden war, begannen Terror, Massendeportationen und die Mordorgien des Sowjetgeheimdienstes NKWD. So wurden die deutschen Soldaten, die die Sowjets im Sommer 1941 vertrieben, als Befreier willkommen geheißen. Viele Letten folgten dem Aufruf, in die von den Deutschen aufgestellten Hilfs-, Polizei- und Selbstschutzeinheiten einzutreten. Und auch als ab Anfang 1943 aus diesen Truppenteilen zwei lettische Waffen-SS-Divisionen aufgestellt und mit Wehrpflichtigen aufgefüllt wurden, regte sich in der Bevölkerung kaum Widerstand. Die lettischen Legionäre dienten nicht aus Begeisterung für den Nationalsozialismus auf deutscher Seite, sondern unter dem Eindruck des von der Wehrmacht beendeten stalinistischen Terrors. Sie glaubten, an deren Seite im Ringen zwischen den beiden Gewaltregimen auf der richtigen Seite zu stehen und so die Existenz ihres Landes wahren zu können. Dafür haben Tausende von ihnen später im sowjetischen Gulag mit dem Leben bezahlt.

Trauma des stalinistischen Terrors wirkt bis heute

Auch wenn sie nach 1945 noch lange unter der sowjetischen Herrschaft zu leiden hatten, ist der stalinistische Terror der Jahre 1940/41 bis heute ein nicht überwundenes Trauma der baltischen Völker. Daraus resultiert die offene Sympathie, zumindest aber die wohlwollende Einstellung der Letten gegenüber den Veteranen. Die lettische Politik hingegen muss zwischen der Mehrheitsmeinung im Volk und der Furcht vor schwindendem Ansehen im Ausland herumlavieren. So nahm das Parlament seinen Beschluss, den Tag der Legionäre zum offiziellen Gedenktag zu erklären, auf massiven Druck aus dem Ausland bald wieder zurück. Und das Kabinett beschloss kürzlich, dem Gedenkmarsch zukünftig fernzubleiben. Umweltminister Einars Cilinski, der trotzdem wieder mitmarschieren wollte, wurde deshalb entlassen. *Jan Heitmann*

Nicht mehr alltagstauglich

Wiener Institut fordert Abschaffung der geschlechtergerechten Sprache

Mit seiner Empfehlung, dass die geschlechtergerechte Sprache der Vergangenheit angehören sollte, ist das österreichische Normungsinstitut Austrian Standards unter heftigen politischen Beschuss geraten. Geht es nach Walburg Ernst, der Chefin des Komitees „Büroorganisation und schriftliche Kommunikation" bei Austrian Standards, dann könnte das inzwischen inflationär gebrauchte Binnen-I – etwa bei „LehrerInnen" – wieder verschwinden. Es sei stilistisch nicht zu empfehlen und durch keine Rechtschreibregelung gerechtfertigt, so die Fachbuchautorin.

Damit nicht genug. Ernst hat es gewagt, generell Zweifel am Sinn einer scheinbar geschlechtergerechten Sprache anzumelden: „20 und mehr Jahre der Bemühungen um sprachliche Gleichbehandlung haben die faktischen Probleme der Frau in der Gesellschaft um keinen Millimeter zum Besseren gewendet." Stattdessen müsse Gleichbehandlung auf faktischer Ebene stattfinden, so das nüchterne Resümee von Walburg Ernst gegenüber der „Wiener Zeitung".

Weit entfernt von solch realistischer Sichtweise ist das, was mittlerweile an deutschen Universitäten immer mehr um sich greift. Längst geht es nicht mehr allein nur um den Anspruch, eine geschlechtergerechte Sprache zu schaffen. Ziel ist es mittlerweile, nach den Vorgaben der Political Correctness jede nur erdenkliche gesellschaftliche Randgruppe vor einer vermeintlichen sprachlichen Diskriminierung zu schützen. Das Ergebnis sind Neuschöpfungen von Wörtern, die Erinnerungen an den Dadaismus wecken, jener künstlerischen Bewegung, die vor gut 100 Jahren für Furore sorgte.

Gender-Sprache habe bisher keinerlei Probleme behoben

Worten wie „Stand_Sitz_Liegepunkt" oder „dar_ge_stellt_setzt_legt" liegt der Anspruch zugrunde, eine Sprache zu schaffen, die Rücksicht auf körperlich Behinderte nimmt, die sich durch den herkömmlichen Begriff „Standpunkt" diskriminiert fühlen könnten. Andere Wortschöpfungen sollen wiederum jeden Rückschluss auf das Geschlecht verhindern. In Worten wie „Studierxs" für den Begriff „Studenten" steht das „x" für das durchgestrichene Gender-Suffix, das „s" wiederum für den Plural. Endresultat der politisch korrekten Sprachakrobatik sind Texte, die mit Fußnoten, Binnen- und Unterstrichen sowie skurrilen Worterfindungen gespickt sind, allerdings kaum noch verständlich sind und nicht mehr zur mündlich Kommunikation taugen. Ein Satzungetüm wie „Was wir* und dixs Studierxs kritisieren, ist zum Beispiel die Re_produktion von problematischen Wörtern wie etwa Be_griffe die mit ‚W' und ‚S' beginnen, wir* aber nicht re_produzieren wollen, da diese kolonialrassistisch und somit diskriminierend für Schwarze und People of Color und gleichzeitig privilegierend für weiße Menschen sind" ist nicht mehr alltagstauglich.

Ärgerlich an derlei Sprachverhunzung ist aber nicht nur, dass sie nur auf Kosten der Steuerzahler unter der Käseglocke von Universitäten gedeihen kann. Mit der zugrunde liegenden Genderideologie, die Merkmale einer Pseudowissenschaft aufweist, ist an den Universitäten auch eine zutiefst unwissenschaftliche Herangehensweise salonfähig geworden. Ein Baustein der „Genderwissenschaft" ist etwa die Behauptung, dass alle Erscheinungen des Lebens als rein „soziale Konstrukte" erklärt werden können, was bedeutet, dass gesicherte naturwissenschaftliche Erkenntnisse – etwa der Biologie – einfach als irrelevant eingestuft werden. *N.H.*

Bilanzfälscher am Werk

Italien, Griechenland und Großbritannien belegen erneut ihr Talent zur kreativen Buchführung

Er habe „vollstes Vertrauen und Bewunderung für sein ambitioniertes Reformprogramm geerntet", so war Italiens neuer Premier Matteo Renzi unlängst zu hören, nachdem er von seinem Antrittsbesuch aus Berlin zurückgekehrt war. Schaut man sich genauer an, worin Roms neue Reformpolitik besteht, fragt man sich, was Bundeskanzlerin Angela Merkel daran so lobenswert fand.

Renzi, erst seit dem 22. Februar im Amt, hat in wenigen Wochen trotz leerer Kassen seinen Landsleuten quasi das Blaue vom Himmel versprochen. Allein seine Zusage, der italienische Staat werde nun vollständig seine Schulden bei Unternehmen bezahlen, ist unmöglich einzuhalten. Nach 80 Milliarden Euro im Vorjahr sollen sich Roms offenen Rechnungen inzwischen auf 120 Milliarden Euro aufsummiert haben. Fast wie „Peanuts" nehmen sich dagegen seine ebenfalls angekündigte Steuersenkungen von um die zehn Milliarden Euro und sein Schulsanierungsprogramm mit einem Volumen von etwa zwei Milliarden Euro aus.

Renzi steckt damit in einem Dilemma. „Liefert" er nach seinen vollmundigen Ankündigungen nicht bald, dürfte er in Rekordzeit wieder aus dem Amt gejagt werden. Andererseits sind seine Versprechen eigentlich unbezahlbar. Renzi selbst hat vorgerechnet, dass allein der EU-Fiskalpakt ab 2015 von Italien für die nächsten 20 Jahre jedes Jahr Einsparungen von 40 Milliarden Euro verlangt. Statt zu sparen, will Renzi allerdings lieber neue Schulden machen. Bereits ganz offen wurde von ihm die Drei-Prozent-Defizitgrenze des EU-Fiskalpakts als „ein gestriges Gedankenmodell" bezeichnet.

Parallel tönt aus Renzis Partito Democratico nun lautstark die Parole „Europa neu verhandeln". Den passenden Hintergrund liefert eine Diskussion über einen möglichen Euro-Ausstieg, die inzwischen ganz offen in den Medien Italiens geführt wird. Zumindest solange man in Berlin am Mantra festhält, die Euro-Zone in ihrer jetzigen Form sei alternativlos, ist die Drohung eines Ausstiegs aus dem Euro eine Karte, die immer sticht.

Griechenland hat dies inzwischen mehrfach vorexerziert. Auch aktuell hat Athen wieder gute Chancen, frisches Geld zu bekommen, ohne „geliefert" zu haben. Die griechische Regierung lehnt zwar mittlerweile weitere Reformen strikt ab, wie die „Süddeutsche Zeitung" berichtet, will aber nichtsdestoweniger allen Ernstes, dass die Euro-Partner künftig für griechische Anleihen bürgen. Faktisch fordert Athen damit Euro-Bonds für sich. Spätestens wenn Italien zur Jahresmitte von Griechenland die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, dürften diese Anleihen auch wieder ganz offiziell auf der politischen Tagesordnung stehen.

Athen will Euro-Bonds durch die Hintertür

Roms Sichtweise auf die EU-Schuldenbremse als Auslaufmodell, scheint in Brüssel ohnehin schon insgeheim geteilt zu werden. Einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zufolge, werfen die Finanzministerien Deutschlands und Finnlands in einem gemeinsamen achtseitigen Brief der EU-Kommission vor, sie verwässere mit einer neuen Methodik den Stabilitätspakt und erlaube es Defizitsündern damit, ihre Verschuldung schönzurechnen. Die weitere Entwicklung ist damit leicht zu erahnen: Der EU-Fiskalpakt – ähnlich wie die Maastricht-Kriterien gedacht, um die Deutschen ruhigzuhalten – wird offiziell wohl kaum einkassiert werden. Aber – wie schon im Vorfeld der Währungsunion – dafür wird jede Variante von „kreativer Buchführung" eine neue Blüte erleben. Sei es in der Form von Schattenhaushalten, durch Griff in die Rentenkasse oder wie in Spanien und Italien dadurch, dass der Staat einfach seine Rechnungen nicht bezahlt.

Da beim EU-Fiskalpakt das Augenmerk stark auf den Finanzen der Zentralregierung liegt, droht zudem, dass das Schuldenmachen verstärkt auf die regionale und kommunale Ebene verlagert wird. Ganz offen gefordert wird inzwischen das Herausrechnen von „Investitionen" aus der Schuldenquote.

Was mit dem nötigen politischen Willen an Bilanzierungskünsten möglich ist, exerziert man inzwischen in London vor. Ohne dass es die breite Öffentlichkeit bemerkt hat, wurde Großbritannien faktisch von 20 bis 25 Prozent seiner Staatsverschuldung befreit. Relativ unspektakulär hat der neue Chef der Bank von England, Mark Carney, am 11. März angekündigt, dass die Zentralbank die von ihr angekauften britischen Staatsanleihen nie mehr verkaufen werde. Was dieser Schritt in der Praxis bedeutet, hat der „Daily Telegraph" klargemacht. Großbritannien hat damit das „größte opferlose Verbrechen in der modernen Finanzgeschichte" begangen, so der bekannte Wirtschaftsredakteur Ambrose Evans-Pritchard. Behält die Bank of England tatsächlich die Staatsanleihen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag und wandelt sie zusätzlich noch in Nullkuponanleihen um, bei denen es keine laufende Zinszahlung gibt, sondern nur eine Auszahlung am Ende der Laufzeit der Anleihe, können die Papiere „in den Schrank gepackt werden, wo sie dann vor sich hin verrotten", so Evans-Pritchard ganz unverblümt.

Dass diese Trickserei tatsächlich „opferlos" bleibt, ist mehr als fraglich. In der Praxis hat sich die direkte Staatsfinanzierung durch die Notenbanken bisher regelmäßig als eine Droge erwiesen, die in immer höherer Dosis verabreicht werden muss, bis sie schließlich im Währungszusammenbruch endet. *Norman Hanert*



Merkel trifft Renzi: Offenbar hat der gutaussehende Italiener das Herz der Kanzlerin im Sturm erobert, denn es wurde keinerlei Kritik von ihr an seinen expansiven Ausgabenplänen bekannt Bild: pa

MELDUNGEN

Auf Distanz zur EU-Bankenrettung

Frankfurt/M. – Sparkassen und Genossenschaftsbanken wehren sich gegen die Möglichkeit, dass sie mit in den beschlossenen EU-Bankenrettungsfonds einzahlen sollen. „Eine Bankenregulierung, die die Substanz regional tätiger Kreditinstitute schwächt, um Risiken internationaler Großbanken abzusichern, ist weder angemessen noch fair", sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon. Es gibt in Deutschland 471 Sparkassen und 1100 Volks- und Raiffeisenbanken, die ihre eigenen Sicherungssysteme haben. Beiden Bankengruppen machten 2013 nach Steuern jeweils über zwei Milliarden Euro Gewinn, spüren aber die Folgen der EZB-Niedrigzinsen. *Bel*

Drittweltländer unter Druck

Berlin – Da einige Entwicklungsländer bisher kein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit Brüssel geschlossen haben, obwohl seit 2002 eine Anpassung nach Welthandelsorganisationsregeln verhandelt wird, droht einigen ab Oktober ein erschwerter Marktzugang zur EU. Während die karibischen Staaten unterzeichnet haben und auch die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas Interesse zeigt, könnten vor allem Namibia und Botswana im Herbst abgestraft werden. Im Bundestag zeigen viele Abgeordnete Verständnis für die Zurückhaltung. Zwar sieht das EPA-Abkommen gewisse Übergangszeiträume vor, in denen die Entwicklungsländer vollständigen Zugang zum EU-Markt erhalten, selbst aber noch auf ausgewählte EU-Importe Zölle erheben können, langfristig droht ihnen aber der Wegfall der Zolleinnahmen und die Pleite kleinerer Unternehmen, die gegenüber EU-Firmen nicht konkurrenzfähig sind. Außerdem wird der Wegfall von Exportsteuern auf Rohstoffe und die fehlende Transparenz des Abkommens kritisiert. *Bel*

Frauenquote um jeden Preis

Selbst aus Gewerkschaften kommen Zweifel an der Umsetzbarkeit

Die Eckpunkte zur Frauenquote würden am 25. März verkündet werden, so ein Pressesprecher des Justizministeriums in der vorletzten Märzwoche gegenüber der *PAZ*. Er widersprach damit dem „Spiegel", der vermeldet hatte, SPD-Chef Sigmar Gabriel habe das Thema vorerst auf Eis gelegt.

Doch offenbar beharrte der mit Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) für das Thema zuständige Justizminister Heiko Maas (SPD) darauf, dass Schwesig und er die Leitlinien für die Frauenquote in Aufsichtsräten zeitnah präsentierten. Dabei gab es durchaus gute Gründe dafür, dass Gabriel eine Verschiebung befürwortet, denn es regt sich gleich von mehreren Seiten Widerstand.

Brisant ist, dass dieser zum Teil von einer Seite kommt, die bisher zu den Befürwortern einer Frauenquote gehörte. Doch nun, wo diese konkret wird, wurden die Auswirkungen bedacht und diese gefallen plötzlich nicht mehr jedem.

„Eine feste Quote ist immer dann problematisch, wenn der Frauenanteil in der jeweiligen Belegschaft deutlich niedriger ist", so Michael Vassilidis, Chef der IG Bergbau, Chemie, Energie. Der Gewerkschaftsfunktionär betont zudem, dass die Vorgaben so gestaltet werden müssten, dass das Prinzip einer demokratischen Wahl der Aufsichtsratsmitglieder weiter möglich sei. Denn selbst wenn auf der Liste der Aufsichtsratskandidaten der Frauenanteil 30 Prozent betrage, so sei nicht vorhersehbar, ob diese dann von der Hauptversammlung beziehungsweise Gesellschafterversammlung – je nach Rechtsform des Unternehmens – auch gewählt würden. Aufsichtsräte setzten sich zum Teil aus Arbeitgeber- und zum anderen Teil aus Arbeitnehmervertretern zusammen. Das heißt, dass auch Gewerkschaften wie die IG Metall und die IG Bergbau, Chemie, Energie demnächst weibliche Kandidaten stellen müssen, obwohl in diesen Branchen fast nur Männer tätig sind.

Prinzip der demokratischen Wahl gefährdet

Aber auch auf politischer Ebene sorgt die Frauenquote für Unbehagen. Schließlich müsste die Politik mit gutem Beispiel vorangehen und bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung wie der Deutschen Energie-Agentur oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau, wo bisher Männer in den Führungsebenen dominieren, und in den Ministerien selbst den Frauenanteil in den Chefetagen steigern. Wie der „Spiegel" schreibt, soll dies vor allem im Innenministerium und im Verteidigungsministerium für Kopfzerbrechen sorgen.

Maas kümmert das wenig. Im Interview mit dem „Tagesspiegel" sagte er: „Die Wirtschaft warnt vor dem bürokratischen Aufwand und dass es zu wenig qualifizierte Frauen gibt. Dabei haben wir doch die am besten ausgebildete Generation von Frauen." Man werde noch 2014 feste Frauenquoten für die Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen beschließen, so der SPD-Politiker, der sich des Drucks der eigenen politischen Basis bewusst ist. Es handelt sich um ein ideologisches Prestigeprojekt, für das die Partei seit Jahren trommelt, das muss nun umgesetzt werden. Und so es denn wirklich keinen weiblichen Kandidaten gibt, so bleibt der Posten eben unbesetzt, meint Maas. *Bel*

Türkei bevorzugt

Bezieher deutscher Renten im Ausland wollen Gleichbehandlung

Auf Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) kommen möglicherweise Einnahmeverluste in Milliardenhöhe zu. Auslöser ist ein Doppelbesteuerungsabkommen, das die Bundesregierung 2011 mit der Türkei abgeschlossen hat. Darin sind weitreichende Steuerprivilegien für Türken verankert, die in ihrer Heimat leben und eine Rente aus Deutschland beziehen.

Wie die Wiener Zeitung „Die Presse" berichtet, wurde in dem Abkommen den ehemaligen Gastarbeitern die Rente bis zu 10 000 Euro pro Jahr komplett steuerfrei gestellt. Für darüber hinausgehende Rentenzahlungen sind überdies nur pauschal zehn Prozent Steuern zu bezahlen.

Dies hat jetzt in Österreich zu beträchtlicher Aufregung geführt. Auslöser der Erregung waren Steuerbescheide, in denen Rentner, die in der Alpenrepublik leben und eine Rente aus Deutschland beziehen, aufgefordert wurden, rückwirkend bis 2005 Steuern nachzuzahlen. So erhielt laut „Presse" eine ältere Frau eine Zahlungsaufforderung des Finanzamts Neubrandenburg über 2100 Euro.

Erst daraufhin wurden Ruheständler in Österreich offenbar auf das deutsch-türkische Abkommen aufmerksam. Der österreichische „Seniorenrat", ein überparteilicher Dachverband von Rentnerverbänden, fordert die Regierung in Wien nun auf, in Berlin darauf zu dringen, ein mit der Türkei gleichwertiges Abkommen auch für in Österreich lebende Ruheständler mit deutscher Rente auszuhandeln. Insgesamt betrifft dies rund 150 000 Personen, Deutsche, die in Österreich ihren Lebensabend verbringen ebenso wie Österreicher, die in der Bundesrepublik gearbeitet haben.



Privilegiert: Rentner in Istanbul Bild: pa

Ohne es zu wollen, hat Berlin durch das Abkommen mit Ankara womöglich eine Lawine losgetreten. Es scheint schwer vorstellbar, dass man Österreich verweigert, was man der Türkei zugestanden hat. Dann aber dürften bald viele andere Regierungen der Welt in Berlin vorstellig werden, um die in ihrem Land lebenden Bezieher deutscher Renten ebenfalls gleichzustellen.

Dies ist sehr wohl im Interesse jener Staaten. Schließlich bedeutet eine geringere Besteuerung deutscher Auslandsrenten durch Deutschland, dass entsprechend mehr Kaufkraft in den neuen Heimatländern der Ruheständler verbleibt. In manchen Regionen etwa des Mittelmeers tragen dort lebende deutsche Rentner schon jetzt erheblich zur Belebung der örtlichen Wirtschaft bei. *H.H.*

Kluge Richter

Von Jan Heitmann

Staatsbürgerliche Rechte kann nur beanspruchen, wer auch staatsbürgerliche Pflichten übernimmt. Deshalb ist es richtig, dass der Bremer Staatsgerichtshof das Gesetz kassiert hat, mit dem der Senat des Stadtstaates allen EU-Ausländern das Recht geben wollte, die Bürgerschaft zu wählen. Zur Begründung führte der Staatsgerichtshof unter Berufung auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus, das Wahlrecht sei grundsätzlich an die deutsche Staatsangehörigkeit geknüpft, so dass der Landesgesetzgeber in dieser Frage außer bei Kommunalwahlen „keinen eigenen Regelungsspielraum“ habe. Nach der Konzeption des Grundgesetzes sei das Staatsangehörigkeitsrecht „das richtige Instrument, um einem Auseinanderfallen von Wahlvolk und Wohnbevölkerung entgegenzuwirken“.

Mit diesem Urteil hat der Staatsgerichtshof dem Versuch der rot-grünen Landesregierung, im Grundgesetz festgeschriebene Rechte des deutschen Staatsvolks auszuhebeln, einen Riegel vorgeschoben. Das Ziel des Senats war offensichtlich: Mit dem Wahlrecht auf Landesebene um Sympathie bei den EU-Ausländern buhlen und sie als Wähler gewinnen. Daraus ist dank kluger Richter nichts geworden.

In die Not gepresst

Von Rebecca Bellano

Im Falle der Ukraine gibt sich die Europäische Union als williger Entwicklungshelfer, der dem darbenden Land bereitwillig unter die Arme greifen will. Und auch sonst präsentiert sich Brüssel gern als Macht, die Unterprivilegierten die Hand reicht.

Eine vor wenigen Tagen im hierfür zuständigen Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geführte Debatte offenbart jedoch, dass die EU vor allem ihre eigenen Interessen verfolgt und damit bewusst Instabilität in anderen Ländern in Kauf nimmt. So will sie einigen westafrikanischen Staaten, falls diese sich weigern, das seit 2002 verhandelte Interims-Wirtschaftsabkommen (EPA) mit der EU zu unterzeichnen, den Marktzugang zur EU erschweren, obwohl Brüssel immer wieder betont, wie wichtig es sei, die Lebensbedingungen in Afrika zu verbessern, auch um so dafür zu sorgen, dass weniger Menschen über das Mittelmeer nach Europa „flüchten“, weil sie sich hier ein besseres Leben erhoffen.

Doch weder eine Erschwerung des Marktzugangs noch eine Unterzeichnung des Abkommens sind für Länder wie Namibia oder Botswana wirklich eine Option. Sie können sich im Grunde nur entscheiden, welchen langsamen Tod sie sterben wollen, den des abrupten Wegbrechens des Handels mit den Ländern der EU oder den des langsamen Niedergangs der eigenen Kleinunternehmen sowie des starken Rückgangs von Zolleinnahmen, die bei afrikanischen Staatshaushalten noch einen beachtlichen Posten ausmachen. Die EU sieht nämlich vor, dass alle Unterzeichner des Abkommens künftig vollständigen Zugang zum EU-Markt bekommen, dafür aber auch ihre Märkte bis auf einige Ausnahmen öffnen müssen. Nur bei einigen ausgewählten Waren dürfen die afrikanischen Partnerländer noch für einen Übergangszeitraum Zölle erheben, um so die heimischen Unternehmen zu schützen.

EU riskiert wachsende Armut in Entwicklungsländern

Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass die auf Kleinstunternehmen ausgerichtete afrikanische Wirtschaft der Konkurrenz industrieller Massenfertigung nicht standhalten kann. Arbeitslosigkeit und Armut sind die Folge.

Die EU beruft sich bei dem Abkommen auf Regeln der Welthandelsorganisation WTO, geht aber laut Vertretern der CDU/CSU noch darüber hinaus, da sie zum Teil Exportsteuern auf Rohstoffe ausschließt, obwohl sie genau weiß, dass viele Entwicklungsländer vor allem vom Export ihrer Rohstoffe leben.

Großbritannien und die USA haben sich mit derartigen Methoden in der Vergangenheit Macht und Einfluss gesichert, doch zu oft waren Not und politische Instabilität der durch Verträge geknebelten Handelspartner die Folge. Offenbar hat Brüssel aus der Geschichte wenig gelernt oder nimmt die Nebenwirkungen in Kauf, zumal die Öffentlichkeit kaum etwas mitbekommt, wie der zum Ausschuss geladene Vertreter des Bischöflichen Hilfswerks Misereor anmerkte.

Gelbe Karte

Von Maria Bornhöft

Als es 2012 in Frankreich zur Stichwahl zwischen dem damals amtierenden Präsidenten Nicolas Sarkozy und seinem sozialistischen Herausforderer François Hollande kam, wurde in dieser Zeitung der Verdacht geäußert, dass die Chefin des Front National (FN), Marine Le Pen, vermutlich insgeheim für einen Sieg von Hollande sein dürfte. Diese Theorie mochte auf den ersten Blick verwundern. Wieso sollte Le Pen jemanden als Sieger sehen wollen, der noch weiter von ihren Ansichten entfernt war als Sarkozy und seine UMP? Die Antwort lautete: Weil die Sozialisten Frankreich noch schneller herunterwirtschaften und somit noch schneller reif für eine Machtübernahme durch den FN machen würden.

Keine zwei Jahre später zeigt sich nun, dass diese Theorie durchaus zutreffend gewesen sein dürfte. Hollande hat Frankreich tatsächlich noch schneller abgewirtschaftet, als die UMP es tat, und Le Pen kann sich über eine wachsende Zustimmung in der Bevölkerung freuen.

Frankreichs Innenminister Manuel Valls, der sich zumindest einer gewissen Beliebtheit in der Bevölkerung erfreuen kann, stellte daher auch ganz weise fest, dass das Kommunalwahlergebnis, aber auch die niedrige Wahlbeteiligung von nur 64,1 Prozent gezeigt habe, dass man wieder mehr auf die Bürger eingehen müsse. Und dies tut der FN offenbar deutlich erfolgreicher als die etablierten Parteien, auch wenn ihm dafür Populismus und Extremismus unterstellt werden. Unabhängig davon, inwieweit diese Beschuldigungen zutreffen, zeigt der Erfolg der FN, dass sich die Parteien nicht völlig von Volkes Willen absetzen können.



Die EU will ungehinderten Marktzugang: Doch westliche Fertigprodukte aus Massenproduktion gefährden die Existenz afrikanischer Händler

Bild: action press

Moment mal!



Harald, komm bald wieder!

Von Klaus Rainer Röhl

Harald Schmidt wohnt in Köln „auf der Marienburg“, in unserem schönen Stadtviertel, drei Straßen weiter. Da sieht man sich schon mal beim Brötchenholen oder vor der Waschanlage der Tankstelle, wo sein blauer Zwölf-Zylinder-Jaguar plötzlich aus dem Schaum auftauchte. Damals, 1995, hatte er gerade bei Sat.1 mit seiner „Harald Schmidt Show“ angefangen, und ich war sprachlos vor Bewunderung. Ich selber hatte ja auch gerade ein Buch gegen die Politische Korrektheit geschrieben, das „Deutsche Phrasenlexikon. Politisch korrekt von A bis Z“. Das kannte Schmidt gut und bedankte sich dafür, seine Leute benutzten es als willkommenen Fundus, und irgendwann tauchten viele PC-Phrasen auch in seinen Sendungen auf, von „alternativen Radfahrern“ bis zum „Zigeunerschnitzel“.

Zu seinen Glanzzeiten waren seine frechen Kommentare am nächsten Morgen Gesprächsthema auf Schulhöfen, an der Uni und in den Büros. Er sprach mit einem Lachen aus, was alle dachten, nannte die Missstände beim Namen, die keiner sonst beim Namen nennen wollte. Beliebt bei der Bevölkerung und sofort Gegenstand heftigster Kritik waren seine Polen-Witze. Die einfache Tatsache, dass damals die meisten gestohlenen Autos ohne große Umwege in Polen landeten, drückte er mit satirischer Übertreibung aus: In Warschau seien mehr Porsches zugelassen worden als in ganz Deutschland, wunderte sich der Entertainer. Den Kritikern seiner Polen-Witze setzte er am nächsten Abend noch einen Überwitz über die Polen oben drauf. Jetzt wurde der Widerstand gegen den Satiriker erstmals politisch. Man versuchte, den Kritiker auch beruflich zu treffen. Waren die Polenwitze nicht „ausländerfeindlich“? Seine folgenden Satiren über emanzipierte Frauen nicht „frauenfeindlich“? Seine schönen Hitler-Parodien nicht augenzwinkernd und fehlte da nicht der Hinweis auf Auschwitz?

Widerstand gegen den Mainstream, der hart zurückschlug

Im Dezember 1995 präsentierte er Alice Schwarzers Zeitung „Emma“ als eines von vier Dingen, die kein Mann freiwillig anfassen würde. Wie hätte er ahnen können, dass die selbsternannte Anführerin der Frauenbefreiung Millionen mit ihrer Bewegung verdient und unversteuert ins Ausland bringen konnte?

Jetzt begannen die Angriffe gegen ihn. Schließlich war es das erste Mal, dass die Politische Korrektheit, die sich gerade in der deutschen Öffentlichkeit festgesetzt hatte, angegriffen wurde. Die Gender-Bewegung war erst in den Anfängen. Doch von dem sprühenden Selbstbewusstsein des Satirikers und seiner rasch wachsenden Fan-Gemeinde prallten alle Angriffe ab. Er wurde, wie man das heute ausdrückt, „Kult“.

Unvergessen sein erster Stichwortgeber bei „Schmidteinander“ Herbert Feuerstein und dessen Nachfolger bei Sat.1 Manuel Andrack sowie das immer nur eine Minute lang – als Überleitung zur Werbung – spielende Schau-Orchester. Legendär wurden auch seine Sendungen, in denen er mit Playmobil-Figuren wichtige historische und aktuelle Vorgänge nachspielte. Ganze Kriege führte er mit Scharen von Playmobil-Figuren auf. Harald Schmidt präsentierte sich als Intellektueller, als Lokalpatriot, als Sportler, als Literatur-Kritiker. Trat zwischendurch auch als Schauspieler auf, lebte übermütig und unbekümmert aus dem Vollen. Der Zeitkritiker, der übrigens, als Sohn vertriebener Eltern auch das „Zentrum gegen Vertreibungen“ unterstützt, erzählte auf seine eigene, jedes Mal überraschende Weise Geschichte und Politik.

Doch die Mühlen des Mainstreams mahlen langsam. Auch schlechte Quoten kann man machen. Die mangelnde oder negative Berichterstattung der Medien, auch die vielen Klagen und Prozesse, die Rücksichtnahmen auf Leute, die möglicherweise hätten klagen können, drückten am Ende die Einschaltquote herunter. Schmidt nahm 2004 überraschend eine „kreative Auszeit“.

Danach ging er mit seiner Show zur ARD. Doch mit dem Sender wurde er nie so richtig warm, sagte es auch häufig in der Show, die ganz abfiel, als er 2007 mit dem oberflächlichen Spaßmacher Oliver Pocher als gleichberechtigtem Moderator zusammengespannt wurde. Das ergab Reibungen. Die Spannung zwischen den beiden wurden sogar während der Sendung deutlich. Pocher spielte die Karte „Jung gegen alt“, Schmidt ließ sich ironisch darauf ein, spielte den Alten. Längst ist der Kampf gegen die Gesellschaft zum Gesellschaftsspiel geworden, bei dem es immer wichtiger wird, wer zum Interview in die Sendung kommt, als was dort gesagt wird. Bei Schmidt eingeladen zu werden war für viele junge Stars und Sternchen ein Sprungbrett zum Erfolg. Die Sendung wurde zunehmend ordinär, derbe, blödelnde Witze ersetzten satirische Schärfe, wirkten blass und erzeugten keine politische Reibungsenergie, also auf die Dauer auch keine Einschaltquoten. Wo aber die Quote der einzige Trumpf des hochbezahlten Einzelkämpfers war, wird ihr Absacken zum Aus.

Bekämpfte die Politische Korrektheit, als sie sich festsetzte

2011 ging Schmidt wieder zu Sat.1 zurück. Bereits 2012 wird dort die Sendung aufgrund „schlechter Quoten“ abgesetzt. Und postwendend folgte die Rache der Verspotteten an dem Spötter. Alle alten Rechnungen wurden jetzt beglichen. Kaum war Schmidt angeschlagen, wurde gnadenlos nachgetreten. Der Mainstream verwandelte sich in einen Mahlstrom.

Harald Schmidt war nicht nur Spaßmacher, sondern auch Mutmacher in einer gleichgeschalteten Welt. Letzte Woche verabschiedete sich der erst 56-Jährige fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Zuletzt war er nur noch auf dem Bezahlsender Sky zu sehen. Mit einer Einschaltquote null plus. Wer wollte, konnte seinen tapfer verhaspelten Abschied auch noch im Internet auf www.youtube.com ansehen. Ein peinliches Ende einer glanzvollen Karriere. Musste das sein?

Die „Frankfurter Allgemeine“ meint, nein. Es könnte mit Schmidt ewig weitergehen. Mit 56 mache man doch nicht Schluss! Doch Fred Kogel, bis heute Produzent der „Harald Schmidt Show“, betont gegenüber der „FAZ“, dass er wirklich kein Ass mehr im Ärmel habe. Diese Sendung bliebe aber der Maßstab für alles Weitere. Dass er dabei keine Kompromisse mehr eingehen werde, verstehe sich von selbst.

Wer war Harald Schmidt, wem hat er genützt und wem geschadet? Die Antwort ist eindeutig: Er hat den Deutschen genützt. Weil er die Politische Korrektheit schon bekämpft hat, als sie gerade erst begann, sich in Deutschland und auch in den Fernsehsendern häuslich einzurichten. Der Meinungsdiktatur des politischen Mainstreams hat er als Einzelkämpfer nach Kräften geschadet. Heuchlerisch beklagen jetzt die großen Medien mit Krokodilstränen seinen Abgang als „Ende einer Fernseh-Geschichte, einer Epoche“.

Wir dagegen fordern den Zeitkritiker auf, seinen nächsten Auftritt, in welchem Medium auch immer, vorzubereiten. Aber ohne lange zu zögern. Es besteht großer Bedarf an gut gemachter Satire in Deutschland. Die Herrschaft des billigen Mittelmaßes breitet sich aus wie ein Virus. Lieber Harald Schmidt, Du hast uns verwöhnt mit Deinem individuellen Charme und geschliffener Wortkunst. Lass uns nicht allein mit den groben und lärmenden Holzhammer-Sendungen wie Oliver Welkes „Heute Show“.

Komm zurück, Harald!

Die Marke »Görliwood«

Görlitz entwickelt sich zur Filmhochburg – Historische Kulissen der Stadt in der Oberlausitz sind bei US-Produktionen gefragt

In den Kinos laufen mit „Grand Budapest Hotel“ und „Die Bücherdiebin“ derzeit zwei höchst erfolgreiche US-Filme, die in Görlitz entstanden sind. Es ist nicht das erste Mal, dass die Stadt als Filmkulisse dient. Auf die Bewohner fällt ein Glanz des Filmgeschäfts. Ob es Sinn macht, wenn mit deutschen Filmfördergeldern US-Produktionen mitfinanziert werden, ist eine andere Frage.

Eine beliebte Empfehlung von Politikern und gutbezahlten Beratern lautet: Wenn die Industrie wegbricht, dann sollen Kultur und Tourismus für Ersatz sorgen. Doch meist zeigt die Realität, dass dieses Rezept nicht funktioniert. Ein paar Jobs in der Hotelbranche und eine Handvoll Gästeführer können nicht die weggefallen Stellen in einer Fabrik ersetzen.

In Görlitz, immerhin eine der schönsten Städte Deutschlands, konnte man in der Vergangenheit genau diese Entwicklung verfolgen. Nach der Wende und nach dem Ende der Fotoindustrie blieb nur noch ein Teil der Arbeitsplätze, die Bevölkerung begann abzuwandern. Noch immer verliert die Stadt pro Jahr ein paar hundert Menschen, die Jungen gehen nach Dresden oder Hamburg. Die Berliner Straße, die von der Altstadt zum Bahnhof führt, die Haupteinkaufsstraße der Stadt, bietet auch zur besten Geschäftszeit ein trauriges Bild. Nur wenige Kunden bummeln zwischen Ruinen und verbliebenen Geschäften.

Doch was Pessimisten nicht erwartet haben – Kultur und Tourismus werden Jahr für Jahr ein ernster zu nehmender Faktor, sorgen sogar dafür, dass es inzwischen im Zentrum der Stadt mehr Zuzüge als Wegzüge gibt.

Es sind nicht allein die alten Häuser, die die Menschen locken. Im 21. Jahrhundert muss ein Ort auch medial vermittelt werden, er muss „sexy“ sein. Görlitz gelingt das leichter als anderen historischen Orten – das hat die Stadt Kate Winslet, Brad Pitt und vielen anderen internationalen Schauspielstars zu verdanken.

Zwar ist Görlitz schon lange als Stadt des Films bekannt – in der DDR wurden in der komplett erhaltenen historischen Stadt Filme wie „Peters Jugend“ (1979) über Zar Peter den Großen oder „Karl Marx“ (1976/79) gedreht –, doch erst nach der Wende kam der Glanz Hollywoods.

2008 wurde „In 80 Tagen um die Welt“ auch in Görlitz neu verfilmt – mit Steve Coogan und Jackie Chan in den Hauptrollen. Es folgten „Inglourious Basterds“ von Quentin Tarantino mit Brad Pitt und Til Schweiger. Einen ersten glamourösen Höhepunkt bildeten die Dreharbeiten zu „Der Vorleser“ von Herbst 2007 bis Juli 2008. Die verfallenen Mietshäuser boten die perfekte Kulisse für die in der Nachkriegszeit spielenden Geschichte von Bernhard Schlink. Kate Winslet erhielt für ihre Rolle 2009 den Oscar als beste Hauptdarstellerin.

Man hätte die Dreharbeiten rund um das Jahr 2008 als Episode abtun können, als zufällige Häufung amerikanischer Aufmerksamkeit – immerhin werden Filme an allen möglichen und unmöglichen Orten gedreht und selbst das unscheinbare Eisenhüttenstadt hatte mit Tom Hanks einen gewaltigen Fürsprecher im US-Fernsehen. Doch Görlitz' alte Bausubstanz, so weiß man seit letztem Winter, verliert auch in den USA nicht an Anziehungskraft – im Gegenteil. Anfang dieses Jahres wurde in dem zurzeit leerstehenden Hertie-Kaufhaus (früher Karstadt) – eines der schönsten und besterhaltenen Jugendstil-Kaufhäuser Deutschlands – der Film „Grand Budapest Hotel“ mit Ralph Fiennes, Jeff Goldblum und Bill Murray gedreht. Auch die Stadthalle von Görlitz, ebenfalls seit Jahren leer stehend, diente als Kulisse.

Als die Dreharbeiten für „Grand Budapest Hotel“ noch nicht abgeschlossen waren, begannen am Görlitzer Untermarkt schon die Aufbauarbeiten für „Die Bücherdiebin“. Die Hauptrollen spielen die Hollywood-Stars Geoffrey Rush, Emily Watson und die Deutsche Heike Makatsch. Bei den Dreharbeiten Anfang 2013 war der langgestreckte Obermarkt für parkende Autos gesperrt. Hier standen die Lkw der Filmgesellschaften und der Catering-Unternehmen. Ein Hauch große weite Welt wehte durch die Stadt an der Ostgrenze des Landes, ein Hauch von Hollywood.

Man muss die Chancen, die sich bieten, wahrnehmen, dachten die Verantwortlichen der Stadt und beschlossen, das Image der Filmstadt zu vermarkten. Im Juni wurde die Marke „Görliwood“ geschützt und soll nun gezielt im Stadtmarketing eingesetzt werden.

Einen ersten, unerwarteten Erfolg gibt es bereits: Der aus der Oberlausitz stammende Unternehmer Winfried Stöcker, der in Lübeck ein Unternehmen für Labor-Reagenzien betreibt, war durch Presseberichte über die Dreharbeiten zum „Grand Budapest Hotel“ auf das alte Kaufhaus im Herzen der Stadt aufmerksam geworden und hat es kurzerhand erworben. Bereits im nächsten Jahr sollen hier Geschäfte einziehen und den historischen Lichthof mit seinen Galerien beleben.

Die Stadthalle, 1910 errichtet und kaum weniger eindrucksvoll als das Kaufhaus, wartet indes noch auf einen Investor. Die Stadt zeigt sich außerstande, eine Sanierung alleine zu stemmen. Ein Benefiz-Konzert mit Bill Ramsey brachte erste Gelder zusammen. Kommt auch hier die überraschende Wende zum Positiven?

Görlitz wird bei Touristen immer beliebter. Die Übernachtungszahlen steigen sprunghaft, an der Neiße soll im leer stehenden Kondensatorenwerk ein neues Vier-Sterne-Hotel entstehen. Und tatsächlich ziehen auch Westdeutsche in die Stadt, gerade in das Zentrum. Noch sind es nicht viele, noch sind es weniger Zuzügler als Abwanderer, aber vielleicht schlägt bald die Waage um. Denn als Rentner findet man in Görlitz ein Paradies. Die Wohnungen sind so preiswert wie nirgends sonst in Deutschland, für vier Euro pro Quadratmeter kann man direkt in der Innenstadt Altbauwohnungen mit Parkett und Stuckdecken mieten. Die Umgebung bietet Attraktionen – vom Muskauer Fürst-Pückler-Park bis hin zum Riesengebirge.

Vermutlich wird es wieder ein Markenzeichen sein, das die Stadt voranbringen wird, das Görlitz endgültig in eine prosperierende Kultur- und Reisestadt transformiert: die Marke „Weltkulturerbe“. Ein erster Anlauf ist zwar im letzten Jahr gescheitert, aber eigentlich zweifelt niemand daran, dass die Stadt mit über 4000 eingetragenen Baudenkmälern die Unesco-Auszeichnung verdient. *Nils Aschenbeck*



Görlitzer Untermarkt wie vor 100 Jahren: Filmrequisiten in der Altstadt zu den Dreharbeiten von „Grand Budapest Hotel“ Bild: pa

Heißer Metallklumpen

Der Eiffelturm im Film – Nach 125 Jahren nur noch Nebenrollen

Eine der spektakulärsten Verfolgungsszenen von James Bond spielt auf dem Eiffelturm. Nachdem die von Grace Jones gespielte May Day einen Bond-Informanten im Turmrestaurant ermordet hat, wird sie vom 007-Darsteller Roger Moore verfolgt, wobei beide halsbrecherisch auf den Eisenstreben herumbalancieren. Am Ende stürzt sich May Day mit einem Fallschirm vom Eiffelturm.

Als der Bond-Film „Im Angesicht des Todes“ 1985 gedreht wurde, konnte man die gefährliche Szene noch nicht am Computer nachstellen. Damals stürzte sich ein Stuntman in die Tiefe – und landete sanft 300 Meter weiter unten. Da die Szene auf Anhieb klappte, brauchte ein zweiter Stuntman nicht herunterspringen, der für den Notfall bereitstand. Deswegen enttäuscht, riskierte er einige Tage später auf eigene Faust einen Fallschirmsprung – und wurde bei der Landung prompt von der Pariser Polizei empfangen.

In seinen 125 Jahren des Bestehens diente der bei den Parisern anfangs ungeliebte Eiffelturm unzählige Male als Filmkulisse. Das spöttisch als „Zäpfchen mit Löchern“ oder als Kirchturmskelett bezeichnete Eisengerüst feierte seine Geburt etwa gleichzeitig mit dem Beginn der Filmkunst. Schon 1897 dokumentierten die Pioniere des Stummfilms, die Brüder Lumière, das „Panorama während des Aufstiegs auf den Eiffelturm“. Auf dem Weg nach oben im Fahrstuhl, wird zwischen den Eisenstangen hindurch die schon damals faszinierende Aussicht auf die Stadt gezeigt.



Bild: tws

„Dame aus Eisen“: Eiffelturm

Seine erste große Stummfilmrolle hat der Eisengigant, der 1889 aus Anlass des 100. Jahrestages der Französischen Revolution für die damalige Weltausstellung von dem Konstrukteur Gustave Eiffel erbaut wurde, in René Clairs Science-Fiction-Film „Paris im Schlaf“ von 1925, wo ein Turmwächter morgens hoch oben in dem Gestänge erwacht und feststellt, dass Paris wie ausgestorben ist. Ein verrückter Wissenschaftler hat mit einer Strahlenpistole die ganze Welt zum Stillstand gebracht. Allerdings reicht die Strahlenwirkung nicht bis auf den Turm hinauf, der damals mit 320 Metern noch das höchste Gebäude der Welt war, ehe er 1930 vom New Yorker Chrysler Building abgelöst wurde.

In Ernst Lubitschs „Ninotschka“ (1939) wird der Eiffelturm als romantische Kulisse entdeckt. Dort flirtet der Aristokrat D'Algout mit der von Greta Garbo gespielten strammen Kommunistin Ninotschka, die unter dem Eindruck westlicher Ingenieurskunst eine Vorliebe für den Kapitalismus entwickelt.

Später dient der Eiffelturm vor allem in Actionfilmen als Erkennungszeichen von Paris. Immer, wenn darauf verwiesen werden soll, dass eine Szene in Paris spielt, wird der Turm kurz eingeblendet. Eine Nebenrolle ist ihm in Untergangsfilmen wie „Kampf der Welten“ (1953) oder „Independence Day“ (1996) beschieden, wo Außerirdische ihm den Garaus machen. In „Mars Attacks“ (1996) wird er von Aliens mit Laserwaffen sogar ganz fies zu einem Metallklumpen zusammengeschmolzen. *Harald Tews*

Verflixt verpixelt

Lehrreiche Mondrian-Ausstellung in Hamburg

Fast zur selben Zeit, da sich nach dem Ersten Weltkrieg die großen gesellschaftlichen Umbrüche anbahnten, ging auch in der Kunst Revolutionäres vor: Die abstrakte Malerei begann ihren Siegeszug. Um 1918 schuf der niederländische Maler Piet Mondrian (1872–1944) jene quadratischen Farbkompositionen, für die er berühmt wurde und die ihn zu einem der Urväter der abstrakten Malerei machten.



Mondrian: „Komposition“ von 1921 Bild: 2014 Mondrian/Holtzman Trust

Im Zentrum Hamburgs, dem Rathausmarkt, sind jetzt einiger dieser revolutionären Bildwerke von vor knapp 100 Jahren ausgestellt. Das zwischen dem Rathaus und einem Alsterfleet gelegene und von der „Zeit“-Stiftung getragene Bucerius Kunst Forum zeigt aber, dass Mondrian alles andere als ein Revoluzzer war, der die Kunstwelt aufmischen wollte. Denn bis er zu seinem Erfolgsstil gelangte, der zu seinem Erkennungsmerkmal werden sollte, war er ein eher unbedeutender Genremaler von Landschaften und gegenständlichen Dingen. Auch seine spätere Hinwendung zum Kubismus und Pointilismus hätte ihn kaum nachhaltigen Ruhm eingebracht.

Erst über seine kunsttheoretische Auseinandersetzung vor allem mit Goethes Farbenlehre entwickelte er eine neue Form des Sehens. In seiner Schrift „Die neue Gestaltung der Malerei“ stellt er fest, dass sich in der neuen Kunst „das Sehen immer mehr nach innen“ verlagere. So, als „zoome“ er mit einer Kamera immer dichter ein Objekt heran, bis es sich wie bei einem digitalen Bild immer mehr verpixelt – so muss man sich Mondrians Farbkompositionen vorstellen. Sie sind der kleinstmögliche Ausschnitt der Wirklichkeit. Erst mit Abstand – und sei es den von etwa 100 Jahren – betrachtet, ergibt es ein Bild vom Ganzen. *tws*

„Mondrian. Farbe“: bis 11. Mai, Bucerius Kunst Forum, Rathausmarkt 2, Hamburg. Eintritt: 8 Euro. www.buceriuskunstforum.de

Wagners Freund aus Königsberg

Albert Lortzing hatte keine Chance. Als 1848 an der Frankfurter Oper die Stelle des musikalischen Leiters frei wurde, zog der gefeierte Komponist von „Zar und Zimmermann“ den Kürzeren gegenüber Louis Schindelmeisser. Der Königsberger Dirigent, dessen 150. Todestag am 30. März gedacht wird, stand für das neue Musiktheater im Sinne Richard Wagners. Mit ihm stand er in regelmäßigem Briefkontakt, und seine Werke führte er auch regelmäßig auf.



Bild: Archiv

Wagner-Freund Schindelmeisser

Geboren am 8. Dezember 1811 in Königsberg zog Schindelmeisser nach dem Tod des Vaters mit der Mutter nach Berlin und übte sich als Klarinettist. Nach seiner Dirigentenausbildung wurde er Kapellmeister in mehreren Städten, bis er über Frankfurt nach Darmstadt kam, wo er starb. Neben seiner Dirigententätigkeit komponierte er fünf Opern, die aber rasch verhallten. Bedeutsam blieb er aber als Wegbereiter der Musik Wagners. So dirigierte er Premieren von „Tannhäuser“, „Rienzi“ und „Lohengrin“. Wagner dankte es ihm durch seine Brieffreundschaft. *tws*

Aus dem öffentlichen Blickfeld entfernt

Adolf Kürles Reiterdenkmal in Windhuk wurde zweimal verlegt – Der Sockel ist zerstört, das weitere Schicksal ungewiss

Vor vier Jahren wurde nach der erstmaligen Verlegung von Adolf Kürles Reiterdenkmal in Namibias Hauptstadt Windhuk ein Kranz niedergelegt, um die „Totenruhe wiederherzustellen". Inzwischen ist das Denkmal auf Geheiß der Regierung vom Sockel getrennt und schon wieder verlegt worden.

Schon zu Beginn des vorigen Jahrhunderts gab es in der damaligen deutschen Kolonie Südwestafrika Bestrebungen, für die im Kampf mit den Eingeborenen gefallenen Soldaten eine zentrale Gedenkstätte zu errichten. Doch dann kam es 1904 zum großen Aufstand des Volkes der Herero, nach dessen Niederschlagung sich auch noch die Nama-Stämme erhoben, und so konnte man erst nach dem Ende der Kampfhandlungen 1907 die Realisierung des Vorhabens umsetzen.

Im Juli 1909 wurde in Berlin ein Wettbewerb ausgeschrieben, an dem sich sechs Bildhauer beteiligten. Man entschied sich schließlich für den Entwurf des Künstlers Adolf Kürle, der dann sofort mit der Ausführung begann. Im November 1911 traf das fertige, in einer großen Holzkiste verpackte Reiterstandbild mit dem Schiff in Swakopmund ein, von wo aus es mit der Bahn nach Windhuk weiter befördert wurde. Kürle selbst war mitgekommen und überwachte die Aufbauarbeiten. Die Einweihungsfeier, zu der neben Teilen der Schutztruppe und der Landespolizei auch zahlreiche Vereine angetreten waren, fand am 27. Januar 1912, Kaisers Geburtstag, statt. Nachdem Gouverneur Theodor Seitz das Denkmal enthüllt hatte, wurden Kränze niedergelegt, darunter auch einer des Kaisers.

Die Figur auf dem Sockel zeigt einen typischen Schutztruppenreiter jener Zeit, und das Denkmal gilt als eines der schönsten Reiterstandbilder der südlichen Hemisphäre. Die Statue selbst ist 4,5 Meter hoch, die Gesamthöhe einschließlich Sockel beträgt 9,5 Meter. Letzterer besteht aus grauen unbehauenen Granitblöcken aus der Gegend nördlich von Windhuk, und darin eingelassen ist eine Bronzeplatte mit dem Text: „Zum ehrenden Angedenken an die tapferen deutschen Krieger, welche für Kaiser und Reich zur Errettung und Erhaltung des Landes während des Herero- und Hottentottenaufstandes 1903 bis 1907 und während der Kalahari-Expedition ihr Leben ließen. Zum ehrenden Angedenken auch an die deutschen Bürger, welche den Eingeborenen im Aufstande zum Opfer fielen." Darunter folgt eine zahlenmäßige Übersicht jener Personen, die „gefallen, verschollen, verunglückt, ihren Wunden erlegen und an Krankheiten gestorben" sind.



Noch mit Sockel: Reiterdenkmal mit Christuskirche und alter Feste im Stadtzentrum Bild: pa

Das Denkmal blieb nach dem Ende der deutschen Kolonialzeit (1915) unangetastet, und die südafrikanischen Administratoren legten sogar am „Remembrance Day", der jedes Jahr im November in allen Commonwealth-Staaten begangen wird und mit dem deutschen Volkstrauertag vergleichbar ist, einen Kranz am „Reiter von Südwest" nieder. Am 2. Januar 1969 erfolgte die Proklamierung zum nationalen Denkmal. Auch das unabhängige Namibia (seit 1990) tolerierte anfänglich die historischen Denkmäler, und erst kurz vor dem 20. Jubiläum der Selbstständigkeit des Landes begann eine lebhafte öffentliche Debatte über den Umgang mit den Relikten der Vergangenheit. So geriet auch der Windhuker Reiter ins Visier, nachdem zuvor der Versuch gescheitert war, eine Zusatztafel mit erklärendem Text vor dem Denkmal anzubringen. Hintergrund für den neuen Vorstoß waren Pläne der Regierung, auf dem Gelände ein monumentales Unabhängigkeitsmuseum zu errichten. In Gesprächen mit verschiedenen Interessengruppen einigte man sich letztlich darauf, den Reiter einige hundert Meter weiter vor den Eingang der Alten Feste zu versetzen. Mit dieser Lösung war allen Seiten gedient, zumal der Umzug des Denkmals mit Spendengeldern einer ins Leben gerufenen Privatinitiative finanziert werden sollte.

Mitte August 2009 war es dann soweit: Die Reiterfigur wurde vom Sockel gehoben, dessen Steine man fein säuberlich nummerierte, um sie anschließend korrekt wieder aufbauen zu können, und im Februar 2010 zierte das Denkmal den neuen Standort. Nach Abschluss aller Arbeiten erfolgte am 28. März 2010 eine Kranzniederlegung, um die „Totenruhe wiederherzustellen". Gleichzeitig legte man den 14. November des Jahres („Remembrance Day") als Tag der offiziellen Wiedereinweihung fest, was dann auch geschah.

Am 27. Januar 2012 wurde in einer großen Feierstunde das 100. Jubiläum des Reiterstandbilds begangen. Doch schon im Jahr darauf begann erneut eine Diskussion um seine Zukunft, ausgelöst von der Regierungspartei Swapo, die rund um das inzwischen fertiggestellte Unabhängigkeitsmuseum Monumental-Statuen von „Helden des Befreiungskampfes" aufzustellen beabsichtigte. Dafür aber, so hieß es, störe der Reiter als Symbol der Kolonialzeit und deshalb müsse er endgültig verschwinden. Staatspräsident Hifikepunye Pohamba schlug sogar vor, ihn an Deutschland zurückzugeben. Der am 1. August 2013 für drei Jahre neu gewählte Denkmalrat, in dem kein deutschstämmiger Namibier mehr vertreten ist, stellte schon im September des Jahres klar, dass man dem Reiter zunächst den Denkmalschutz aberkennen und ihn dann möglichst bald aus dem öffentlichen Raum verbannen wolle. Kulturminister Jerry Ekandjo versicherte jedoch, ihn im Innenhof der Alten Feste wieder aufstellen zu lassen.

Am 20. Dezember 2013 erschien in zwei namibischen Zeitungen eine Anzeige des Denkmalrates mit der Absichtsbekundung, dass der Reiter seinen Schutzstatus verlieren solle, wogegen innerhalb von 60 Tagen Einspruch eingelegt werden könne. Doch man hielt die Frist gar nicht erst ein, denn nur fünf Tage später wurde die Statue in einer illegalen Nacht- und Nebelaktion vom Sockel gehoben und mit einem Kran über die Außenmauer der Alten Feste in den Innenhof gehievt, wo sie seitdem durch Gerüststangen provisorisch abgesichert steht. Die Gedenktafel wurde bei der Aktion beschädigt, der Sockel in den Tagen danach mit Presslufthämmern zerstört und die Reste auf einer Müllkippe außerhalb von Windhuk entsorgt. Das Gelände war am Weihnachtsabend weiträumig abgesperrt, und die Polizei hinderte die wenigen Zuschauer mit Gewalt daran zu fotografieren.

Den Abriss selbst bewerkstelligten nordkoreanische Kontraktarbeiter, die seit Jahren im Lande tätig sind, gehört doch das Regime in Pjöngjang neben der Volksrepublik China, Kuba und Simbabwe zu den engsten Verbündeten Namibias. Seit mehr als einem Jahrzehnt schon haben Nordkoreaner öffentliche Gebäude in Windhuk in typisch stalinistischem Stil gebaut, so auch das noch nicht eröffnete Unabhängigkeitsmuseum, und die geplanten „Helden-Denkmäler" werden ebenfalls diesem Trend folgen.

Denkmalschutz wurde aberkannt

Die Zukunft des „Reiters von Südwest" ist nach wie vor ungewiss, denn inzwischen hat sich eine Initiative gegründet, die den Denkmalstatus unter allen Umständen erhalten will und dafür bereit ist, auch mit juristischen Mitteln – nötigenfalls vor internationalen Instanzen – zu kämpfen. Auf den Ausgang darf man schon jetzt gespannt sein. *Wolfgang Reith*

Vorboten der Friedlichen Revolution

Aus dem Tagebuch von Vera Lengsfeld: März 1989

Die *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld war seit den 1970er Jahren in der Opposition gegen das SED-Regime aktiv und seitdem Mitorganisatorin aller wichtigen Veranstaltungen der Friedens- und Umweltbewegung der DDR. 1988 wurde sie wegen „Versuchter Zusammenrottung" verhaftet und nach einem Monat in den Westen abgeschoben. Am Morgen des 9. November 1989 in die DDR zurückgekehrt, wurde sie Mitglied der Verfassungskommission des Runden Tisches und später der ersten und zugleich letzten frei gewählten Volkskammer. Von 1990 bis 2005 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an. An dieser Stelle wird die bekannte Bürgerrechtlerin monatlich aus eigenem Erleben über die Ereignisse der Jahre 1989/90 in der DDR berichten.

Im Herbst 1989 brachten zwei Faktoren das DDR-Regime zu Fall: die Demonstrationen im Land, die auf grundlegende politische und wirtschaftliche Reformen drängten, und eine lawinenartig wachsende Ausreisebewegung, die der herrschenden SED und ihrer Regierung jede Legitimation entzogen. Für beide Bewegungen gab es bereits im März 1989 Vorboten.

Die „Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht", in der sich sogenannte Antragsteller zusammengeschlossen hatten, veröffentlichte zu Beginn des Monats eine Erklärung, in der neben der Forderung auf das Recht, das Land verlassen zu können, sich auch die Ankündigung fand, kirchliche Friedensgruppen in ihrem Anliegen zur gesellschaftlichen Erneuerung zu unterstützen. Das war der Beginn der politischen Zusammenarbeit von „Ausreisegruppen" und den Kreisen, die sich für Veränderungen in der DDR einsetzten.

Die „Ausreiser" waren für viele kirchliche Oppositionsgruppen lange ein Problem. Ihnen wurde oft unterstellt, sie würden mit ihrem Engagement nur ihre eigenen Ziele verfolgen wollen. Von den inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit wurden solche Diskussionen eifrig geschürt, denn sie beeinträchtigten die eigentliche Arbeit der Gruppen. Den Ausweg wies die Bürgerrechtlerin Freya Klier, die einem ausreisewilligen Regisseur die Bildung einer „Ausreisegruppe" vorschlug.

Jahrelang war es dem Regime gelungen, Ausreisewillige zu isolieren und zu ächten. Nun war es nicht mehr möglich, sie aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Der wachsende Wunsch, der DDR zu entkommen, wurde zusehends zu einem Problem. Im Jahre 1988 waren über 12 000 Menschen nicht von Besuchsreisen in die DDR zurückgekehrt. Die Zahl der Ausreiseanträge stieg sprunghaft, Fluchtversuche über die Grenze wurden immer häufiger. Das Gefühl, in der DDR eingesperrt zu sein, breitete sich aus.

Nach der am Vortrag veröffentlichten Ankündigung der „Ausreiser" beschloss das Ministerium fuür Staatssicherheit (MfS), Bezirksverwaltung Leipzig, alle politisch tätigen Ausreisewilligen sofort in den Westen abzuschieben. Das MfS erhoffte sich, den entstandenen öffentlichen Druck so mindern zu können. Das erwies sich als Fehlkalkulation. Für einen abgeschobenen Ausreiser traten sofort zwei weitere an seine Stelle, die Veränderungen in der DDR forderten und bereit waren, dort weiterzumachen, wo der Ausgereiste aufgehört hatte.

Die Kommunalwahl im Mai warf ihre Schatten voraus. Die SED war sich so unsicher, wie diese Wahl ausgehen würde, dass sie einen spektakulären Schritt unternahm, um sich der Unterstützung durch die Gastarbeiter in der DDR zu versichern.



Bild: pa

Bislang waren die fleißigen Helfer aus Vietnam, Angola, Algerien, aber auch Ungarn und Polen eher geduldet als geliebt. Sie lebten isoliert von der Bevölkerung, Kontakte zu ihnen waren unerwünscht. Das härteste Los hatten die vietnamesischen Vertragsarbeiter, denen jeglicher Kontakt zu DDR-Bürgern von ihrer eigenen Regierung untersagt war. Wer sich nicht daran hielt, wurde sofort nach Vietnam zurückgeschickt und dort bestraft. Vietnamesinnen, die schwanger wurden, mussten abtreiben, egal, ob der Vater ein Vietnamese oder ein Deutscher war. Mitte der 80er Jahre gab es sogar Fälle von Zwangssterilisation bei vietnamesischen Gastarbeiterinnen. Dass dies wohl auf Wunsch der vietnamesischen Regierung geschah, entlastet die DDR nicht, denn die Eingriffe wurden in DDR-Krankenhäusern durchgeführt.

Nun sollten die Gastarbeiter der SED aus der Klemme helfen. Die Volkskammer beschloss, den ständig in der DDR lebenden Ausländern das aktive und das passive kommunale Wahlrecht zu geben. Sie hoffte, dass die Ausländer mit 100 Prozent die Kandidaten der Nationalen Front wählen würden.

Auch in der evangelischen Kirche der DDR traf man eine weitreichende Entscheidung: Bischof Werner Leich schlug vor, auf die Formel „Kirche im Sozialismus" zu verzichten. Damit wollte er ein Kapitel peinlicher Nähe zum DDR-Regime beenden. Mit der Anerkennung, „Kirche im Sozialismus" zu sein, war die Evangelische Kirche zur wichtigsten nicht-kommunistischen Legitimationsstütze des SED-Staates geworden. Staatschef Erich Honecker konnte sich im In- und Ausland mit dem guten Verhältnis von Staat und Kirche brüsten.

Was als Festigung seiner Macht geplant war, erwies sich jedoch bald als zweischneidiges Schwert. Denn in der Vereinbarung, die am 6. Marz 1978 geschlossen wurde, war die Kirche formal als eigenständige gesellschaftliche Größe anerkannt worden. Das hieß, dass sie in ihren eigenen Räumen alleiniges Hausrecht hatte. In den Räumen der Kirche konnte die Staatssicherheit keine Verhaftungen vornehmen, keine Veranstaltungen verbieten, keine Ausstellungen abbauen, keine Versammlungen auflösen. Solange eine Kirchengemeinde solche Aktivitäten duldete, musste sich die Staatssicherheit auf einen heimlichen Beobachterstatus ihrer inoffiziellen Mitarbeiter beschränken. Sie konnten beobachten, berichten und heimlich Einfluss zu nehmen versuchen. Verbieten konnten sie nichts. Die Räume der Evangelischen Kirche boten der Bürgerrechtsbewegung der 80er Jahre die Möglichkeit, ihre Aktivitäten zu entwickeln und zu entfalten. Was sie mit wachsendem Erfolg tat.

Die SED versuchte zwar, die Kirchenleitung mit der Forderung unter Druck zu setzen, oppositionelle Aktivitäten in ihren Räumen zu verhindern. Tatsächlich verkündeten einzelne Kirchenleute daraufhin, dass die Kirche kein „Oppositionslokal" sei und „für alle, aber nicht für alles" offen stehe.

Da eine Gemeinde aber selbst bestimmen konnte, was sie dulden wollte oder nicht, blieb der Einfluss solcher Kirchenleitungsmitglieder beschränkt. Schließlich verschärfte die SED ihren Ton: Das Politbüromitglied Werner Jarowinsky sprach vom „Missbrauch der Kirche als Trojanisches Pferd", ohne zu ahnen, dass die DDR wie Troja dem Untergang geweiht war.

Die Autorin dieses Beitrags ist Verfasserin des unlängst erschienenen Buches „1989 – Tagebuch der Friedlichen Revolution – 1. Januar bis 31. Dezember", TvR Medienverlag Jena.

Dem Rausschmiss zuvorgekommen

Vor 100 Jahren wurde Albert Einstein Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften

Am 1. April 1914 nahm der damals schon weltbekannte Physiker Albert Einstein seine Tätigkeit als Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften auf. Während seiner Mitgliedschaft vollendete er unter anderem die Allgemeine Relativitätstheorie. Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten wechselte der Nobelpreisträger an das Institute for Advanced Study in den USA.

Im Jahre 1905 veröffentlichte Albert Einstein (1879–1955), zu dieser Zeit Technischer Experte 3. Klasse beim Schweizer Patentamt in Bern, vier epochemachende Aufsätze zur Speziellen Relativitätstheorie und zur Quantenphysik, von denen jeder einzelne die Fachwelt aufhorchen ließ. Daraufhin erhielt er relativ schnell mehrere Professuren, die ihn jedoch nicht befriedigten, weil die damit verbundenen Lehrverpflichtungen kostbare Zeit raubten, die er für die Entwicklung seiner Allgemeinen Relativitätstheorie benötigte. Deshalb reagierte Einstein zustimmend auf den Vorschlag von Max Planck (1858–1947) und Walther Nernst (1864–1941), hauptamtliches Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu werden, obwohl ihm Preußen als solches unsympathisch war. Aber in Berlin bestand seine einzige Pflichtaufgabe in der Teilnahme an den wöchentlichen Sitzungen der Akademie am Donnerstagnachmittag – und das für ein seinerzeit einmalig hohes Salär von 12 000 Mark im Jahr.

Nach Einsteins Treffen mit Planck und Nernst ging es für damalige Verhältnisse ziemlich schnell: Die beiden stellten umgehend seine Aufnahme zur offiziellen Abstimmung und tatsächlich wurde der Antrag auf einer Sitzung aller Klassen der Akademie am 3. Juli 1913 mit 40 zu zwei Stimmen angenommen. Dem folgte die offizielle Bestätigung durch Kaiser Wilhelm II., woraufhin Einstein die Wahl am 7. Dezember 1913 annahm, nachdem er vorher noch die Zusage bekommen hatte, seine Schweizer Staatsbürgerschaft behalten zu können.



Bild: Ullstein

„Das Renommee hängt glitzernd um die verkalkte Schale“: Albert Einstein (3.v.r.) im Gespräch mit dem britischen Premier Ramsay MacDonald bei einem Empfang und Bankett für diesen in der Reichskanzlei 1931

Mit der Berufung Einsteins verband man in Berlin vor allem die Erwartung, dass er in der Lage sein werde, die Grundlagen für eine theoretische Verschmelzung von Physik und Chemie zu legen. Doch das designierte Akademiemitglied war sich alles andere als sicher, derartiges leisten zu können. Wie ein Züricher Freund in seinen Erinnerungen notierte, äußerte Einstein vor der Abreise voller Selbstzweifel und -ironie: „Die Herren Berliner spekulieren mit mir wie mit einem prämierten Leghuhn, dabei weiß ich nicht, ob ich überhaupt noch Eier legen kann.“

Am Sonntag, den 29. März 1914 traf der neue Hoffnungsträger der Akademie in Berlin ein; drei Tage später erfolgte die offizielle Amtseinführung – und zwar in Abwesenheit von Einsteins serbischer Ehefrau Milena (1875–1948). Zu diesem Zeitpunkt herrschte nämlich bereits Krieg im Hause Einstein. Von der angespannten Ehesituation des Jahres 1914 zeugen die heute im Albert-Einstein-Archiv in Jerusalem verwahrten Briefe, die der Physiker seiner Gattin zukommen ließ, nachdem sie schließlich doch mit den beiden Söhnen Hans Albert (1904–1973) und Eduard (1910–1965) in die Dahlemer Wohnung eingezogen war. So erteilte er ihr am 18. Juli 1914 folgende Anweisungen: „Du verzichtest auf alle persönlichen Beziehungen zu mir, soweit deren Aufrechterhaltung aus gesellschaftlichen Gründen nicht unbedingt geboten ist ... Du hast weder Zärtlichkeiten von mir zu erwarten noch mir irgendwelche Vorwürfe zu machen ... Du hast mein Schlaf- bzw. Arbeitszimmer sofort ohne Widerrede zu verlassen, wenn ich darum ersuche.“ Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum später eine amerikanische Frauenliga gegen Einsteins Einreise in die USA protestierte. Und auch Milena Einstein riss noch im Sommer 1914 der Geduldsfaden: Sie ging mit den Kindern nach Zürich zurück und reichte dort die Scheidung ein.

Nun konnte sich der Gelehrte voll und ganz seinen Aufgaben in der Akademie widmen. Aber auch dort herrschten merkwürdige Zustände. Offensichtlich betrachteten viele von Einsteins Kollegen die Einrichtung eher als elitären Herren-Club als eine Stätte interdisziplinärer Arbeit. Dazu kam die allgemeine Überforderung, wenn es darum ging, Einsteins Ausführungen zu folgen. Deswegen klagte dieser in einem Schreiben an seinen alten Mathematikprofessor Adolf Hurwitz: „Es scheint, dass die meisten Mitglieder sich darauf beschränken, eine gewisse pfauenhafte Grandezza schriftlich zur Schau zu tragen.“ Und auch an sich selbst bemerkte Einstein negative Veränderungen: „Der Geist wird lahm, die Kraft schwindet, aber das Renommee hängt glitzernd um die verkalkte Schale ... Ich bin gerade recht für die Akademie, deren Quintessenz mehr in der bloßen Existenz als im Wirken liegt.“

Nichtsdestotrotz aber gelang ihm bis zum November 1915 die Fertigstellung der Allgemeinen Relativitätstheorie. Und auch sonst ging es mitten im Krieg karrieremäßig aufwärts. So wurde Einstein am 5. Mai 1916 zum Vorsitzenden der Deutschen Physikalischen Gesellschaft gewählt und im Folgejahr zudem zum Direktor des neuen Kaiser-Wilhelm-Institutes für Physik ernannt. Und dann war da natürlich noch der Nobelpreis des Jahres 1921, dessen Preisgeld Einstein gut gebrauchen konnte, denn er hatte nun immerhin 8000 Franken Unterhalt im Jahr an Frau und Söhne zu zahlen, wobei das Geld vor allem in die Betreuung des psychisch kranken Eduard floss.

Im weiteren Verlauf der 20er Jahre wurde dem Nobelpreisträger der Verbleib in der Akademie beziehungsweise in Berlin zunehmend vergällt. Antisemitische Blätter wie die „Tägliche Rundschau“ denunzierten die Relativitätstheorie als „wissenschaftlichen Dadaismus“, und Einstein schrieb mit Blick auf die Berliner in sein Reisetagebuch: „Ich bin ihnen eine

»Stinkende Blume im Knopfloch«

stinkende Blume und sie stecken mich doch immer wieder ins Knopfloch.“

Am 10. Dezember 1932 verließ der Physiker die Reichshauptstadt zu einer Vortragsreise nach Holland und in die USA. Dort erreichte ihn die Nachricht vom Machtantritt der Nationalsozialisten, woraufhin er die Entscheidung traf, nicht nach Deutschland zurückzukehren. Ebenso erklärte er nun sein formelles Ausscheiden aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Im diesbezüglichen Schreiben vom 28. März 1933 heißt es hierzu unter anderem: „Die durch meine Stellung bedingte Abhängigkeit von der Preußischen Regierung empfinde ich ... unter den gegenwärtigen Umständen als untragbar.“ Die Akademie wiederum teilte am 1. April 1933 in einer Presseerklärung mit, sie habe „keinen Anlass den Austritt Einsteins zu bedauern“.

Wolfgang Kaufmann

Kunstraub à la Française

Vor 200 Jahren endete die Entführung der Quadriga vom Brandenburger Tor

Als im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 die Museumsbestände und Archive des Kriegsverlierers neu gesichtet wurden, stellte sich heraus, dass vieles von der Raub- und Beutekunst, die Napoleon aus Deutschland in sein Land gebracht hatte, trotz der Niederlage Frankreichs nach den napoleonischen Kriegen nicht zurückgegeben worden war. Bei dem berühmtesten deutschen Beutestück, der Quadriga vom Brandenburger Tor, war das anders. Wenige Tage nach dem Zusammenbruch des napoleonischen Frankreich endete ihre Entführung – die acht Jahre vorher begonnen hatte.

Ein Ersatz war bereits in Planung

Als nach der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt im vierten Koalitionskrieg die preußischen Festungen wie die Dominosteine fielen, versuchten die Preußen zwar wertvolle Kunstschätze vor den Franzosen Richtung Osten in Sicherheit zu bringen. Als aber der Kaiser der Franzosen am 27. Oktober 1806 durch das Brandenburger Tor in die preußische Hauptstadt einzog, stand die Quadriga noch an ihrem Platze. In seinem Gefolge hatte er seinen obersten Kunstraubspezialisten, den Kunstsachverständigen Baron Dominique Vivant Denon.

Am 17. November besuchte der Baron Johann Gottfried Schadow, von dem die Quadriga auf dem Brandenburger Tor stammte. Über diesen Besuch schreibt der Besuchte in seinen Erinnerungen: „Denon, der sich durch seine Beschreibung von Ägypten einen guten Namen gestiftet hat, den jedoch die französischen Generäle ‚nôtre voleur à la Suite de la Grande Armée‘ [unser Dieb im Gefolge der Großen Armee] nannten, kam, um die Abnahme der Quadriga vom Brandenburger Tor anzuordnen, wozu denn der Kupferschmied Jury von Potsdam herbeigerufen wurde. Zugleich mußte der Baurat Becherer die Rechnungen von den Kosten dieser Gruppe aus den Akten herbeischaffen. Im Schlosse wurden mit gleichem Fortschritt in bald fertigen Kisten Gemälde und antike Marmors verpackt.“

Schadow verwies auf den Schaden, den das Kunstwerk bei Demontage und Transport nehmen würde. Aber der Franzose erwiderte, so Schadow, „wenn der Kaiser auch geneigt wäre, solche stehen zu lassen, so sey dies nun zu spät, denn die Armee habe es verlangt“. Nolens volens teilte Schadow Denon die Potsdamer Adresse des Hofkupferschmiedes Wilhelm Ernst Emanuel Jury mit, der 1793 seinen Entwurf für die etwa fünf Meter hohe in Kupfer getriebene Skulptur ausgeführt hatte. Am 18. November wurde Jury zuhause abgeholt, und zwischen dem 2. und 8. Dezember demontierte er das Werk. Die anfänglich noch größeren Teile wurden erst neben dem Tor gelagert und anschließend in dem von der französischen Besatzungsmacht als Stall, Magazin und Feldschmiede genutzten Zeughaus in kleinere Teile zerlegt.

Am 21. Dezember verließ die Quadriga in einem Dutzend Kisten verpackt Berlin. Über Spree, Havel und Elbe gelangte sie nach Hamburg, wo sie umgeladen und dann über die Nordsee wohl nach Rotterdam gebracht wurde, von wo es über Rhein und Mosel nach Metz ging. Nun bereits in Frankreich, ging es über St. Dezier weiter nach Paris. Am 17. Mai 1807 meldeten die dortigen Zeitungen, dass im Hafen St. Nicolas 80 bis 100 große Verschläge angekommen seien, „welche die Antiquitäten von Berlin und Potsdam wie auch den Wagen enthalten, den man auf dem Brandenburger Thore zu Berlin bewunderte“.

Napoleon hatte für seine Beute große (unausgeführt gebliebene) Pläne. Davon zeugt der Aufwand, mit dem die Franzosen sich mitten im Kriege an die Behebung der zahlreichen durch Demontage und Transport angerichteten und von Schadow ja auch vorhergesagten Schäden machten.

Währenddessen gab man in Berlin die Quadriga schon verloren. Als Ersatz wurde während der Befreiungskriege daran gedacht, ein drei bis vier Meter hohes Eisernes Kreuz auf dem Tor zu errichten. Friedrich Schinkel, immerhin geistiger Vater dieses Ehrenzeichens, war von dieser Verwendung weniger entzückt: „So schön der Gedanke an sich ist so ward doch ... allgemein gefühlt, daß ein Vandalismus darin liege: auf eine entstellende Art an einem schönen Monumente ... zu wirken ... Ein Kreuz als ein in einem einzigen Begriff abgeschlossener, keiner unendlichen Ausbildung fähiger Gegenstand kann ebensowenig als etwa ein Quadrat oder ein Dreieck zu einem Kunstwerk erhoben oder mit einem vorhandenen Kunstwerke ... verbunden werden.“



Bild: Archiv

„Viktoria! – Die Rückkehr der Quadriga 1814“: Gemälde von Rudolf Eichstaedt

Nach dem Einzug der Alliierten in Paris am 31. März 1814 erwies sich die Suche nach einem würdigen Ersatz allerdings bereits nach wenigen Tagen als nicht mehr nötig. Am 4. April machte der Generalintendant des preußischen Heeres, Friedrich Wilhelm von Ribbentrop, die von den Franzosen versteckte Quadriga ausfindig. Berlin wurde vermeldet, dass es gelungen sei, „den von dem Kaiser Napoleon im Jahre 1807 weggeführten Siegeswagen nebst die Pferde wieder aufzufinden“. Alles sei in „bestem Zustand“. Der Rückkehr der Quadriga auf das Brandenburger Tor stand nichts mehr im Wege.

Manuel Ruoff

Im Kielwasser der USA

Zu: Polternde Propaganda (Nr. 11)

Den *PAZ*-Aufmacher sollten die EU allgemein und ganz Deutschland speziell auswendig lernen. Es sind zwei völlig verschiedene paar Schuhe, ob sich die USA oder die EU mit Russland anlegen. Europa ist ein Körper, durch den gemeinsame Adern verlaufen. Diese sind geografischer, ethnischer und wirtschaftlicher Natur. Deutschland, als derzeit ökonomisch stärkstes Land in diesem Organismus, sollte einen kühlen Kopf bewahren und sich nicht machtlos im Kielwasser der USA bewegen.

Der russische Bär, der sich ohnehin durch die östliche EU-Ausdehnung unwohl fühlt und auf keinen Fall seine Stützpunkte auf der Krim aufgeben wird, muss auch ein bisschen verstanden werden. Die EU hat bei den Beitrittsverhandlungen eine einmalige Chance vertan. Heute müssen wir den geschaffenen Tatsachen ins Auge blicken, Normalität auf allen Gebieten (Handel, Unterstützung, Grenzen) einkehren lassen, um nicht in die teuer werdende, krawallträchtige Lächerlichkeit abzugleiten.

Was sich die USA in Bezug auf die Ukraine wünschen, ist ihre Sache. Die EU sollte ihren Teil zur Genesung des verbleibenden Terrains beitragen und ihn besser als den russischen Teil aussehen lassen. Das wäre die einzige Genugtuung für die pro-westliche Bevölkerung.

Peter Karstens, Eckernförde

Fakten geschaffen

Zu: Polternde Propaganda (Nr. 11)

Am Beispiel Krim zeigt sich deutlicher denn je, wie verlogen unsere Politiker sind. Jetzt, wo Putin sich die Krim geholt hat – und das mit der Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung –, wird auf einmal mit Sanktionen gedroht und auf das Völkerrecht verwiesen. Dazu fehlen mir die Worte.

Aber noch ein Vergleich zu Ukraine-Krim: Was sagt Kanzlerin Merkel eigentlich zu den deutschen Gebieten im Osten (Ostpreußen, Pommern, Schlesien)? Hier wurden ebenfalls einfach „Fakten“ geschaffen. Wann kommen hier die Sanktionen gegen Polen?

Marco Schmidt, Dresden

Wir brauchen Russland

Zu: Polternde Propaganda (Nr. 10) und Mut zur Ehrlichkeit (Nr. 11)

Wie ungleich doch die Welt ist. Besetzen die Vereinigten Staaten ein fremdes Land oder bekriegen es, dann gibt es zwar Murren auf der Welt. Das Faktum aber wird alsbald hingenommen, keine Sanktionen gegen die USA, keine Einreiseverbote für amerikanische Politiker.

Die Krim-Angelegenheit ist willkommener Anlass, um wieder einmal mehr gegen Russlands Präsidenten Putin Stimmung zu machen. Der Mann macht eigentlich nichts anderes, als sein Land gegen die eine Weltmacht und Globalisten zu schützen, die zu gern in Russland in großem Stil plündern würden.

Wenn der Westen sich früher ebenso vehement eingesetzt hätte für die Rückgabe des völkerrechtswidrig besetzten deutschen Staatsgebietes, das russisch und polnisch „verwaltet“ wird (alliierter Wortlaut!), hätte alles ein Stück Glaubwürdigkeit. So aber bleibt das westliche Geschrei Heuchelei.

Man darf auch eines nicht vergessen: Die Vereinigten Staaten betreiben gegen Russland eine gefährliche und unzulässige Einkreisungspolitik. Und Bundeskanzlerin Angela Merkel täte gut daran, sich zurückzunehmen und mit Verstand zu agieren, denn Deutschland braucht Russland und den Markt seiner Rohstoffe.

Edgar Lössmann, Kiel

Keine Dividende

Zu: Mut zur Ehrlichkeit (Nr. 12)

Dem Verfasser kann man nur zustimmen. Vor allem, um auf den letzten Absatz des Artikels zu reden zu kommen: Was will man denn eigentlich mit der Ukraine? Den Ukrainern die Demokratie bringen? Welche Demokratie? Die amerikanische, die deutsche, die französische? Nur „Freiheit und Demokratie“ allein helfen nicht.

Man muss dem Land auf die Füße helfen. Und das kostet Geld. Das Geld der Steuerzahler – unter anderem der deutschen Steuerzahler. Der soll sich also als Investor in der Ukraine betätigen – richtig? Wer investiert, will aber irgendwann Dividende bekommen. Wann bekommt der deutsche Steuerzahler diese Dividende? In zehn oder 20 oder 30 Jahren? Und in welcher Form bekommt er diese?

Uwe Niemeier, Königsberg

Appetit auf mehr

Zu: Polternde Propaganda (Nr. 11)

So so, Frau Merkel wirft Russland die rechtswidrige Annexion der Krim vor. Hat sich denn irgendeiner unserer Politiker jemals kritisch zur rechtswidrigen Annexion der deutschen Ostgebiete geäußert? Herr Putin schafft Fakten und kann sich dabei beruhigt auf die damalig allseits bejahte Argumentation Willy Brandts über die normative Kraft des Faktischen berufen, mit der dieser die Einverleibung der Ostgebiete durch Polen hinzunehmen bereit war. Der Westen wird bald zur politischen Tagesordnung übergehen müssen.

Den Gipfel an Unverfrorenheit und Geschichtsvergessenheit in diesem Zusammenhang hat sich Polens Außenminister Sikorski geleistet, wenn er warnt, dass wir wüssten, das Raubtier bekäme beim Fressen nur noch mehr Appetit. So etwas aus dem Munde gerade eines polnischen Politikers zu hören, schlägt dem Fass den Boden aus, aber der muss es ja wissen.

Werner Blietz, Goch



Russland einig Putin-Land: Seit dem Coup mit der Krim ist Russlands Präsident so populär wie selten zuvor, wie diese Pro-Putin-Demonstration in Moskaus zeigt Bild: action press

Sehr nachtragend

Zu: Wissenschaftler und Literat (Nr. 6)

Zu Ihrem Artikel habe ich noch eine Ergänzung. Der Königsberger Historiker und Romanautor Felix Dahn verfügte im Jahre 1899 kraft seines späteren Amtes als Rektor der Breslauer Friedrich-Wilhelm-Universität die Auflösung einer polnischen Studentenverbindung wegen subversiver Tätigkeit und fortwährender Störung des akademischen Friedens. Ein Angehöriger dieser Verbindung war der spätere polnische Reichstagsabgeordnete Albert (Wojciech) Korfanty, welcher sich beim Kampf um Oberschlesien als Demagoge und Agitator zweifelhaften Ruhm erwarb und als Organisator maßgeblich zur Teilung des Landes beitrug.

Nach 1945 machten es sich die neuen polnischen Herren zur vordringlichsten Aufgabe, die bei den Festungskämpfen unversehrt gebliebene Grabstätte Felix Dahns dem Erdboden gleichzumachen.

Sie hatten das Verbot von 1899 nicht vergessen.

Gerd Kresse, Lagesbüttel

Wahrheit verliert

Zu: Merkels 1914 (Nr. 10)

Ich würde eher von „Merkels 1945“ sprechen: Merkel, Gauck und ihre „Auftraggeber“ wissen auch, dass der „Krieg gegen die Wahrheit“ bereits lange entschieden ist.

Dr. Hans-Jürgen Ruppert, Bad Wildungen

In Rauch auflösen

Zu: Nächste Leiche im Ökokeller? (Nr. 10)

Ehrlich gesagt, dazu muss man nicht besonders viel Grips im Kopf haben, um darauf zu kommen, dass die Holzpellets auch keine Lösung darstellen.

Was hatten wir jetzt alles ausprobiert? Palmöl, Mais, Holzpellets. Was wird noch kommen? Vielleicht sollten wir mal den ganzen Tabak, der in dieser Republik immer noch sinnfrei verraucht wird, verbrennen. Und den Alkohol vielleicht auch gleich mit dazu tun.

Andreas Damm, Buxtehude

Russischer Bär nimmt sich Häppchen für Häppchen

Zu: Polternde Propaganda (Nr. 11)

Putin fordert Verständnis bei den Deutschen ein, wegen seiner Einverleibung der Krim ins russische Reich. Er bezeichnet dieses als Wiedervereinigung wie bei uns Deutschen. Jetzt werden Historiker bemüht, um zu beweisen, dass die Krim schon immer zu Russland gehört hat.

Dabei war Putin damals in der Wendezeit als KGB-Mensch sicher nicht für Gorbatschows Kurs der Vereinigung Deutschlands. Das russische Reich hat sich immer Teilstücke von Nachbarländern einverleibt, wenn sie das ganze Land nicht haben durften.

Stalin wollte nach dem Krieg einen Teil Deutschlands als Faustpfand halten, weil er hoffte, dass die Vielzahl von Flüchtlingen aus den östlichen Provinzen einen politischen Unruheherd darstellen könnte. Er hoffte auf die günstige Gelegenheit, dass der Westen instabil würde und sein Weltkommunismus sich dann weiter nach Westen hätte ausdehnen können. Das war damals das erklärte Ziel Stalins.

Wir Deutsche haben die leidvolle Teilung unseres Landes lange Jahre am eigenen Leib erfahren. Das russische Reich hat sich in der Zeit des Kalten Krieges zu Tode gerüstet, obwohl damals die Friedensbewegungen im Westen dem Wettrüsten Einhalt gebieten wollten. Sie wollten, wie jeder andere Deutsche, Frieden. Zum Glück sind die Verantwortlichen des Westens hart geblieben.

Mit diesem unsäglichen Wettrüsten hat sich der gesamte Ostblock in die wirtschaftliche Pleite bewegt. Nach der Auflösung der UdSSR mussten sich alle Länder des Ostblocks wieder wirtschaftlich erholen. Die Zeit des großrussischen Reiches schien damit vorbei zu sein. Doch jetzt will Putin das Rad der Geschichte zurückdrehen. Leider spricht Europa wieder nicht mit einer Stimme, wie es schon im Balkan auch passierte. Deswegen einigte man sich auf den kleinsten Nenner, der dem Aggressor Oberhand gab.

Eine Parallele haben wir in unserer Geschichte, als die Westmächte nach der Einverleibung des Sudetenlandes Hitler nicht konsequent genug Einhalt geboten haben. Das lag leider auch an den sogenannten „Friedensbewegungen“ in England und Frankreich, die mit aller Macht einen Konflikt in Europa verhindern wollten. Damit erschienen die Politiker des Westens dem „Führer“ in Deutschland als zahnloser Tiger. Wir kennen das weitere schlimme Ende mit all seinem Leid in Europa und der Welt.

Ob Putin nach diesem „gelungenen Coup“ mit der Krim sich selbst stoppt, wird der weitere Verlauf zeigen. Beteuerungen der Politiker sind in solchen Augenblicken des Erfolges nicht zu trauen.

Jürgen Schultz, Soest

Bleibender Wert

Zu: *PAZ*

Seit einem Jahr bin ich Abonnent der *PAZ* und muss sie für ihren hohen Informationswert loben. Seit jeher interessiere ich mich für Geschichte und Länderkunde und fand in dieser Zeitung schon viele Artikel von bleibendem Wert. Natürlich schätze ich auch die Kommentare zu aktuellen Themen. Ich bin schon oft östlich der Oder unterwegs gewesen, war auch mehrfach in Ost- und Westpreußen und beeindruckt von der dortigen Natur. Noch viele interessante Informationen aus Vergangenheit und Gegenwart erwarte ich in Ihren künftigen Ausgaben.

Siegfried Grempe, Erfurt

Lehrstunde für EU

Zu: Brüsseler Willkürherrschaft (Nr. 7)

Klartext aus dem bodenständigen Appenzellerland: Von Berlin über Brüssel bis nach Paris führt die herrschende Clique permanent das Wort „Demokratie“ im Mund. Doch wehe, es wird einmal eine wahre, das heißt direkte Demokratie praktiziert – dann ist umgehend der Teufel los. So geschehen aus Anlass der eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Februar. Schulmeisterei und Drohungen – Diktatur pur! Wo bleibt da das Selbstbestimmungsrecht der Völker?

„Denen da oben“ daher hinter den Spiegel gesteckt: In der Schweiz bestimmt der Bürger und kein aufgeblasener Politikerklüngel. Da konnte der durch eine verbrecherische Bolschewikenbande verursachte Betriebsunfall Sowjetunion endlich überwunden werden. Und schon wird der Kontinent erneut durch einen totalitär-bürokratischen Wasserkopf namens „EUdSSR“ terrorisiert.

Würde den mit Maulkörben versehenen europäischen Völkern das freie Wort zugestanden, die Missgeburt Brüssel & Co wäre über Nacht im Mülleimer der Geschichte entsorgt.

Vincenz Oertle, Gais/Schweiz

Leider wahr

Zu: Deutschland soll zahlen (Nr. 11)

Ich kenne das Buch von Brzezinski, denn ich habe es vor 20 Jahren gelesen. Die Forderung, dass Deutschland für die Schäden in der Ukraine aufkommen soll, ist folgerichtig und vergleichsweise harmlos. Sein wichtigster, im Buch kaum verhüllter Wunsch, lautete: Wenn sich Russland und China in einem Krieg gegenseitig ausschalten, dann werden die USA auch das 21. Jahrhundert dominieren. Vorher müssten die Ukraine, Weißrussland und Kasachstan von Russland entfremdet werden. Ex-Kanzler Helmut Schmidt meinte im Nachwort zum Buch: Man müsse das Buch leider ernst nehmen.

Jürgen Kunz, Buchen

Friedensengel mit zwei Gesichtern

Zu: Um zehn Millionen tote Soldaten verschätzt (Nr. 10)

Mir geht es hier um die andere Seite des Norman Angell, nicht mehr aus der Zeit von 1914 bis 1918, als sein Idealismus dem Gedanken vom notwendigen Krieg die höhere Weihe gegeben hat, sondern um sein Wirken ab 1933, als er als ein frischgebackener Friedensnobelpreisträger und einer der Väter des Völkerbundgedankens in zahllosen Veröffentlichungen seine Idee von der kollektiven Abschreckung und von der Notwendigkeit eines total britischen Engagements auch zugunsten der Sowjetunion predigte, das gegen Englands einzigen Feind Deutschland gerichtet war. So schrieb er am 7. Juli 1934 in einem Artikel, wie England durch Deutschland in tödlicher Gefahr sei, indem „50 000 Flugzeuge“ unter Einsatz von Gas und biologischen Waffen eine ganze Hauptstadt auslöschen könnten.

Bereits 1933 hatte ein von Churchill bis Angell reichender einflussreicher Kreis englischer Intellektueller die neue deutsche NS-Diktatur als den Weltfeind Nummer 1 erkannt, der von einem demokratischen England nur im Bündnis mit der Sowjetdiktatur erfolgreich bekämpft werden konnte. Angell brachte es fertig, sowohl in der kommunistischen Weltfriedensbewegung als auch im Churchill-Kreis eine prominente Rolle zu spielen.

Seit 1933 wurde der englischen Bevölkerung durch ständige Medienhetze eingeredet, Deutschland sei gegen England kriegsbereit und wolle mit Giftgas, Bakterien und terroristischen Massenbombardements gegen England den Krieg beginnen. Durch die „deutsche Gefahr“ sah der Labour-Abgeordnete und Völkerbundrepräsentant Angell den Besitzstand des Empire gefährdet. Deutschland müsste unter allen Umständen durch eine englisch-sowjetische Allianz, also durch kollektive Abschreckung, daran gehindert werden, in Europa ein Übergewicht zu erlangen.

Wo der Besitz des englischen Empire begann, verriet Angell im Olympia-Jahr. Nach der deutschen Besetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone im März 1936 verkündete er: „Hitler hat unsere Grenze am Rhein überschritten.“

Ingo Schewiola, Hamm

Die Polen kommen

Zu: Profilierung auf Kosten Russlands (Nr. 11)

Polen baut auf die marode US-Macht sowie auf die ewige Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Beides bricht derzeit zusammen und damit auch Polens Ambitionen.

Man muss annehmen, dass es bald zu einem Einmarsch von Polen und US-Truppen in die Ukraine zu deren „Schutz“ kommen wird. Mit der Totalpleite des Euro/Dollars wird es dann auch zum Austritt Deutschlands aus der Nato kommen.

In Wirklichkeit verspielt Polen wieder einmal seine Freiheit und wird vom Subjekt zum Objekt der kommenden neuen europäischen Mächte. Die Geschichte wiederholt sich.

Joern Gebert, Frankfurt am Main

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 13 – 29. März 2014

Demontage der Hydranten

Obwohl die heutigen Königsberger sich immer wieder für den Erhalt authentischer Elemente der kulturhistorischen Landschaft der Stadt ausgesprochen haben – wie Pflastersteine, Ziegeldächer, Ziersteine und Straßenbahnlinien –, verschwinden sie allmählich aus dem Straßenbild. So auch die Hydranten für Löschwasser, die aus der Vorkriegszeit stammen.

In letzter Zeit mussten die Königsberger, die sich für die Geschichte der Stadt interessieren, feststellen, dass immer häufiger alte Hydranten, die aus der Zeit um die vorletzte Jahrhundertwende stammen, zum Verkauf angeboten werden. Noch vor gar nicht langer Zeit waren sie auf fast jeder Straße der Stadt zu sehen. Heute dagegen trifft man sie nur noch selten an. Peu-à-peu wurden sie gestohlen und tauchten bei Annahmestellen für Altmetall wieder auf.

Jetzt wurde bekannt, dass der städtische Betrieb „Wasserkanal“, in dessen Zuständigkeit die Hydranten fallen, sie planmäßig entfernt. Nicht immer bleibt ihr Verschwinden unbemerkt. Zum Beispiel an der Kreuzung Prospekt Mira/Komsomolskaja fand die Verkehrspolizei eine Hydrantenkappe. Die Beamten waren überrascht, dass diese Veränderung der Fahrbahn nicht mit ihnen abgesprochen worden war. Denn laut den Bestimmungen müssen Änderungen an städtischen Einrichtungen auf der Straße und den angrenzenden Fußwegen grundsätzlich mit der Behörde der Verkehrspolizei abgestimmt werden.

Künstlerisches Erbe der Königsberger

Nach Ansicht des städtischen Dienstes „Wasserkanal“ gibt es nur noch wenige dieser Vorkriegshydranten und nicht alle bezaubern durch ein ästhetisch ansprechendes Äußeres. Konkrete Angaben darüber, wie viele Hydranten in Königberg noch existieren, gibt es nicht. Vor einigen Jahren gab es jedenfalls noch über 500.

Die Einschätzung von „Wasserkanal“, dass die Hydranten keinen besonderen künstlerischen Wert hätten, teilt auch die Behörde für Denkmalschutz. „An sich hat ein Wasserhydrant keinen historischen oder architektonischen Wert“, teilte Larissa Kopzewa, die Leiterin der Denkmalschutzbehörde, mit. Die Mitarbeiter von „Wasserkanal“ erklärten, dass man aufgrund ihres technischen Zustands kein Wasser durch die Hydranten pumpen könne und eine Reparatur viel zu teuer und zeitaufwendig sei. Deshalb sei es einfacher, sie zu entfernen. Die demontierten Hydranten, die vielleicht von ästhetischem Wert seien, würde das Unternehmen entweder dem Ozeanmuseum übergeben oder auch für das betriebseigene Museum behalten.

Sicherlich gehören die Vorkriegshydranten, auch wenn sie offiziell nicht als Kulturgut angesehen werden, zum künstlerischen Erbe der Stadt. Einige sind zwar sehr einfach und asketisch gestaltet, andere jedoch stellen Kunstwerke dar wie der bekannte Hydrant mit Fischköpfen. Deshalb erfüllt das Verschwinden der Hydranten viele Königsberger mit Bedauern. *J.T.*

Zum Leben zu wenig

Offizielle Statistik spricht von über 110 000 Armen im Königsberger Gebiet – Und ihre Zahl steigt weiter

Umfragen zeigen, dass die Menschen im Königsberger Gebiet mit einer Verschlechterung ihrer Lebenssituation noch in diesem Jahr rechnen. Mit dem Kursverfall des Rubels geht eine hohe Inflationsrate einher. Viele befürchten eine schlimmere Wirtschaftskrise als 2009.



Ein Altern in Würde ist ihr versagt: Bettelnde Rentnerin in Königsberg Bild: J.T.

Mit 50 Rubel für einen Euro hat der Kurs einen historischen Niedrigstand erreicht. In den vergangenen Monaten verlor die russische Währung gegenüber der europäischen ein Viertel an Wert. Solch einen Absturz hatte sie nicht einmal während der Krisenjahre 2008 und 2009 erlebt.

Während der derzeitige Kurs für exportierende Unternehmen von Vorteil ist, vor allem für die Öl- und Gasfirmen, die höhere Gewinne erzielen und damit über ihre Steuern das Staatssäckel füllen, wirkt er sich auf den Rest der Bevölkerung negativ aus.

Vor allem Importfirmen leiden unter dem Kursverfall des Rubel. Waren und Teile, die ins Königsberger Gebiet eingeführt werden, verteuern sich, der Endverbraucher muss tiefer in die Tasche greifen. Das Königberger Gebiet ist besonders hart betroffen, da der Anteil importierter Konsumgüter des täglichen Bedarfs in einigen Bereichen bei 80 Prozent liegt. Lebensmittel, Haushaltsgeräte und Baumaterialien müssen in erheblichem Umfang eingeführt werden, da die heimische Produktion den Bedarf nicht decken kann. Alles muss in Euro eingekauft werden, was bedeutet, dass die Waren in den Läden sich in dem Maße verteuern werden, in dem der Kurs des Euro steigt.

Natürlich wird das erst mit Verzögerung passieren, weil es noch einen Warenbestand gibt, der zu alten Preisen eingekauft wurde. Mit einem allgemeinen Preisanstieg ist erst in den kommenden Monaten zu rechnen. Die offizielle Prognose der Inflationsrate für 2014, die von fünf bis sechs Prozent ausgeht, dürfte zu optimistisch sein. Selbst bei einem Anstieg der Arbeitslöhne oder einer Anhebung der Renten werden die Verbraucher real ärmer. In den ersten Monaten stiegen bereits die Preise für Obst und Gemüse, aber auch für Wodka und andere alkoholische Getränke. Viele Bewohner des Königsberger Gebiets sind davon überzeugt, dass die Wirtschaftskrise in diesem Jahr in die nächste Runde geht. Mehr als die Hälfte der Befragten rechnet mit einer Verschlechterung ihrer materiellen Lage. Dabei hatten die meisten im vergangenen Jahr ihre Lebenssituation noch als stabil eingeschätzt.

Beamte rechnen sich die Zahlen schön

2012 lebten 103 200 Bewohner des Königsberger Gebiets (von insgesamt 950 000) an der Armutsgrenze. Dabei ist dieser Wert noch besser als in den anderen Regionen des Nordwestens der Russischen Föderation, ausgenommen die Region St. Petersburg. Doch seit Beginn dieses Jahres wächst die Zahl der Armen im Gebiet. Dabei ist der Begriff „Armut“ relativ und seine Bedeutung unterscheidet sich nicht nur von Land zu Land, sondern auch zwischen den Regionen. Er wird in Moskau, St. Petersburg oder den Ölförderregionen völlig anders definiert als in Gebieten Zentralrusslands.

Als Arme gelten nach europäischer Auffassung Menschen, die sich den Kauf von Waren des langfristigen Gebrauchs wie Haushaltstechnik nicht leisten können oder Kulturprogramme wie Theaterbesuche, Kino, Erholungsangebote nicht nutzen können. Wenn russische Statistiken von Menschen unterhalb des Existenzminimums sprechen, dann sind diejenigen gemeint, die nicht mehr als 7000 Rubel (140 Euro) im Monat zur Verfügung haben. Sie können sich nicht einmal mit dem Notwendigsten wie Lebensmittel und Kleidung versorgen.

Wohl, um das wirkliche Ausmaß der Armut zu verschleiern, hat das Sozialministerium des Königsberger Gebiets vorgeschlagen, die Höhe für das Existenzminimum herabzusetzen.

Da bereits eine kleine Wohnung um die 3000 Rubel (60 Euro) kostet, ist es kaum vorstellbar, wovon ein Mensch mit 7000 Rubel Einkommen noch sein Essen bezahlen soll. Die Preise in den Supermärkten haben meist ein höheres Niveau als das von Aldi oder Lidl in der Bundesrepublik.

Das Ministerium erstellt vierteljährlich seinen Preisvergleich für Lebensmittel. Vielleicht hilft den Beamten das Spiel mit Zahlen ja, die Armut im Gebiet zu bekämpfen. Die Wirtschaftsindikatoren bieten ihnen jedenfalls keinen Anlass zur Hoffnung.

Jurij Tschernyschew

Fehlplanungen bei Tram sorgen für Unmut

Mithilfe von EU-Mitteln wird die Verkehrsinfrastruktur in Allenstein großzügig ausgebaut

Die rasante Entwicklung des Verkehrs auf Allensteins Straßen ist kaum zu übersehen. Noch vor zehn Jahren war die Blechlawine nicht so sehr belastend wie heute. Die Autofahrerlobby scheint mittlerweile die Oberhand über Fußgänger und Radfahrer gewonnen zu haben. Den Wünschen der Autofahrer zuvorkommend, werden zurzeit die wichtigsten und zum Teil in der Innenstadt gelegenen Hauptstraßen um eine zusätzliche Fahrbahn auf Kosten der Gehsteige erweitert. Zebrastreifen werden dagegen hie und da beseitigt.

Um der Verkehrsströme Herr zu werden, wurde für Allenstein des Weiteren beschlossen, ein neues Straßenbahnnetz quasi aus dem Boden zu stampfen. Die älteren Stadtbewohner sträubten sich zwar gegen diese kühne Initiative, weil sich in ihrer Erinnerung die alte Tram so sehr eingeprägt hatte, die vor rund einem halben Jahrhundert eingestellt wurde, als sie schon nicht mehr funktionsfähig war. Andere hingegen, denen Umweltschutzfragen viel mehr am Herzen liegen, befürworteten die Rückkehr der Tram. Sie argumentierten, dass moderne Züge viel mehr Fahrgäste als Busse befördern könnten. Man entschied sich erst einmal für den Bau dreier Strecken.

Zusätzliche Fahrbahn für Hauptstraßen

Die erste soll den Hauptbahnhof mit den Neubaugebieten in und rund um Jomendorf verbinden. Dieser Hauptstrang soll durch zwei Nebenstrecken ergänzt werden. Die eine soll nach Kortau, die andere in die Innenstadt am Hohen Tor und Rathaus führen. Viele Tramfreunde freuen sich, bald nicht mehr neidisch auf das benachbarte Elbing schauen zu müssen, wo man den Straßenbahnbetrieb nicht nur allzeit aufrechterhielt, sondern auch stets modernisiert und ausgebaut hat.

Nach jahrelanger Vorbereitungsphase wurden in Allenstein schließlich die Bauarbeiten am Tramnetz von der spanischen Firma FCC Construction aufgenommen. Da die Arbeiten aber schnell ins Stocken gerieten, musste im Sommer 2013 der Vertrag zwischen dem iberischen Unternehmen und der ostpreußischen Stadt rückgängig gemacht werden. Trotz des Zeitdrucks mussten die Bauarbeiten zunächst für die Wintermonate ausgesetzt und neue öffentliche Ausschreibungen vorgenommen werden. Der milde Winter 2013/14 begünstigte eine Fortsetzung der Arbeiten mit einem neuen Vertragspartner. Zurzeit scheinen sie auf vollen Touren zu laufen. Unter vielen Allensteinern wecken sie aber schon jetzt Bedenken, weil die für 2015 geplante Fertigstellung des Netzes eine totale Umgestaltung der jetzigen öffentlichen Personennahverkehrs mit sich bringen wird.

Gefürchtet und befürchtet wird eine schlechte Anbindung an das bestehende Netz mit langen Fußwegen zwischen den vorhandenen Umsteigeknotenpunkten und den zukünftigen Straßenbahnhaltestellen. Diese Problematik machte erst vor Kurzem der Berliner Experte für Verkehrsfragen Torsten Perner den zuständigen Planern auf einer Tagung in Allenstein bewusst. Laut seinem Gutachten seien besonders die Lösungen am Hauptbahnhof undurchdacht, da die Strecke von der geplanten Endhaltestelle der Tram zur Eisenbahn zur Nutzung eines Taxis zwinge. Auch werde die Innenstadt nicht genügend angebunden. Perners Kritik deckt sich zum Teil mit jener der Allensteiner Bürgerinitiative, die schon früher mehr Präsenz der Tram in der Innenstadt gefordert hatte. Ein weiterer Schwachpunkt des gegenwärtigen Entwurfs sei eine unzulängliche Verbindung zwischen dem Uni-Campus und dem Vorstädtischen Bahnhof.

Gleich drei neue Straßenbahnlinien

Hier könnte man von gelungeneren Lösungen in der Bundesrepublik lernen. Denn in vergleichbaren bundesdeutschen Städten wie Würzburg, Schwerin, Jena oder Kassel schrecke man kaum vor einer Linienführung durch die alten Stadtkerne zurück. Dies mache die Nutzung der dortigen Tram viel leichter. Auch die Zentren von ungleich kleineren Städten wie Gotha, Görlitz oder Plauen seien mit Schienenfahrzeugen gut erschlossen.

In der Republik Polen hingegen herrsche weiterhin die unbegründete Überzeugung vor, eine leise vorbeifahrende Tram stelle eine akute Lebensgefahr für alle Bummler in der Fußgängerzone dar. Die Erfahrungen in der Bundesrepublik sprächen jedoch eine andere Sprache, sofern sich denn alle an die Verkehrsregeln hielten.

Abgesehen von diesen Detailfragen ist den Polen in Allenstein nun erst einmal zu wünschen, dass die breit angelegten Arbeiten im Bereich des Straßen- und Schienenverkehrsnetzausbaus bis nächstes Jahr erfolgreich beendet werden. Sonst droht nämlich eine Sperrung der dafür zugewiesenen EU-Gelder.

Grzegorz Supady



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

mehr denn je gehen in diesen Wochen die Gedanken zurück zu den letzten Kriegswochen vor 69 Jahren. Das ist auch in unserer Ostpreußischen Familie spürbar. Zwar kam das in jedem Frühjahr in unserer Kolumne zum Ausdruck, vor allem in Erlebnisberichten, deren dokumentarischer Wert nicht hoch genug einzuschätzen ist, aber noch nie in solcher Intensität wie in diesem Jahr. Wie schon in der letzten Kolumne angedeutet, ist es die aktuelle Situation im östlichen Europa, die auch die baltische Küste zum Thema in den politischen Diskussionsrunden werden lässt und die uns Vertriebene besonders sensibel für jedes den Frieden bedrohende Vorgehen – von welcher Seite auch immer – macht. Deshalb fand auch das Foto von dem „Strandgut“ am Ufer des Frischen Haffes als untrügliches Zeugnis des damaligen Geschehens bei unseren Leserinnen und Lesern eine starke Beachtung. Auf einmal war wieder alles so nah, was vergessen schien und doch nur verdrängt worden war, um sich und auch andere Betroffene nicht zu belasten. Und doch ist es wichtig, sich diesen Erinnerungen zu stellen, wie es der Arzt **Hans Deichelmann** getan hat, als er nach dem endgültigen Verlassen der zerstörten ostpreußischen Hauptstadt im März 1948 seine geretteten Tagebuchblätter unter dem Titel „Ich sah Königsberg sterben“ zur Veröffentlichung frei gab. Die damals vom Göttinger Arbeitskreis herausgegebenen Aufzeichnungen über die grauenvollen Zustände nach der russischen Okkupation sind nun als Neuauflage erschienen. Sie werden für die nachfolgenden Generationen zu einer wichtigen Dokumentation, da sie auf dem tatsächlich Erlebten und Erlittenen beruhen, das noch zur Zeit des Geschehens aufgezeichnet wurde und deshalb durch keine späteren Ergänzungen oder Fehlinterpretationen verfälscht werden konnte. Dass viele unsägliche Vorgänge im wahrsten Sinn des Wortes – nämlich ungesagt – bleiben müssen, wurde dem Autor beim Schreiben bewusst, wie er in seinem Vorwort bekennt: „Was ich hier sage, ist Wahrheit, so wahr mir Gott helfe. Doch es ist nicht die volle Wahrheit, sie war noch schrecklicher, ein Gorgonenhaupt, dessen Anblick das Herz vor Entsetzen versteinerte.“ Dass der Arzt überhaupt seine Aufzeichnungen kontinuierlich bis zur Ausreise durchführen und diese durch alle Kontrollen retten konnte, ist schon allein ein Wunder. Hans Deichelmann schrieb damals dazu:

„Als ich einen Monat später, als mich Kaliningrad freigegeben hatte, in dunkler Nacht die Grenze überschritt, die mich von den Meinen trennte, da trug ich mit mir einen kleinen Rucksack mit ärmlichen Habseligkeiten, an mir die schäbigen Kleider, deren jedes Stück Hinterlassenschaft eines verhungerten Opfers jener Stadt ohne Erbarmen war, und in mir die unselige Last der Erinnerung an Unmenschlichkeiten, wie sie niemals je zuvor unter dem Mantel der Gleichberechtigung an Hunderttausenden von Unschuldigen begangen wurden. Diese Erinnerungen sind es, die ich hier niedergeschrieben habe, nicht allein um mir eine Bürde von der Seele zu schreiben, die mir noch jetzt, viele Monate später, Nacht für Nacht quälende Gesichter schickt, sondern im Gefühl einer Verpflichtung gegenüber den stillen Schläfern in den Ruinen und Massengräbern. Damals waren in dem Gleichmaß grauenhafter Hoffnungslosigkeit die Tage für uns ohne Gesicht und Farbe, nur erfüllt vom stumpfen Warten auf das Ende, so oder so. Die Ereignisse selbst sind so, wie wir sie alle erlebt und empfunden haben. Ich übernehme die volle Bürgschaft für alles, was ich an Beobachtungen aus der Leichenhalle unseres Krankenhauses niedergeschrieben habe.“



Vermutlich entstand dieses Foto der jungen Margarethe Emma Lemanski (Mitte) im masurischen Sowirog Bild: privat

Allein dieser letzte Satz lässt erahnen, welche heute nicht mehr nachvollziehbaren Vorgänge in dem Buch dokumentiert sind. Das Buch wird unsere Ostpreußische Familie als verlässliche Informationsquelle begleiten. (Neuauflage des im Verlag Bublies in 56290 Schnellbach erschienenen Buches von Hans Deichmann „Ich sah Königsberg sterben. Aus dem Tagebuch eines Arztes von April 1945 bis März 1948“, 326 Seiten, Paperback, ISBN 978-3-926584-73-1, Preis 19,80 Euro.)

Jede Dokumentation über Flucht und Vertreibung, die auf der Aussage von Zeitzeugen beruht, ist wichtig und hochaktuell, wie dies der evangelisch-lutherische Kirchenkreis Norden mit seiner neu geschaffenen Dokumentationsstätte in der Gnadenkirche Tidofeld beweist. Über die Planung dieser Dauerausstellung über die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen, auf die uns Frau **Ursula Karge** aus Norden hinwies und über die sie erste Informationen übermittelte, haben wir bereits berichtet. Vor vier Monaten wurde die Dokumentationsstätte eröffnet und ist seitdem zu einer weit über das nördliche Niedersachsen hinaus beachteten Dauerausstellung geworden, die durch ihre weiträumige Gestaltung und moderne Interpretation des Themas für Besucher aller Altersjahrgänge informativ und interessant ist. Das haben die ersten Besuche von Jugendgruppen bereits bestätigt, denen zum großen Teil das Thema „Flucht –Vertreibung – Integration“ bisher kaum vermittelbar war. Dass es hier trotz der vielen Schaustücke so wenig museal zugeht, liegt nicht nur an der Präsentation, sondern auch an den Exponaten selber: Sie sind nicht von irgendwoher zusammengeholt oder ausgeliehen worden, sondern haben einen direkten Bezug zu dieser Stätte: Hier im Ortsteil Tidofeld der Stadt Norden befand sich bis 1960 eines der größten Flüchtlings- und Vertriebenenlager Norddeutschlands. Mit seinen Holzbaracken bot es für insgesamt 6000 Menschen eine erste Bleibe. Hier bildete sich so etwas wie eine Stadt in der Stadt mit kleinen Läden und Handwerksbetrieben, mit Tanzlokal, Kindergarten, Lagerschule und Andachtsraum. Die Bewohner wuchsen zu einer Solidar- und Schicksalsgemeinschaft zusammen, die auch nach der Lagerauflösung noch Bestand hatte, denn ein großer Teil der Vertriebenen siedelte sich um die 1961 in Tidofeld gebaute Gnadenkirche an. Dadurch blieben viele Relikte aus den Fluchtjahren hier an Ort und Stelle erhalten, persönliche Gegenstände der Vertriebenen, die sie bewahrten wie Koffer, Ausweise, Brustbeutel, Bücher, Spiegel, Kinderkleidchen, Taschen und selbst gefertigte Gebrauchsgegenstände. Zu den Glanzstücken, die besonders die Aufmerksamkeit junger Besucher erweckt, gehört ein voll bepackter Bollerwagen, der auf einem heute unvorstellbar langen Fluchtweg seinen Dienst getan hat, oder eine „Flickerpupp“, die man knuddeln könnte, wenn sie nicht hinter Glas säße. Ein beleuchteter Zeitstrahl lenkt die Besucher an Schaukästen und Infowänden vorbei und führt sie durch die Stationen eines Vertriebenenschicksals: „Krieg – Flucht – Lager – Eingliederung“. Auf Bildschirmen kommen die Vertriebenen selber zu Wort. Rund 100 von ihnen wurden befragt. Sie verleihen der Ausstellung eine eindrucksvolle Glaubwürdigkeit als Zeitzeugen der Vergangenheit. Aber Gegenwart und Zukunft sind nicht ausgeklammert, im Gegenteil: Die gewaltige Aufgabe, die heutigen Flüchtlingsströme in richtungweisende Bahnen zu lenken, wird in Tidofeld ebenfalls demonstriert und bietet damit Anregung zur Diskussion. (Für Interessenten: Öffnungszeiten der Dokumentationsstätte Gnadenkirche Tidofeld, Donaustraße 12, dienstags bis sonntags von 14 bis 17 Uhr, für Schulklassen und Gruppen sind Besuche auch zu anderen Zeiten möglich. Telefon 04931/189760.)

Es ist manchmal schwer, aus einer Fülle von Unterlagen diejenigen heraus zu finden, die für die Veröffentlichung des damit zusammen hängenden Wunsches geeignet sind. Das betrifft seitenstarke Erlebnisberichte und Familienchroniken, aber auch alte Fotos, die ein ganzes Album füllen könnten, von denen man aber nur ein oder zwei Aufnahmen veröffentlichen kann. Im folgenden Fall sind es zwar nur vier Bilder, aber wir können heute und hier nur eines bringen, obgleich Frau **Karin Semmadi** aus Pinneberg, die uns die Fotos übersandte, gezielte Fragen zu allen Aufnahmen stellte. Es handelt sich ausschließlich um Familienfotos, denn Frau Semmadi betreibt Ahnenforschung, und die führt nach Ostpreußen, genauer nach Masuren. Zwar wurde ihre Großmutter väterlicherseits im März 1915 in Osterende-Otterndorf bei Cuxhaven geboren, aber ihre Eltern **August Lemanski** und **Amalie** Lemanski **geborene Wigianek** stammten aus der Gegend um den Niedersee und zogen nach der Geburt ihrer Tochter **Margarethe Emma** in ihren Heimatort Sowirog zurück. Leider habe ich über diesen keine Unterlagen bis auf die Umbenennung im Rahmen der Namensänderungen 1938 in Loterswalde. Zu dieser Familie kann Frau Semmadi keine Angaben machen, sie weiß nicht, ob ihre Großmutter noch weitere Geschwister hatte und ob es noch andere Familienangehörige gab.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Ergiebiger sind da schon die Informationen, die Frau Semmadi über ihren Großvater väterlicherseits, **Carl Friedrich Buczylowski**, machen kann, den Margarethe Emma Lemanski am 15. Februar 1935 in Morgen, Kreis Johannisburg heiratete. Da der Geburtsort des 1903 geborenen Ehemanns Sawadden war, müsste die Familie Buczylowski aus diesem Ort stammen oder zeitweilig dort gelebt haben. Ja, aber da gibt es schon das erste Fragezeichen. Frau Semmedi gibt nur an, dass es sich um Sawadden (Ostpreußen) handelt, aber da gab es mindestens zehn so benannte Örtlichkeiten, die erst durch die spätere Umbenennung unterschiedliche Namen erhielten. Die Eltern von Carl Friedrich hießen **Johann** und **Auguste** Buczylowski, der Vater war Weichenwärter. Es muss eine kinderreiche Familie gewesen sein, auch eine Zwillingsgeburt soll es gegeben haben. Einige Geschwister von Carl Friedrich sind namentlich bekannt: **Willy**, Erzieher in Eichhof bei Rastenburg, dort angeblich auch gefallen, **Fritz**, Soldat in Lüneburg, **Klara**, **Auguste**, **Elfriede**, **Else** und **Ernst** Buczylowski, der an seinem späteren Wohnort Gelsenkirchen seinen Namen in „**Butzhof**“ ändern ließ.

Nun zu den Fotos. Sie zeigen Großvater Carl Friedrich als Soldat inmitten seiner Kameraden, einmal als Gruppenaufnahme, auf der die Gesichter unter den Mützen nur schwer erkennbar sind. Das andere Foto ist wahrscheinlich im Krieg bei einer Einquartierung entstanden, es könnte auch auf einem Gutshof aufgenommen worden sein, denn es ist auch eine Zivilperson erkennbar, ein junges blondes Mädchen, das einen Apfel schält. Besser für eine Veröffentlichung sind die beiden Fotos geeignet, von denen wir das Bild gewählt haben, das zweifellos in Ostpreußen entstanden ist, etwa Ende der 20er Jahre, wenn es sich bei dem Mädchen in der Mitte um Großmutter Margarethe Emma handeln sollte, wie die Enkelin glaubt. Bei genauem Hinsehen wird aber erkennbar, dass das jüngere Mädchen neben ihr ein schnittgleiches Kleid aus demselben Stoff trägt. Hat also die Großmutter noch eine Schwester gehabt? Wie auch immer: Wir stellen dieses Foto in den Raum in der Hoffnung, dass jemand von unseren Lesern etwas dazu sagen kann und hoffen dabei vor allem auf Verwandte aus den Familien Lemanski und Buczylowski. Frau Semmandi würde sich über jede Zuschrift freuen. (Karin Semmadi, Thesdorfer Weg 188 in 25421 Pinneberg, Telefon: 0176/92429159)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Und dann war das Motorboot nach Alt-Passarge weg

Rudolf Kinaus Erinnerung an seinen Besuch in Ostpreußen

Was vergangen, kehrt nicht wieder, aber ging es leuchtend nieder, leuchtet's lange noch zurück.“ Wie oft hat dieser Spruch sich schon bewahrheitet in unserer Ostpreußischen Familie, und ein heller Schein fällt auch auf meine Erinnerung an den niederdeutschen Dichter **Rudolf Kinau**, über den ich vor zwei Jahren in der *PAZ* anlässlich seines 125. Geburtstages geschrieben hatte. Weil uns eine jahrelange Liebe zur niederdeutschen Literatur verband, kam eine beglückende Freundschaft zustande, so dass ich auf viele persönliche Begegnungen bis zu seinem Tod im Jahr 1975 zurückgreifen konnte. Aber ob meine Erinnerung doch etwas getrübt gewesen war oder ob er mir tatsächlich nie etwas von seinem aus Ostpreußen stammenden Schwager **August Kalhorn** erzählt hatte, weiß ich nicht – spielt aber auch keine Rolle, denn einige Leser hatten auf diese Verwandtschaft, die nach Alt-Passarge führte, hingewiesen, und wir sind den Spuren nachgegangen. Dass wir ihnen heute noch einmal folgen, liegt daran, dass uns Herr **Günter Schött** aus Bremen auf jene kleine Episode aufmerksam macht, in der Rudolf Kinau seinen Besuch in dem Fischerdorf am Frischen Haff schildert. Sie steht unter dem Titel „Bescheed geben“ in dem Buch „Sünnschien un gooden Wind“, einer Sammlung von Kinaus in den 50ern und 60ern so beliebten plattdeutschen Sendungen im NWDR. Sie ist wirklich „wat to'n Frei'n“, und deshalb will ich sie unseren Lesern nicht vorenthalten, obgleich sie in Finkenwerder Platt geschrieben ist, denn bei der Umsetzung ins Hochdeutsche würden viele der sprachlichen Feinheiten verloren gehen. Wer von unseren Lesern das ostpreußische Platt beherrscht, wird sowieso keine Schwierigkeiten haben, denn „Rudl“ und ich haben uns immer im jeweils eigenen Platt unterhalten und uns nahtlos verstanden. Ihm wird unsere Mundart sowieso durch seinen Schwager August Kalhorn vertraut gewesen sein, der im Jahr 1902 seine ältere Schwester **Margaretha – Greta – Kinau** geheiratet hatte. Der in Alt-Passarge geborene Fischer war somit auch der Schwager von **Johann Wilhelm** Kinau, Rudolfs älterem Bruder, der unter dem Pseudonym Gorch Fock den berühmten Roman „Seefahrt ist Not“ schrieb und 1916 in der Skagerrakschlacht fiel.

Aber nun zu der Schilderung von Rudolf Kinaus Besuch in der Heimat seines Schwagers in den 30er Jahren, der in Braunsberg beginnt, wo er sich nach einer Fahrtmöglichkeit nach Alt-Passarge erkundigt. Rudl wusste, dass es nur eine Verbindung mit dem Boot gibt, und fragte auf dem Bahnhof einen Eisenbahner nach den Abfahrten. Der zeigte auf den Fischhändler an der Ecke, weil der immer seine Fische aus Alt-Passarge bezieht. Es entsteht nun folgender Dialog zwischen dem Besucher und dem Fischhändler mit reichlicher Verzögerung in den Gesprächspausen, denn die Ruhe hatte man damals weg.

Ick segg to em: „Hebb ick vandog (heute) woll noch Glück, datt ick mit'n Motorboot no Alt-Passarge dolfoahrn kann?“ – „No Alt-Passarge? Wat wölln S'denn doar?“ – „Oach“, segg ick, „dar will ick Bekannte beseuken.“ – „Bekannte in Alt-Passarge? Wer sünd denn dat?“ – „Oach“, segg ick, „dat is de Bürgermeister Freitag!“ – „Noa, de Gustav Freitag! Woher kenn S'denn den?“ – „Oach“, segg ick, „de is noch'n beeten verwandt mit uns, das is de Swoger von mie'n Swoger!“ – „Noa, wo hängt denn dat tohoop? Wo kommen Se'denn her?“ – Ick segg: „Ick komm van Finkenwarder bi Hamborg!“ – Oach, van Finkenwarder her? Denn sünd Se woll de Swoger van August Kalhorn?“ – „O, jo, bün ick, de richtge Swoger. Oaber nu seggen Se mi erstmoal: Fahrt doa vandog noch', Motorboot no Alt-Passarge?“– „Jä“, seggt he, „nu hett he eben loossmeeten un foahrt weg! Doar könnt Se em noch seehn!“ – Joa, doa güng he hin und all mien Roopen hölp nix, de Schipper hör bloß noch sien'n eegen Motor un wieder nix.

Und Rudl musste zwei Stunden lang zu Fuß hinterher tüffeln. Es muss ein heißer Sommertag gewesen sein und der Weg war schattenlos! Kein Wunder, dass der Besuch aus Finkenwerder über den „dösigen“ Fischhändler räsonierte, weil der so viel „Bescheed“ wissen wollte. Dammliche Schabberei – so hätten wir wohl kommentiert.

Wir möchten Herrn Günter Schött sehr herzlich für die Übersendung dieser in der niederdeutsche Literatur eingegangenen Erinnerung von Rudolf Kinau danken, die, wie man sieht, „noch lange zurück leuchtet“. Und wir erfüllen ihm gerne den Wunsch, eine Bitte an unsere Leser weiterzugeben. Günter Schött wurde 1941 in Alt-Passarge geboren. Seine Vorfahren haben dort seit Jahrhunderten als Fischer gelebt, deshalb befasst er sich seit 30 Jahren mit der Erforschung seines Heimatortes. Sein Großvater, **Gottfried Schött** Nr. 5, soll in den 30er Jahren seine Fischereirechte nach Peise oder Zimmerbude verpachtet haben. Hierüber möchte Günter Schött gerne mehr wissen und hofft, dass er eventuelle Angaben aus unserem Leserkreis erhalten kann. Leichter wird sein anderer Wunsch zu erfüllen sein: Er sucht Fotos von alten Fischerbooten auf dem Frischen Haff. (Günter Schött, Auf dem Krümpel 99a in 28757 Bremen, Telefon 0421/23155.) *R.G.*

In Folge 12 sind uns im Ostpreußenblatt leider zwei bedauerliche Fehler unterlaufen. Bei dem auf Seite 13 abgebildeten historischen Bau handelt es sich um den Dohnaturm. In dem Bericht über die letzten Kampftage in Ostpreußen auf Seite 14 muss es heißen „Heiligenbeiler Kessel“. Wir danken unseren aufmerksamen Lesern, die uns auf diese irrtümlichen Bezeichnungen hingewiesen haben.

Wir gratulieren ...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Weeske, Waltraud, geb. **Amelong**, aus Lyck, Insel/Forsthaus, am 29. März
Woelke, Helene, geb. **Wolff**, aus Lyck, und aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 1. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Karp, Käte, geb. **Kühn**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 30. März
Schinz, Helene, aus Ebenrode, am 29. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Symanski, Lydia, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 1. April
Tanski, Luise, geb. **Bettsteller**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 30. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Böhm, Eleonore, geb. **Maaß**, aus Lyck, am 2. April
Faust, Helene, geb. **Gribbe**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 30. März
Hache, Erika, geb. **Haese**, aus Ortelsburg, am 29. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Meyer, Hildegard, geb. **Eckstein**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 4. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brzoska, Walter, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 4. März
Joswig, Hedwig, geb. **Zapka**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 2. April
Komaschewski, Hildegard, geb. **Juckschat**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, am 4. April
Langenstein, Ruth, geb. **Müller**, aus Lyck, am 31. März
Rasch, Gertrud, geb. **Dormeyer**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 31. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bauermeister, Irmtraut, geb. **Norkeit**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 3. April
Boaca, Berta, geb. **Sczapan**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 31. März
Busch-Petersen, Gerhard, aus Ebenrode, am 29. März
Dunio, Irmgard, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, am 30. März
Goetzie, Irene, geb. **Schulemann**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 30. März
Haupt, Waldemar, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 31. März
Kallweit, Erna, geb. **Schiemann**, aus Wiskiauten, Kreis Samland, am 31. März
Klein, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 25. März
Knoop, Sieglinde, geb. **Galka**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 31. März
Lange, Werner, aus Lyck, Bismarckstraße, am 1. April
Mahsalski, Edith, geb. **Thierbach**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 2. April
Piepgras, Lieselotte, geb. **Brandt**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 30. März
Reimer, Gerhard, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 3. April
Richter, Gertrud, geb. **Jurkschat**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 30. März
Schröder, Frieda, geb. **Siebert**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 2. April
Ulrich, Erna, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 31. März
Zimmek, Lieselotte, geb. **Lehnert**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baumgart, Christel, geb. **Pillkahn**, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, am 29. März
Domnick, Charlotte, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 4. April
Dyck, Hella, aus Lyck, Prostker Vorstadt, am 4. April
Fischer, Gertrud, geb. **Weiß**, aus Seefeld, Kreis Lötzen, am 1. April
Geyer, Herta, geb. **Jankowski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 31. März
Hess, Marta, geb. **Goetzke**, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 3. April
Hoffmann, Heinrich, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 4. April
Janiak, Gisela, geb. **Knapp**, aus Rositten, Kreis Samland, am 4. April
Kesting, Elisabeth, geb. **Bondzko**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 29. März
Müller, Johanna, geb. **Weiduschat**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 28. März
Sauerbaum, Erwin, aus Ebenrode, am 28. März
Wolff, Wolfram, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 3. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bollmann, Georg, aus Diekhusen, am 1. April
Büttner, Jutta, geb. **Fischer**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 30. März
Harmsen, Elfriede, geb. **Troeder**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 26. März
Jonczik, Hildegard, geb. **Weber**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 31. März
Klaar, Elli, geb. **Weiß**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 4. April
Kruck, Waltraud, geb. **Zielinski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 1. April
Lasars, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, am 1. April
Martsch, Willi, aus Pillau, Kreis Samland, am 4. April
Müller, Hans Günter, aus Lötzen, am 3. April
Niederstrasser, Werner, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 2. April
Schendera, Hanna, geb. **Krause**, aus Rossitten, Kreis Samland, am 2. April
Stüwer, Friedel, geb. **Fischer**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 30. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albrecht, Edeltraud, geb. **Wiemer**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 4. April
Dudda, Walter, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 31. März
Führer, Heinz, aus Erlangen, Kreis Ebenrode, am 28. März
Gregor, Elly, geb. **Unruh**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 30. März
Grochow, Elisabeth, aus Walden, Kreis Lyck, am 2. April
Gromzick, Christa, geb. **Kaiser**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 3. April
Klimkat, Emmy, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 3. April
Krüger, Gerhard, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 4. April
Meyer, Lieselotte, geb. **Borowski**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 2. April
Moczarski, Fritz, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 30. März
Polten, Elisabeth, geb. **Schliebenow**, aus Lyck, Yorkstraße, am 4. April
Poweleit, Ida, geb. **Seller**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 3. April
Prabell, Vera, geb. **Marwinski**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 29. März
Salecker, Hans, aus Ebenrode, am 25. März
Schaper, Waltraut, geb. **Lyß**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 31. März
Schemeit, Ida, geb. **Gußahn**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 30. März
Schmidt, Friedrich-Wilhelm, aus Lyck, am 3. April
Schmidt, Susanne, geb. **Lankau**, aus Neidenburg, am 31. März
Schmidtke, Helmut, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 3. April
Soldanski, Minna, geb. **Steffan**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 4. April
Tiefers, Gertrud, geb. **Pangritz**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 30. März
Unthan, Edith, geb. **Tuchlenski**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 30. März
Weidkuhn, Arno, aus Lyck, am 31. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bee, Alice-Lotte, geb. **Embacher**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. März
Braatz, Edith, geb. **Beetschen**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 3. April
Brock, Edith, geb. **Ehrlich**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 31. März
Buchholz, Hannelore, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, am 24. März
Charchulla, Liesbeth, geb. **Newiger**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 1. April
Christensen, Martha, geb. **Zöllner**, aus Fedderau/Lokehnen, Kreis Heiligenbeil, am 2. April
Engel, Herbert, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 3. April
Fenske, Hildegard, geb. **Maser**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 1. April
Fischer, Gerda, geb. **Gehrmann**, aus Bolbitten/Weßlienen, Kreis Heiligenbeil, am 31. März
Gabriel, Irmgard, geb. **Uschpelkat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. April
Goebel, Hedwig, geb. **Muczenski**, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 30. März
Gremke, Erich, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 1. April
Hartje, Waltraud, geb. **Willuhn**, aus Königsberg-Rossgarten, am 26. März
Heise, Hildegard, geb. **Schmarowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 31. März
Howe, Käthe, geb. **Chittka**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 30. März
Hurtig, Erwin, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 31. März
Joecks, Herta, geb. **Chilla**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Kullak, Ernst, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 31. März
Kunz, Elfriede, geb. **Hohendorf**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 30. März
Laube, Gisela, geb. **Tolkmitt**, aus Neidenburg, am 31. März
Nessit, Gustav, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 31. März
Putzke, Herbert, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, am 29. März
Schlokat, Ulrich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. März
Sengpiel, Ruth, geb. **Lumma**, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 2. April
Thernell, Annerose, geb. **Nuckel**, aus Germau, Kreis Samland, am 2. April
Thomzik, Ilse, aus Ortelsburg, am 29. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Althof, Elfriede, geb. **Rautensb.**, aus Lucken, Kreis Ebenrode, am 29. März
Appel, Hildegard, geb. **Beckmann**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 2. April
Berger, Karl-Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. März
Baumgärtner, Eva, geb. **Till**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 30. März
Bruhn, Günter, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 30. März
Ciesla, Helmut, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 1. April
Cub, Ullrich, aus Lyck, am 2. April
Dembek, Ernst, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 4. April
Dombrowski, Ulrich, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 3. April
Dost, Gundula, aus Lyck, am 30. März
Faltin, Inge, geb. **Lüchow**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. April
Hansen, Liselotte, geb. **Brenneisen**, aus Heilbrunn, Kreis Ebenrode, am 24. März
Jeromin, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 3. April
Kallweit, Werner, aus Nadrau, Kreis Samland, am 2. April
Kowalski, Cilli, geb. **Meerettich**, aus Elbing, am 3. April
Kretschmer, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. April
Lindner, Helga, geb. **Bode**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 4. April
Littek, Gerhard, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 2. April
Lohrbach, Charlotte, geb. **Wieberneit**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 28. März
Marosch, Liesbeth, geb. **Bessel**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 27. März
Nagel, Hilde, geb. **Swazina**, aus Isnothen, Kreis Sensburg, am 27. März
Noetzel, Gerhard, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 29. März
Oelke, Christel, geb. **Pruß**, aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg, am 3. April
Ollech, Wilhelm, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 29. März
Otto, Manfred, aus Wehlau, am 30. März
Pohler, Ingeborg, geb. **Palloks**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 1. April
Schwede, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. März
Schwock, Karl-Heinz, aus Bledau, Kreis Samland, am 3. April

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Serafin, Reinhold, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 29. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Becker, Sieglinde, geb. **Kolossa**, aus Peitschendorf, Kreis Sensburg, am 3. April
Brähler, Hannelore, geb. **Galla**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 3. April
Craemer, Elfriede, geb. **Rogalla**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 13. März
Dröse, Traute, geb. **Kablitzky**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 30. März
Flaskamp, Ingrid, geb. **Romey**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 30. März
Gastell, Peter, aus Ebenrode, am 29. März
Grohnmeier, Siegfried, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 31. März
Hesse, Waltraut, geb. **Schroeder**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 1. April
Hildebrandt, Dr. Hans-Georg, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 29. März
Kammer, Hans-Werner, aus An-

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

TERMINE DER LO

Jahr 2014

5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
11. bis 13. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
14./15. Juni: Ostpreußische Jugendolympiade in Ortelsburg.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
1./2. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2015

7./8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter, Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 29. März, 14.30 Uhr, Arte: Mit offenen Karten. 1914: Die Ursachen für den Krieg. F 2013.
Sonnabend, 29. März, 16.30 Uhr, HR: Was bringt uns der Islam? Reportage, D 2014.
Sonnabend, 29. März, 20.15 Uhr, Arte: **Die Bernsteinstraße.** Doku.
Sonntag, 30. März, 17.30 Uhr, ARD: Familien auf der Flucht. Was Syrien-Traumatisierte in Deutschland erhoffen und erleben.
Sonntag, 30. März, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
Sonntag, 30. März, 17.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Nachspiel. Stufen rauf – Pfunde runter. Die schwierige Überwindung der Trägheitsgesetze.
Sonntag, 30. März, 20.10 Uhr, N24: 11. September 2001. Zwei Folgen.
Sonntag, 30. März, 20.15 Uhr, NDR: Russland – Im Reich der Tiger, Bären und Vulkane. Doku.
Sonntag, 30. März, 22.15 Uhr, N24: Die 9/11-Verschwörung.
Montag, 31. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 100 Jahren: Der Dichter Christian Morgenstern gestorben.
Montag, 31. März, 18.25 Uhr, Arte: Wildes Baltikum (1/2): Die Küste.
Montag, 31. März, 20.10 Uhr, N24: Die Brücke von Remagen – Wendepunkt an der Westfront.
Montag, 31. März, 0.45 Uhr, BR: Bei uns dahoam? Flüchtlinge in Bayern. Doku, D 2014.
Dienstag, 1. April, 20.15 Uhr, Arte: Woran glaubt die Kirche? F 2014.
Dienstag, 1. April, 21.50 Uhr, Arte: Linksabbieger gesucht. Politik. Obwohl die Zeiten günstig sind, stecken „Sozis in Nöten". Reportage.
Mittwoch, 2. April, 20.15 Uhr, SWR: betrifft. „Zeitbombe Zucker". Reportage über die Schädlichkeit des Süßstoffs.
Mittwoch, 2. April, 21 Uhr, RBB: Die Wahrheit über Fett. Kein Lebensmittel hat einen derart schlechten Ruf wie Fett.
Donnerstag, 3. April, 13.20 Uhr, 3sat: **Königsberg – Ferne, fremde Heimat.**
Donnerstag, 3. April, 20.15 Uhr, 3sat: Sex und Geschlecht – reine Kopfsache? Neues aus der Gender- und Hirnforschung. Reportage.
Freitag, 4. April, 17.05 Uhr, N24: Der Tag, an dem das Öl versiegt.
Freitag, 4. April, 20.15 Uhr, RBB: Die 30 spannendsten Berliner Erfindungen. Reportage.

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

gertal, Kreis Angerburg, am 30. März

Kanigowski, Siegfried, aus Neidenburg, am 2. April

Masuch, Anna, geb. **Dulisch**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 4. April

Nietz, Gerhard, aus Wiepen, Kreis Ebenrode, am 31. März

Nowoczin, Hans-Gerd, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 31. März

Sander, Dieter, aus Ebenrode, am 1. April

Schwarz, Gertrud, geb. **Mertius**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 1. April

Sobottka, Eckhard, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 1. April

Switalla, Bruno, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 31. März

Wienold, Gabriele, geb. **Wulf**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. März

Wolff, Christel, geb. **Reidenbach**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 30. März

Zels, Karin, geb. **Albrecht**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 3. April

Altvaterturmverein dankt Heimatfreunden

Für ihr Engagement im Jahr 2013 dankt der Altvaterturmverein Langgöns dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, das dem Verein ständig mit Material für das Ostpreußenzimmer im Turm versorgt, der Familie Kerwien aus Leipzig für die Bereitstellung des Angerburger Heimatbriefs, Frau Dietel von der Landesgruppe Thüringen sowie dem Königsberger Heimatfreund Ottomar Glaubitt vom BdV Saalfeld.

Am 2./3. August feiert der Verein die 10-jährige Einweihung des Turms und lädt zu der Veranstaltung alle ostpreußischen Heimatfreunde ein.

Beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 17./18. Mai in Kassel wird der Altvaterturmverein am Stand des Kulturzentrums Ostpreußen vertreten sein. Zurzeit sammelt der Verein Spenden für die Anbringung einer Gedenktafel im Außenbereich des Turms, die an das Leid der Wolfskinder erinnern soll und die im Rahmen einer Feier angebracht werden soll. Nähere Informationen unter Telefon (036653) 26396. *EB*

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 29. März, 11 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart: 7. Ostermarkt des DJO mit allen teilnehmenden Landsmannschaften. Gezeigt werden Osterbräuche, Traditionelles wie textile Volkskunst, Trachten, Spezialitäten aus den Vertreibungsgebieten, Tombola und auch für das Wohl ist gesorgt. Die LO-Landes- und Kreisgruppe sind mit einem Stand vertreten. – Mittwoch, 2. April, 19 Uhr, Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36: 135. Preußische Tafelrunde Pforzheim – Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen/Bayern zum Thema „Die Geschichte des Deutschen Ordens in Franken und im Preußenland“. Das Abendessen kostet 19 Euro. Anmeldungen bei Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093 oder E-Mail: uta.luettich@web.de. – **Vorankündigung:** Sonnabend, 24. Mai, 9.45 Uhr, Hotel Wartburg, Stuttgart, Langestraße 49: Frauentagung. Der Vormittag ist zum großen Teil der Arbeit der Gruppe gewidmet. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil der Tagung mit einem Vortrag über „Bedeutende ostpreußische Persönlichkeiten“.

Buchen – Busfahrt nach Kassel zum Deutschlandtreffen – Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai: Die Gruppe fährt zum Deutschlandtreffen, mit Übernachtung in einem guten Hotel, Stadtrundfahrt, Besuch des Schlosses Wilhelmshöhe und des Museums der Gebrüder Grimm. Interessenten mögen bitte unter Telefon (06281) 8137 anrufen. – Sonntag, 30. März: Ausflug zum Schloß Gamburg mit interessanter Führung um 14 Uhr. Anschließend wird Baronin Nicole von Gamburg zu einer fürstlichen Kaffeetafel einladen. Nähere Auskunft erteilt Rosemarie Winkler unter Telefon (06281) 8137.

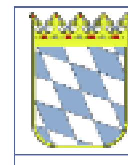
Heidelberg – Sonntag, 30. März, um 15 Uhr, Hotel Leonardo, Bergheimerstraße 63: Treffen der Gruppe mit der **Jahreshauptversammlung** und Totenehrung. Nach dem geschäftlichen Teil wird Frau Oklon, die Vorsitzende des Baltischen Freundeskreises Heidelberg, einen Diavortrag über „Reisen durch Estland“ halten. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Lahr – Sonnabend, 29. März, 18. Uhr, Gasthaus „Zum Zarko“, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Königsberger-Klopse-Essen.

Metzingen – Mitgliederversammlung – Anerkennung und Verständnis für die Bemühungen, Kultur und Brauchtum der Heimat zu bewahren und in den Alltag einfließen zu lassen. Der Vorsitzende Heinz Scheffler hat bei seiner Begrüßung von der fast vollzähligen Anwesenheit der Mitglieder angetan. Die Preußen sind in Metzingen nunmehr die letzte Landsmannschaft aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches. Die Gemeinschaft befindet sich nach nunmehr bald 70 Jahren seit der Vertreibung im Umbruch. Altershalber entstehen Ausfälle, aber in die Lücken stoßen immer wieder neue Interessenten, die am Jahresprogramm Freude haben. Jährlich stehen vier Veranstaltungen an, die Unterhaltung bei Musik und Tanz, Tombola, ostpreußischen Anekdoten, Jahresausflug und Filmvorführungen über die Heimat bieten. Bei einem Jahresbeitrag von 12,50 Euro ist das erschwinglich. Längst wurden die 1945 Heimatvertriebenen zu guten Metzingern und umgekehrt zeigen Einheimische Verständnis und Interesse an dem Bestreben, die Erinnerung an die verloren gegangene Heimat aufrecht zu erhalten. Am 13. Juli findet der Jahresausflug statt. Es geht an ein bisher nicht angefahrenes Gebiet am Bodensee, die Halbinsel Höri mit der Künstlerlandschaft (Hermann Hesse und andere). Mittagspause in Gaienhofen-Horn an der Spitze der Halbinsel. Nächste Station ist der Hafen von Konstanz mit längerem Aufenthalt zur freien Verfügung. Die Stadt ist festlich hergerichtet, begann doch vor 600 Jahren 1414 das Konstanzer Konzil. Am 11. Oktober ist der gemütliche Abend mit Grützwurst-Essen, Tombola und Tanz. Am 7. Dezember findet die festliche Weihnachtsfeier statt. Hingewiesen wurde schon jetzt auf die Feier am Sonnabend, 9. Mai, nächsten Jahres. Da wird am städtischen Heimat-Gedenkstein bei der Bonifatiuskirche der Heimatvertreibung vor 70 Jahren gedacht. Anschließend wird abends das Fest 70 Jahre Kriegsende bei Essen und Tanz im Bohn gefeiert. Aufmerksam wurden die Berichte des Vorsitzenden Heinz Scheffler, der Kassenleiterin Dagmar Voss, der Kassenprüfer Helga und Peter Brulow und des Wahlleiters Hilmar Isensee verfolgt. Bei der Wahl der Vorstandschaft blieb es bei der bisherigen Besetzung: Vorsitzender Heinz Scheffler, Stellvertreter Horst Sauff, Kassenleiterin Dagmar Voss, Beisitzer Gerda Haushalter und Georg Weiss. Höhepunkt war die Filmvorführung. Gezeigt wurde ein neuer Naturfilm über die jetzigen Zustände im nördlichen Ostpreußen. Natur zwischen Haff und Meer. Die ehemaligen landwirtschaftlichen Flächen sind heute Natur pur, ein reiner Naturpark mit faszinierenden Tieraufnahmen, schwach besiedelt von bescheiden lebenden neuen Einwohnern. Nachdenklich und doch von der Schönheit der Landschaft begeistert wurden Eindrücke aufgenommen.

Stuttgart – Dienstag, 8. April, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kleiner Saal, Schloßstraße 92: Frau Lüttich und ihre Frauengruppe treffen sich zum Heimatnachmittag unter dem Thema „Ostern und Frühling“ mit Geschichten, Liedern und Gedichten. Gäste sind herzlich willkommen. – Sonnabend, 24. Mai, Landesfrauentagung, um 9.45 Uhr im Hotel Wartburg. Der Vormittag der diesjährigen Frauentagung ist zum großen Teil unserer Arbeit gewidmet. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil der Tagung mit einem Vortrag über „Bedeutende ostpreußische Persönlichkeiten“.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 13. April, 14.30 Uhr, Auferstehungskirche Böfingen: Heimatgottesdienst.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 5. April, 10 bis 17 Uhr: Landeskulturtagung in Ellingen. Ort: Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. – Sonnabend, 17., bis Sonntag, 18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel. Gemeinsame Fahrt mit dem Reisebus nach Kassel.

Ansbach – Sonnabend, 12. April, 15 Uhr, Orangerie: **Jahreshauptversammlung**, mit Ehrungen. Anschließend Königsberger-Klopse-Essen.

Bamberg – Mittwoch, 16. April, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag „100 Jahre Beginn des Ersten Weltkriegs, Kampfhandlungen in Ostpreußen“.

Hof – Bericht über die Monatszusammenkunft am 8. März – Trotz des Frühlingswetters hatten sich viele interessierte Mitglieder und Gäste zum monatlichen Treffen der Gruppe eingefunden. Mit der herzlichen Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden Christian Joachim und den traditionellen Geburtstagsgrüßen wurde mit dem gemeinsam gesungenen Westpreußenlied der Nachmittag eingeleitet. Leider trifft es auch bei der Gruppe zu, dass sie sich verkleinert. Wichtig ist es daher, das Heimatgut zu erhalten und zu pflegen. Mit einem Tagesausflug will man den Kulturtag im Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen am 5. April besuchen. Ein heimatlicher Dank und ein treues Gedenken gelten den verdienten verstorbenen Mitgliedern, Schatzmeister Klaus-Dieter Napromski und der Mutter der Vorsitzenden Christel Joachim. Sie waren ein Stück Heimat in der Gruppe. Als Prominenten am Nachmittag hatte Kulturreferent Bernd Hüttner den Westpreußen Emil von Behring ausgewählt. Ein kleines rotes Ziegelhaus, das Lehrerwohnhaus in Hansdorf im Kreis Rosenberg, war am 15. März 1854 der Geburtsort. Er studierte Medizin und als Arzt in kleinen östlichen Garnisonen erkannte er die Schrecken der Diphtherie. 1887 wurde er als Stabsarzt zunächst nach Bonn und dann als Assistent des großen Robert Koch nach Berlin versetzt. Als Bakteriologe und Serologe besiegte er die Diphterie und erhielt 1901 als erster Arzt den Nobelpreis. Er starb nur 63 Jahre alt am 31. März 1917. Er fand das Mittel gegen den Wundstarrkrampf und das Serum gegen die Diphterie. Eine bewegende Lebensgeschichte. Mit kleinen Vorträgen, einem heiteren Ratespiel und dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied klang dieser harmonische Nachmittag aus. Christian Joachim dankte für die Ausgestaltung und Mitarbeit und bat um rege Teilnahme mit Gästen am nächsten Termin, Sonnabend, 12. April, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88: Thema Ostern.

Kitzingen – Freitag, 11. April, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Vortrag durch unseren Landsmann Wolfgang Peconik über „Das Leben des Nikolaus Kopernikus“. – Vom 4. Bis 9. Mai findet eine VdK-Fahrt ins Riesengebirge (wo Rübezahl zu Hause ist) statt. – 17./18. Mai Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel. Wer Interesse hat, mitzufahren, bitte melden.

Landshut – Dienstag, 15. April, 14 Uhr, Gasthaus zur Insel: Brauchtum zu Ostern.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960. – Freitag. 11. April, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5: Bunter Nachmittag, Musik und Gesang mit der Orgelspielerin Uschi Walter aus München. Zuvor gemeinsame Kaffeetafel.

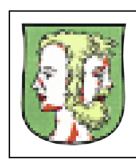
Weiden – Heimatnachmittag am Sonntag, den 6. April, um 14.30 Uhr im Café Mitte.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



BERLIN

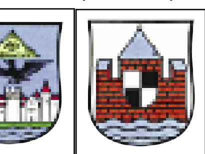
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 4. April, 15 Uhr, „Kleiner Ratskeller“ Am Rathaus 9, 10825 Berlin, Anfragen: Peter Dziengel, (030) 8245479.



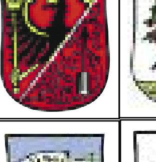
Rastenburg – Sonnabend, 5. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 5. April, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen: Hermann Trilus (03303) 403881.

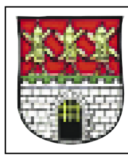


Frauengruppe – Mittwoch, 9. April, 13.30, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 166–117, 10963 Brelin: Die Gruppe begrüßt den Frühling. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

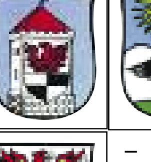


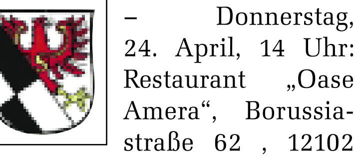


Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 15. April, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Albrechtstr. 52, 12167 Berlin: Frühlingsfest. Anfragen für Gumbinnen: Joseph Lirche (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul (030) 5429917, für Lötzen: Gabriele Reiß, (030) 75635633.

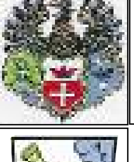


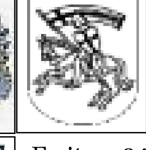
Pillkallen/Schlossberg – Donnerstag, 17. April, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.

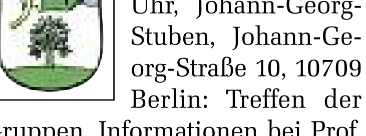




Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 24. April, 14 Uhr: Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Kleinostern in Ostpreußen. Anfragen: Marianne Becker, (030) 7712354.







Königsberg, Samland, Labiau – Freitag, 24. April, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Bartenstein – Sonnabend, 26. April, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf Zimmer 21, Kirchstraße 1 – 3, 14163 Berlin. Anfragen: Elfriede Fortange (030) 4944404.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung auf Seite 17

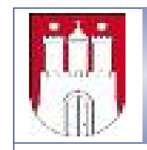
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Freitag, 28. März, 14.30 Uhr, Barlach-Haus: Kulturnachmittag mit Filmvorführung. – **Marita Jachens-Paul für 15 Jahre Vereinsführung geehrt** – Auf der Jahreshauptversammlung erhielt die Vorsitzende der Landsmannschaft Ost-/Westpreußen und Heimatkreis Elbing, Marita Jachens-Paul, von ihrer Vertreterin Barbara Sandmann eine besondere Urkunde und einen Blumenstrauß überreicht: Seit 15 Jahren (26. Februar 1999) führt sie die Ostpreußen in Bremerhaven. Sie hatte das Amt damals von ihrer plötzlich verstorbenen Mutter Lore Jachens übernommen. Weitere Ehrungen: Elisabeth Brandt, Stefanie Flotow, Klaus Eichholz und Wolfgang Paul wurde der Orden „Ostpreußenadler“ verliehen. Die turnusmäßigen Wahlen gingen unter der Leitung des Landesvorsitzenden der Ostpreußen, Helmut Gutzeit, problemlos über die Bühne: Alle Vorstandsmitglieder wurden einstimmig für zwei Jahre wiedergewählt. Die Ostpreußen haben in diesem Jahr viel vor: Außer den routinemäßigen Kulturnachmittagen einmal im Monat im Ernst-Barlach-Haus findet das Deutschlandtreffen der Ostpreußen im Mai in Kassel statt, kommen die Elbinger im Oktober in der Seestadt zu ihrem Bundestreffen zusammen und wird im Herbst die 88. Wiederkehr der Gründung des „Vereins heimattreuer Ostpreußen in den Unterweserorten“ 1926 gefeiert. Auch besteht in diesem Jahr die Patenschaft – heute Partnerschaft – zwischen Bremerhaven und Elbing 60 Jahre. An der Feier dieser beiden Städte wird sich auch die Landsmannschaft Ost-/Westpreußen und der Heimatkreis Elbing beteiligen.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 5. April, 10 bis 17 Uhr, Ostermarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 1, gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke. Die Landesgruppe ist im 2. Stock mit einem Angebot heimatlicher Spezialitäten und Literatur vertreten und lädt herzlich zu einem Besuch ein.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 31. März, 15 Uhr Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Landsmann Siegfried Grawitter hält einen Vortrag über die Landwirtschaft im alten Ostpreußen mit dem Titel „Im Märzen der Bauer“. Im Anschluss sprechen wir über Ostern in der Heimat.

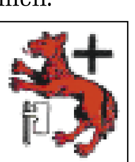
KREISGRUPPE



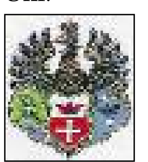
Frauengruppe – Freitag, 28. März, um 15 Uhr im Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen in Hamburg-Bergedorf lädt herzlich ein zur Jahreshauptversammlung sowie zu einem Ausblick und einem „Frühlingserwachen“.



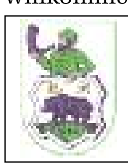
Gumbinnen – Sonnabend, 29, März, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8 (Nähe Einkaufs- Center Quarree, Pkw-Parkhochhaus vorhanden, U-Bahn 1 bis Wandsbek-Markt, dann 5 Minuten Fußweg durch Hausdurchgang): Treffen der Gruppe. Anmeldung bis spätestens Sonnabend, 22. März, bei Schriftführerin Hilde Janssen-Kaydan, Rathenaustraße 53, 22297 Hamburg, Telefon (040) 517931. „Winter ade, Scheiden tut weh“ wird der Titel der kulturellen Veranstaltung sein, bei der der Humor nicht fehlen darf. Der Vorstand freut sich auf ein Wiedersehen. Gäste sind herzlich willkommen.



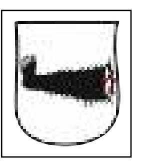
Heiligenbeil – Sonnabend, 22. März, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Die Heimatgruppe feiert ihr Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein, um gemeinsam bei Kaffee und Kuchen einige fröhliche Stunden in geselliger Runde zu verbringen. Gleichzeitig ist Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e.V. Der Seniorentreff kann mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek-Markt oder Billstedt erreicht werden. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis zum 21. März erbeten. – Fahrt zum Deutschlandtreffen: Die Kreisgruppe fährt zum Deutschlandtreffen der LO am 17. und 18. Mai in Kassel. Anmeldung und Auskunft unter Telefon (040) 53254950 ab 18 Uhr. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, zwei Übernachtungen, zweimal Frühstücksbuffet, zweimal Abendessen (Drei-Gang-Menü), geführte Stadtrundfahrt, Transfer zu den Messehallen an beiden Tagen. Preis pro Person im DZ 196 Euro, Einzelzimmerzuschlag 30 Euro. Empfohlen wird eine Reiserücktrittsversicherung. Reisebeginn 16. Mai. Abfahrtsorte: Harburg-Bahnhof 8 Uhr, ZOB Hamburg 8.30 Uhr.



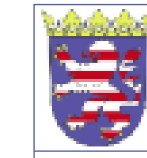
Königsberg – Dienstag, 15. April, 13.30 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg-Wandsbek (U- und Busbahnhof Wandsbek-Markt). Traditionelles Königsberger-Klopse-Essen mit anschließendem bunten Programm. Anmeldungen bis zum 12. April erbeten bei Brigitte Reimer, Telefon 873495. Gäste sind herzlich willkommen.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Sensburg – Sonnabend, 26. April, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Jahreshauptversammlung. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.



HESSEN

Kommissarischer Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 5. April, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel Vortrag von Dieter Leitner anlässlich des 450. Geburtstags des Danziger Malers Anton Möller.

Dillenburg – Bei der letzten **Monatsversammlung** sprach Hans-Joachim Naujoks über den wahren „Hauptmann von Köpenick“. Wilhelm Voigt wurde am 13. Februar 1849 in Tilsit als Sohn eines Schumachers geboren und erlernte denselben Beruf. Schon mit 14 Jahren beging er seinen ersten Diebstahl und wurde zu 14 Tagen Haft verurteilt. Während seiner Wandergesellenjahre, die er in Pommern und Brandenburg verbrachte, entwickelte er sich zum Kleinkriminellen. Zwischen 1864 und 1891 wurde er viermal wegen Diebstahls und zweimal wegen Urkundenfälschung verurteilt. Bei seinem letzten Verbrechen wurde er erwischt und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Als er nach abgesessener Strafe am 12. Februar 1906 entlassen wurde, hatte er mehr als die Hälfte seines Lebens hinter Gittern verbracht. Die Geschichte vom „Hauptmann von Köpenick“ wurde schon bald nach der Tat literarisch verarbeitet. Es gab mehrere Bühnenstükke, drei Kinofilme mit Heinz Rühmann, Rudolf Platte und Harald Juhnke in der Hauptrolle. Im Jahre 1961 kaufte der Zirkus Sarrasani das Grab von Wilhelm Voigt in Luxemburg und stiftete einen Grabstein. Zum Schluss zeigte Hans-Joachim Naujoks noch einige Fotos von Wilhelm Voigt: als Gefangenen, in Uniform und todschick in Zivil, und das Grab, das seit 1975 von der Stadt Luxemburg gepflegt wird.

Kassel – Donnerstag, 3. April 2014, 14.30 Uhr Treffen der Gruppe in der Cafeteria Niederzwehren, Kassel, Am Wehrturm 3. Vor-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

trag Dr. Rolf Sauerzapf: „Das freideutsche Meißnermanifest von 1913 und die deutsche Jugendbewegung“. – Unermesslich sind die Zeugen deutscher Kultur im Osten. Dies vermittelte die hessische Landesfrauenreferentin Karla Weyland bei ihrem Lichtbildervortrag unter dem Titel: „Kreuz und quer durch die Altmark und die Neumark nach Königsberg in der Neumark“. Ausgehend von Tangermünde mit seinen prachtvollen spätmittelalterlichen Bauten führte der Bilderreigen über Potsdam und Rheinsberg in die Neumark. Liegt die einst brandenburgische Altmark westlich der Elbe im Lande Sachsen-Anhalt, so erstreckt sich die Neumark südlich an Pommern von der Oder etwa 120 Kilometer nach Osten. Als nördlicher Teil Ostbrandenburgs ist sie seit 1945 fremdbestimmt. Auf ihrer Fahrt nach West- und Ostpreußen durchfahren viele Heimatreisende das Gebiet nördlich der Warthe ohne Halt. Das ist schade, denn trotz außergewöhnlicher Kriegsschäden weist das Gebiet immer noch zahlreiche beachtenswerte Baudenkmäler auf, und die Natur betört mit großen Wäldern, weiten Flussauen und herrlichen Seen, belebt von Kranichen und Störchen. Wer Soldin, Friedberg oder Bad Schönfließ besucht, staunt über mächtige Stadttore, stattliche Kirchen geben Landsberg, Königsberg und Woldenburg das Gepräge und Berlinchen glänzt als „Perle der Neumark“ mit Natur und hübschen Überbleibseln aus deutscher Zeit. Wer kennt die Schlösser Tamsel oder Merenthin? Dazu wusste Weyland manches Interessante anzumerken. Die Teilnehmer des Heimatnachmittags dankten der Bilder-Reiseführerin mit einem herzlichen Applaus.

Wetzlar – Montag, 7. April, 19 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Rudolf Virnich berichtet über seine Evakuierung vom Rheinland nach Ostpreußen während des Zweiten Weltkriegs. Gäste sind willkommen. – **Bericht** – Heimatlich ist es bei der Kreisgruppe während ihres März-Treffens mit Grützwurst und Spirgel zugegangen. In den Wetzlarer Grillstuben versammelten sich Mitglieder und Gäste zu einem gemeinsamen Essen, wie sie es aus ihrer ostpreußischen Heimat nach Hausschlachtungen im Januar kannten. Für das Menü mit schmackhaft gewürzter Blutwurst, in kleinen Stücken gebratenem Bauchfleisch („Spirgel“), eingestampftem Weißkraut und Kartoffeln hatten ein benachbarter Metzger und die Küche des beliebten Restaurants an der Stoppelberger Hohl gesorgt Dazu würzte Friederike Preuß das gemeinsame Essen mit heiteren Geschichten aus der ehemals deutschen Ostprovinz. Damit weckte die aus dem masurischen Sensburg stammende Ostpreußin bei ihren Zuhörern die Erinnerung an den „Bärenfang“, einen in ihrer Heimat allseits beliebten Honiglikör, an „Wrukengemüse“ aus Steckrüben und natürlich an die heute noch weltweit servierten „Königsberger Klopse“. Auch die Pfiffigkeit ostpreußischer Jungen und Mädchen kam in den Schmunzelgeschichten zur Sprache. Besondere Aufmerksamkeit erlangte das Tagebuch einer „Wanderschneiderin“, die in den Häusern betuchter Königsberger die Kleidung der Familienmitglieder ausbesserte und jedes Mal zu Mittag Königsberger Klopse vorgesetzt bekam.

Wiesbaden – Dienstag, 8. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße: Heimatnachmittag der Frauengruppe. – Sonnabend, 12. April, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: **Jahreshauptversammlung/Mitgliederversammlung** nach § 8 der Satzung mit Informationen und Bildern aus dem Vereinsleben. Vor dem offiziellen Teil Kaffee und Raderkuchen. – Donnerstag, 17. April, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert werden Königsberger Klopse. Es kann nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 11. April bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Für die Busfahrt nach Kassel zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen 16 bis 18. Mai sind noch Anmeldungen möglich.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Freitag, 18. April, 15 Uhr, Hoheluft: Osterkaffee. Die Gruppe erinnert sich an ostpreußische Osterbräuche und bietet zum guten Kaffee nach alter Sitte Gründonnerstagskringel nach ostpreußischem Rezept an. Kostenbeitrag pro Person drei Euro.

Helmstedt – Donnerstag, 10. April, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Das zweimonatliche Treffen findet statt.

Holzminden – Wie zu jedem Jahresbeginn traf sich die Gruppe im Februar zum traditionellen Königsberger-Klops-Essen. Eine gute Gelegenheit, nach der Winterpause gemütlich zu schabbern und plachandern. Aus Termingründen musste die **Jahreshauptversammlung** einen Monat vorgezogen werden, so dass im Anschluss der 2. Vorsitzende Pastor i.R. Günther Grigoleit spannend über die symbolischen und psychologischen Bedeutungen der Farbe Rot referierte. Die Vorsitzende, Renate Bohn, blickte trotz altersbedingt schrumpfender Mitgliederzahl positiv auf die Aktivitäten in dieser Gruppe zurück, die sich mindestens einmal im Monat trifft. Eine überaus gut geführte Kasse von Kassenwartin Gisela Ehrenberg wurde von den Kassenprüfern Elsa Jendrysik und Karl-Heinz Bohn bestätigt und dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt. Neuwahlen standen nicht an. – Rückblick auf 2013: Eine Tagesfahrt führte ins Ostpreußische Landesmuseum (wird unbedingt wiederholt), Besuch bei der örtlichen Feuerwehrzentrale, Busfahrt zum Schloss Marienburg. „Was ist ein erfülltes Leben“ war das Thema von Günther Grigoleit. Und nun wissen alle Teilnehmer der Fahrt zur Senfmühle in Einbeck um die vielen unterschiedlichen Senfsorten. Köstlichkeiten aus einem Höxteraner Backhaus konnten die Führungsbesucher probieren und mit heim nehmen. Die Advent- und Weihnachtsfeiern sind fester Bestandteil dieser Gruppe, zu denen auch gern Gäste erscheinen. Vor allem der Gottesdienst in altpreußischer Union mit Pastor i. R. Günther Grigoleit ist nicht wegzudenken. Bei allen Treffen fühlen sich auch einige Schlesier gut aufgehoben. Somit findet jeweils ein interessanter Gedankenaustausch statt. Am 17. Mai ist ein Bus nach Kassel zum Deutschlandtreffen gebucht. Es sind noch einige Plätze frei. Bei Interesse bitte melden bei: Renate Bohn, Telefon (05531) 4340. Am 27. Juni ist ein Besuch des Mielewerkes in Gütersloh gebucht, auch hier werden Anmeldungen entgegengenommen.

Oldenburg – Bericht – Die Frauengruppe hatte Günter Uschtrin zu Gast, der von der Heimat seiner Vorfahren, Coadjuthen im Memelland, berichtete. Umfangreiches Kartenmaterial von ihm und von Mitglied Jürgen Neumann veranschaulichte das gesamte Memelland und das Kirchspiel Coadjuthen, deren Geschichte Uschtrin ausführlich erläuterte, auch die jahrhundertelange Nachbarschaft zu Russisch-Litauen. Er hat in einem umfangreichen Buch über das Kirchspiel Coadjuthen publiziert, Kultur und Literatur eingeschlossen. Lebendig, bildhaft und verständlich gelang es ihm, den Teilnehmerinnen einen heute weitgehend unbekannten Landstrich wieder nahezubringen. Beim nächsten Treffen am Mittwoch, 9. April, 15 Uhr, im Stadthotel Eversten, zeigt Karl-Heinz Bonk ein Kaleidoskop von Bildern seiner zahlreichen Ost- und Westpreußenreisen. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Die Kreisgruppe plant eine Fahrt zum Deutschlandtreffen nach Kassel. Um die nähere Umgebung der Stadt kennenzulernen, bietet die Firma HB-Reisen, Bad Essen, diese Fahrt von Freitag, 16., bis Dienstag, 20. Mai, an. Geboten werden eine Stadtführung in Kassel, ein Ausflug in das Waldecker Land. „Unterwegs mit Dr. Eisenbart“ – ein Rundgang mit dem berühmten Medicus in Hannoversch Münden sowie eine Schifffahrt auf Fulda und Weser. Anmeldungen nimmt die Firma Bonkowski bis zum 30. März entgegen. – Dienstag, 8. April, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 10. April, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Großer Saal, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Bei diesem Monatstreffen der Rintelner Gruppe spricht Professor Heinz Schürmann aus Bielefeld über „Burgen und Schlösser im Land des Deutschen Ritterordens“. Neben den Mitgliedern der Gruppe sind auch Freunde und interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Weitere Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Für die Fahrt zum Ostpreußentreffen am 17./18. Mai in Kassel sind noch einige wenige Plätze frei, ebenso Zimmer im gebuchten Hotel. Bei Interesse bitte melden bei Manfred Ruhnau, Kreisgruppe Bonn, Telefon (02241) 311395.

Bonn – Dienstag, 1. April, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: Vortrag „Der russische Einmarsch in Ostpreußen 1914 – In Solschenizyns Roman ‚August Vierzehn‘“. Referent: Professor Dr. Hans Rothe. – Jeden 1. Mittwoch, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe. – Jeden 3. Mittwoch, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Stammtisch.

Dortmund – Jeden dritten Montag von 14.30 bis 16.45 Uhr Treffen in der Heimatstube Märkische Straße. Auskünfte erteilt Marlies Hein unter Telefon (0209) 98894112.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, 1. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen – Westpreußen – Sudetenland.

Essen – Freitag, 11. April, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Vortrag zum Thema „Als Flüchtling aus dem Libanon in Deutschland“. Referent: Ahmad Omeirat, Essen.

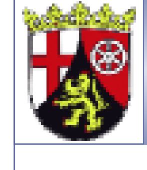
Gütersloh – Donnerstag, 17. April, 15 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen): Osterfeier. – Montags, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13: In unregelmäßigen Abständen findet der Ostpreußische Singkreis statt. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – **Busfahrt zum Deutschlandtreffen in Kassel vom 16. bis 18. Mai** – Bitte schon jetzt einen Platz für die Busfahrt reservieren bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Näheres bezüglich Ablauf, Programm und Preis wird in einem Faltblatt nach erfolgter Anmeldung mitgeteilt.

Leverkusen – Sonnabend, 5. April, Gaststätte Kreuzbroich, Heinrich Lübke Straße 61: **Jahreshauptversammlung** ohne Neuwahlen, mit Berichterstattungen über die gesamte Tätigkeit unserer Kreisgemeinschaft. Beginn 14 Uhr. Danach findet ein Vesper und ein kleines kulturelles Programm statt, vorbereitet von unseren Kulturgruppen. Wir bitten alle Mitglieder um ihr Dabeisein. Gäste sind willkommen. Ihre Meinung über die Tätigkeit des Vorstandes und der Gruppe ist uns sehr wichtig. Die LM der Ost- und Westpreußen möchte ihre Dankbarkeit zum Ausdruck bringen über die großartige Frauengruppe, die sich an jedem zweiten Mittwoch im Monat im Hause Ratibor ab 14.30 Uhr trifft. Das Haus ist immer voll. Die Geburtstagskinder und Jubilare werden nie vergessen. Kleine Aufmerksamkeiten und Glückwünsche tragen zur guten Stimmung bei. Gedichte, Sketche, erlebte und gelebte Geschichten, schöne Lieder, eine gemeinsame Kaffeetafel machen die Stunden unvergesslich.

Neuss – Donnerstag, 3. April, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Programm wird in der Presse bekannt gegeben.

Wesel – Sonnabend, 12. April, 17 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Frühlingsfest mit traditionellem Grützwurstessen. Verschiedene Darbietungen zur Unterhaltung stehen auf dem Programm. Anmeldungen werden bis zum 3. April erbeten bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Christa Elias, Telefon (02858) 6403.

Witten – Sonnabend, 5. April, Einlass ab 14 Uhr, Katholisches Gemeindehaus der Marienkirche, Hauptstraße 83 a: 60-jähriges Jubiläum der Landsmannschaften der Pommern, Ost- und Westpreußen. Kostenbeitrag für Kaffeetafel 3,50 Euro. – Montag, 14. April, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Ehrungen für Mitglieder anlässlich des Jubiläums.

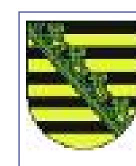


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen/Rhein – Sonnabend, 12. April, 15 Uhr, Ludwigshafen-Gartenstadt, Forsterstraße (Haus der AWO): Treffen der Gruppe zur Osterfeier. – **Bericht über das Ermländertreffen** – Zum diesjährigen Ermländertreffen waren nur 18 Ermländer aus der Pfalz und Nordbaden gekommen. Den Gottesdienst in der St. Hedwigskirche feierte Pfarrer Bernhard Schaffrinski i. R. (Edesheim). In seiner Predigt erörterte Schaffrinski die Bedeutung der Fastenzeit für unser Leben. Fastenzeit bedeutet, unser Leben neu auszurichten. Was ist wichtig in unserem Leben? – Beim gemütlichen Beisammensein wurde über die zukünftige Arbeit der „Ermlandfamilie e.V.“ berichtet. Nachdem die Deutsche Bischofskonferenz beschlossen hat, für die Ermländer keinen Visitator mehr zu ernennen, hatte der Ermländerrat beschlossen, einen Verein „Ermlandfamilie e.V.“ zu gründen. Aus steuerrechtlichen Gründen muss das so sein, damit die Arbeit wie bisher weitergehen kann. Da es von kirchlicher Seite keine finanzielle Unterstützung mehr gibt, ist die Ermlandfamilie auf Spenden und andere Zuwendungen angewiesen, um weiterhin die Ermlandbriefe, das Ermlandbuch, die Treffen und Tagungen durchführen zu können, auch wenn es in Ludwigshafen keine Ermländertreffen mehr geben wird, da die Anzahl der Teilnehmer sich von Jahr zu Jahr verringert. In anderen Gegenden zum Beispiel im Münsterland, kommen viele Ermländer, auch Jugendliche, zu den Treffen und Tagungen. Als 1962 zum ersten Mal das Ermländertreffen in Ludwighafen stattfand, kamen über 100 Teilnehmer, heute sind es noch 18. Die Gruppe dankt allen, die die Ermländer unterstützt haben, den Priestern, den Organisten, den Frauen, die den Kaffee kochten, vor allem aber der Pfarrei St. Hedwig, wo sie seit 45 Jahren Eucharistie feiert und Gemeinschaft erleben durfte.

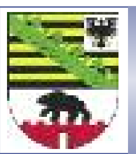
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

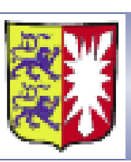
Leipzig – Bericht von der Jahresauftaktveranstaltung – Der Vorsitzende Peter Wolf begrüßte die zahlreich erschienenen Heimatfreunde und Gäste. Ein erster Dank ging an das Personal des „Ratskellers“, das es ermöglicht hat, dass die Gruppe trotz noch andauernder Bauarbeiten nach dem Brand im Dezember die Veranstaltung durchführen konnte. Ebenfalls ein großes Dankeschön sprach der Vorsitzende dem Chor „Lied der Heimat“ unter der Leitung von Rosa Wegelin aus. Obwohl wieder ein Jahr älter geworden, zeigen die Chormitglieder nach wie vor viel Einsatzbereitschaft und erfreuen mit ihren Liedern. Mit fröhlichen Gesichtern und herzlichem Beifall dankten die Landsleute dafür. In seiner Ansprache stellte Peter Wolf den Jahresplan 2014 vor und wies auf die wichtigen Ereignisse hin. Zu den Höhepunkten werden sicher das Chöretreffen in Reichenbach und der Sächsische „Tag der Heimat“ am 6. September im Festsaal des Leipziger Rathauses gehören. Die ostpreußischen Landsleute freuen sich schon auf das Ostpreußentreffen in Kassel, zu dem bereits ein Bus bestellt wurde. Da noch freie Plätze vorhanden sind, können sich Interessenten jeden Dienstag in der Geschäftsstelle (Bernhard-Göring-Straße 152, 04277 Leipzig Telefon 0341/3065212, 10 bis 13 Uhr) anmelden. Der Plan beinhaltet auch viele kleinere Veranstaltungen, dazu gehören fünf Auftritte des Chores im Angelika-Stift, die kulturelle Umrahmung des Heimattreffens der Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, Fischhausen, Veranstaltungen im „Haus der Demokratie“ mit der Familie Wegelin und der LM Deutsche aus Russland. Regelmäßig werden auch die monatlichen Treffen der Pommern, Ostpreußen und Schlesier durchgeführt. Peter Wolf machte besonders darauf aufmerksam, dass der Kreisverband Leipzig am 6. Dezember mit der Jahresabschlussveranstaltung auch die fällige Vorstandswahl durchführen wird. Es erfüllt den Vorsitzenden mit Stolz, dass nach so vielen Jahren die Menschen sich noch treffen, um ihrer verlorenen Heimat zu gedenken. Erfreulich ist, dass wieder drei neue Mitglieder aufgenommen werden konnten. Als Anerkennung für ihre ehrenamtliche Arbeit erhielten alle Chormitglieder und Mitarbeiter der Geschäftsstelle den Ehrenamtspreis der Stadt. Zum Schluss ging Peter Wolf auf die aktuellen politischen Ereignisse ein, die alle beunruhigen. Vor der Pause gab es aus Anlass des Frauentages noch eine besondere Überraschung vom Vorsitzenden. Alle anwesenden Frauen erhielten eine Rose überreicht. Im Anschluss spielte ein Instrumental-Ensemble der Deutschen aus Russland temperamentvoll auf. Natürlich sorgte der Chor mit Heimatliedern und Gedichten sowie mit Frühlingsliedern für die kulturelle Umrahmung.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 1. April, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Sonntag, 13. April, 14 Uhr, Sportgaststätte Spielhagenstraße: April, April, der weiß nicht, was er will.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Die Märzrunde begann mit ostpreußischem Humor. Georg Baltrusch hatte die Geschichte von den „Ziegen“ mitgebracht, von den Raubziegen, Streifziegen, aber auch von den Ziegen mit vier Beinen. Er berichtete von dem Bauern, der einen Mercedes kauft und dazu notwendiges Zubehör einzeln bezahlen muss. So verkauft der Bauer seine Kuh auch mit „Zubehör“, das extra bezahlt werden muss: Scheinwerfer, Stoßdämpfer... Viel Spaß machte auch das Klops-Protokoll, das eine Landsmännin über das Klops-Essen in Neumünster geschrieben hatte. Gisela Brauer erinnerte an Siegfried Lenz, der 1926 in Lyck geboren wurde, mit Daten aus seinem Lebenslauf und Hinweis auf sein umfangreiches Schaffen. Nach Kriegsende lebte er in Hamburg und Schleswig-Holstein. Den Landsleuten sind besonders gut bekannt die masurischen Geschichten „So zärtlich war Suleyken“ und die Romane „Deutschstunde“ (1968) und „Heimatmuseum“ (1978). Er beschreibt überwiegend die Heimat, Flucht und Vertreibung, aber auch Menschen, die vom Schicksal benachteiligt wurden. Siegfried Lenz arbeitet auch im Alter erfolgreich an verschiedenen Themen. In der Aussprache ging es auch wieder

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

um eigene Erlebnisse und Erinnerungen.

Burg auf Fehmarn – Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Rastenburg spricht am Dienstag, 8. April, um 15 Uhr im „Haus im Stadtpark“ über das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg, über das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen und über die aktuelle Situation der Landsmannschaft Ostpreußen. Gäste sind herzlich willkommen.

Pinneberg – Sonntag, 13. April, 15 Uhr: „Heimat in mir“. Irmgard Powierski liest aus ihren Büchern. Anmeldungen unter Telefon (04101) 62667 oder (04101) 73473.

Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen

Veranstaltungen: Sonnabend, 5. April, 15.30 Uhr: „Die Vertriebenen und die Staatssicherheit“ – ein Vortrag von Dr. Jörg Bernhard Bilke, Coburg. Eintritt frei.

Sonntag, 6. April, 10 bis 17 Uhr: „Frühlingserwachen im Schloss Ellingen“. Österliches Brauchtum, Vorführung von Kratz- und Wachstechnik sorbischer Ostereier, Angebote verschiedener Kunsthandwerker sowie eine Sonderausstellung über traditionelles Brauchtum. Alle Besucher sind zur Mitgestaltung des neuen Osterbrunnens eingeladen. Workshops für Geschenkkarten und österliche Dekorationsartikel. Eintritt für Erwachsene: 1,50 Euro.

Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91791 Ellingen, Telefon (09141) 8644-0.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

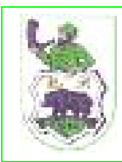


ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Zum Tode von Bruno Ladda

Am 28. Februar 2014 verstarb Bruno Ladda nach längerer Krankheit im Alter von 88 Jahren. Geboren wurde er 1925 in Höxter (Weser). Ab 1929 lebte er in Ogonken und ab 1930 in Angerburg-Karlshöh. Er besuchte die Hindenburgschule in Angerburg und wurde 1943 zur Wehrmacht einberufen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er bis 1985 Kriminalbeamter in leitender Funktion in Hamburg. 1994 wurde Ladda nach 38 Jahren Vorstandsarbeit in Anwesenheit von mehreren hundert Gästen im Harburger Rathaus als Vorsitzender des Polizeichors „Blaue Jungs“ verabschiedet und zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Unter den Gästen waren unter anderem Staatsrat Dirk Reimers von der Innenbehörde, Landespolizeidirektor Heinz Krappes und die Bundestagsabgeordneten Hans-Ulrich Klose und Volker Rühe. Ladda war auch lange Zeit Bundesgeschäftsführer des Sängerbundes der Deutschen Polizei. Dafür wurde er mit dem Polizeichorpreis und dem Goldenen Ehrenring ausgezeichnet. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg verlieh Ladda für seine Verdienste um das Gemeinwohl die Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes. Die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Angerburg haben Ladda als klugen und humorvollen Co-Vorsitzenden der Schülervereinigung in den Jahren 1998–2011 schätzen gelernt. Zusammen mit Irene Willimzik hat er die Schülervereinigung bis zur Auflösung im Jahr 2011 mit großem Engagement geleitet. Wir Angerburger und alle, die ihn kannten, sind ihm zu besonderem Dank verpflichtet, denn seine ehrenamtliche Arbeit für die Schülervereinigung hat die Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Angerburg in positivem Sinne geprägt. Bruno Ladda wird uns in guter Erinnerung bleiben.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt-@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Heimattreffen

6./7. September: Hauptkreistreffen in Burgdorf, Sorgenser Straße. 31, im Veranstaltungszentrum.

Sondertreffen 2014:

28. bis 30. März: 26. Sondertreffen Kirchspiel Zinten-Land. Pension Quellenhof Altenau, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau /Harz. Leitung: Irmgard Lenz, geb. Wengel.

20. bis 22. Juni: Sondertreffen Kirchspiel Tiefensee. Ostheim in Bad Pyrmont. Leitung: Kurt Woike

5. September: Sondertreffen Kirchspiel Bladiau, ab 15 Uhr bis zirka 17 Uhr, Hotel „Försterberg“, Burgdorf, Immenser Straße 10. Leitung: Wolfgang Milewski.

6. September: Sondertreffen Stadtgemeinschaft Zinten, 15.30 Uhr, Veranstaltungszentrum Burgdorf, Sorgenser Straße 31. Leitung: Viola Reyentanz, geb. Schlenger.

6./7. September: Sondertreffen der Kirchspiele Brandenburg und Pörschken, in diesem Jahr während des Kreistreffens im Veranstaltungszentrum, Burgdorf.

INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@ t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@ insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Trauer um Ute Brinckmann-Schmolling

Tief betroffen möchten wir der ostpreußischen Leserschaft mitteilen, dass unsere große, überregional bekannte Insterburger Künstlerin Ute Brinckmann-Schmolling (8.5.1924–24.2.2014) verstorben ist und am 6. März, zwei Monate vor ihrem 90. Geburtstag, auf dem Darmstädter Waldfriedhof im Grab der Künstlerfamilie Brinckmann-Schmolling beigesetzt wurde. Der Vorsitzende der Insterburger Kreisgemeinschaft, Reiner Buslaps, begleitete die Familien der beiden Söhne der Verstorbenen auf ihrem schweren Weg und drückte ihnen die Anteilnahme der Insterburger aus, zumal unter diesen noch einige ehemalige Hindenburgoberschülerinnen sich an ihre Schulkameradin Ute Schmolling erinnern und auch an den Kunstunterricht ihres Vaters Paul Schmolling (1892–1965), dessen Nachlass die Kreisgemeinschaft in Krefeld verwaltet und ausgestellt hat.



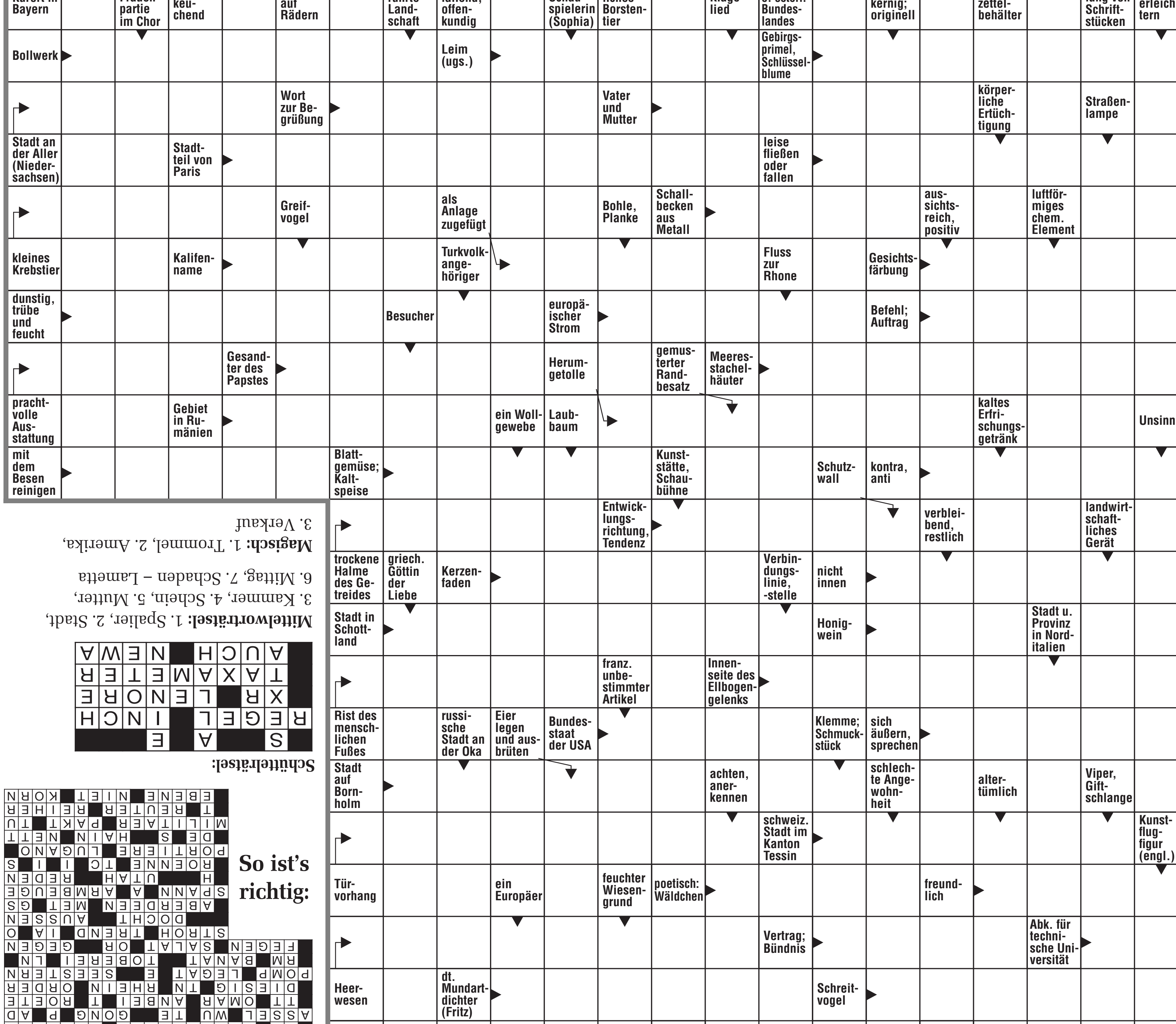
Bischoff-Schülerin: die Künstlerin Ute Brinckmann-Schmolling Bild: KG Insterburg

Brinckmann-Schmolling studierte, nachdem sie in Insterburg 1942 ihr Abitur abgelegt hatte, von 1942–1944 an der Kunstakademie Königsberg bei Prof. Eduard Bischoff in der Klasse für Portrait und figurale Komposition.

Einem Insterburger Erbe, nämlich der Textilkunst, widmete sie sich jahrzehntelang mit der Anfertigung von Wandteppichen, Batiken und Applikationen. Die Grundlagen dafür hatte Schmolling bereits als Jugendliche in Insterburg erworben, und zwar in der Kunstwebschule von Marie Thierfeldt, die später in Hamburg berühmt werden sollte und mit der ihre Mutter Anna Schmolling befreundet gewesen war. Seit ihrer Übersiedlung vom Zufluchtsort Elmshorn nach Frankfurt (1950) beschäftigte sich die Künstlerin mit den verschiedensten Techniken der Druckgraphik, wird Mitglied in mehreren Künstler-Vereinigungen und tritt mit eigenen Ausstellungen an die Öffentlichkeit.

Einen erneuten Einschnitt in ihr Leben brachte das Jahr 1959 durch die Heirat mit dem Bildhauer Helmut Brinckmann (1912–1994) und durch den Ortswechsel nach Darmstadt, wo sich die Aufträge für die „Kunst am Bau“ weiter vermehrten, die sie mit Mosaiken, Sgraffito, und in Resopalmalerei in Großformaten ausführte. Die nächsten Schritte ihres künstlerischen Weges vollzogen sich in den 70er und 80er Jahren in der freien Malerei und der Collage-Technik. Die Kreisgemeinschaft Insterburg kann sich glücklich schätzen, von Brinkkmann-Schmolling mit Kunstwerken aus diesen ersten Schaffensjahren beschenkt worden zu sein, nicht nur mit dem Insterburg-Teppich „Erinnerung an unser Zuhause“, sondern darüber hinaus mit 36 streng strukturierten, aber nicht ganz abstrakten Naturmotiven wie „Märchenwald“, „Vögel im Gespräch“, „Trauriger Kauz“, „Fische“ und vielen anderen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

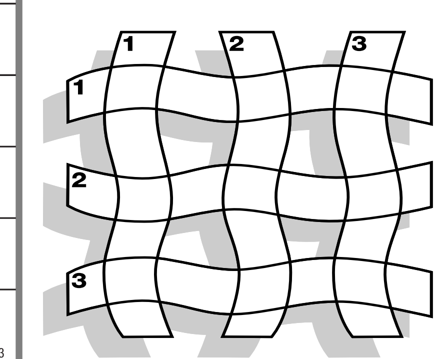
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AESTX		AGRU	AAHLL		EEINN		ENOT	CERW	AEHR
					CHIN				
EEGLR			EELN OR						
AAEEM RTTX									
ACHU					AENW				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für einen bestimmten Christbaumschmuck.

1	EHREN		OBST
2	HAUPT		VIERTEL
3	SPEISE		DIENER
4	BEZUG		HEILIG
5	GROSS		TAG
6	VOR		ESSEN
7	FLUR		FREUDE



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Schlaginstrument
2 Doppelkontinent
3 Hergabe für Geld

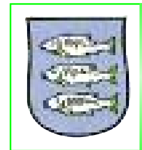
Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 19

Den großen Schmerz über den Tod ihres Mannes 1994 verwandelte die Künstlerin in einen neuen Aufbruch und begann mit der Acryl-Malerei in rauschenden Farben und bewegten Linien. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit darf man behaupten, dass Brinckmann-Schmolling in den 60 Jahren zwischen 1948 und 2008 in mindestens 18 Einzelausstellungen ihre Werke zeigte, dazu zwischen 1954 und 2000 an mindestens 24 Gruppenausstellungen teilnahm und in zirka 15 Büchern und Katalogen präsentiert wird. Besonders in Hessen fand die Künstlerin Anerkennung durch zirka 14 öffentliche Aufträge des Landes, speziell für die Stadt Frankfurt. Dazu kamen Ankäufe im Ausland, zum Beispiel in Italien, England, USA und Kanada.

In ihrer letzten Ausstellung mit dem Titel „Revision“ (Darmstadt 2008, Farbraum art gallery) zeigte die damals 84-Jährige großformatige Collagen (zwei Meter), die aus früher verworfenen Gemälden, aussortierten Zeichnungen oder Holzschnitten spielerisch neu zusammengesetzt waren. Hier wurde kein abgeklärtes Alterswerk präsentiert, sondern ein schöpferischer Neuanfang. „Keck und bezaubernd“, titelte damals das „Darmstädter Echo“ (31. Oktober 2008) über die kobold- und vogelhaften Märchenfiguren, die auf einem Farbenmeer daher schwammen oder stolzierten. Welch bewundernswerte Heiterkeit am Ende eines Lebens!

Audlind Vohland (Sammlungsbeauftragte im Heimatmuseum Insterburg/Krefeld)



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ostpreußen in Neumünster

Zwei Ausstellungseröffnungen in einer Woche. Friedrich Wilhelm Strohdiek, Neumünsters Stadtpräsident, ließ es sich nicht nehmen, zur Eröffnung der Ausstellung „Ostpreußen verzaubert“ im Foyer des Neuen Rathauses anwesend zu sein und ein Grußwort zu sprechen – und das nicht nur, weil Neumünster seit sechs Jahrzehnten die Patenstadt für Stadt und Kreis Lötzen ist. Er machte sein Interesse an der geschichtlichen Dimension dieser Provinz deutlich und wies auf die große Zahl der Nobelpreisträger hin, die aus Ostpreußen stammten. Sichtlich angetan war er auch von der optischen Gestaltung der Ausstellungstafeln.

Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen/Bayern, hatte den weitesten Weg zurückgelegt, um den Termin der Ausstellungseröffnung wahrzunehmen. Er stellte in seinem Redebeitrag heraus, dass das Konzept dieser Tafelausstellung kein nur unter historischem Gesichtspunkt stehendes, erst recht kein rückwärtsgewandtes sei, sondern eines, das in die Zukunft weise. Mit den einzelnen Themenschwerpunkten dieser Ausstellungstafeln konnte er dafür den Beweis antreten.

Die Kreisgemeinschaft Lötzen, die diese Ausstellung nach Neumünster holte, um damit den Bewohnern der Patenstadt und Interessierten aus dem Umland Neumünsters ein Geschenk zu machen, war durch mehrere Personen vertreten. Erfreulicherweise waren auch Menschen, die zu den Stammbesuchern des Lötzener Heimatmuseums zählen, zur Eröffnung gekommen. Überraschungsgäste waren der in Dithmarschen wohnende Vertreter der ostpreußischen Kulturstiftung, Herr Kahn, und der „Multifunktionär“ Hubertus Hilgendorff, der hier vor allem als guter Nachbar, als Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Rastenburg, gekommen war. Es freute sehr, dass er im Anschluss auch noch mit viel Zeit und großem Interesse den neuen Standort des Lötzener Heimatmuseums besuchte.

„Ostpreußen verzaubert“ ist bis einschließlich 11. April 2014 am Großflecken 59 in Neumünster, jeweils von Montag bis Freitag zu den Öffnungszeiten des Rathauses, zu sehen.

Am Sonnabend, 15. März, wurde am neuen Standort des Lötzener Heimatmuseums, Sudetenlandstraße 18h (Böcklersiedlung) in Neumünster, die Ausstellung „Ostpreußen, wie es war – Kindheitserinnerungen in der Malerei von Helene Dauter“ eröffnet. Die verantwortliche Betreuerin des Lötzener Heimatmuseums, Ute Eichler, band in ihre kurze Einführung zu Leben und Werk der Helene Dauter, geb. Lascheit aus Gilge (1920–1996), ein Fundstück aus dem Lötzener Archivbestand ein, einen Aufsatz zu dem Thema „Bild einer Landschaft, die auf mich Eindruck gemacht hat. Verfasser war Horst Hermsmeier aus Orlowen, der ihn 1948 im Abiturienten-Sonderkursus in Gütersloh schrieb. Er starb 1970 als Pfarrer im Sauerland. Das Gedicht „Die Düne“, verfasst von Fritz Kudnig (1888–1979), mit dem sich ebenfalls ein treffender Bezug zu einem der Gemälde der Helene Dauter herstellen ließ, konnten die Besucher dieser Veranstaltung als Lesezeichen mit nach Hause nehmen. Alle, die sich an diesem Tag Zeit für die hier ausgestellten 26 Bildwerke der Helene Dauter nahmen, äußerten sich positiv, fühlten sich angesprochen und begannen oft vor einzelnen der Bilder von eigenen Kindheitserinnerungen zu sprechen. Das musste keine ostpreußische Kindheit sein! Es waren auch Schlesier gekommen, „normale“ Neumünsteraner Bürger, und es waren Überraschungsgäste aus Bayern anwesend. Es gab nicht nur viel Ostpreußisches an diesem Tag zu sehen, sondern mit Lötzener Baumkuchen auch etwas zu schmecken.

Die Helene-Dauter-Ausstellung ist jeweils von 10 bis 16 Uhr am 26. April, am 24. Mai und am 21. Juni zu sehen. An anderen Tagen bitte nach telefonischer Vereinbarung unter Telefon (040) 6083003, (Eichler).

Heimattreffen

17. Mai: Mitgliederversammlung (Beginn ab 17 Uhr) im Restaurant „Bootshaus“, Auedamm 27 in Kassel. Im Anschluss Lötzener Heimattreffen.

8. Juni: Goldene Konfirmation (ab 9 Uhr) der Jahrgänge 1963/64 in Rhein [Ryn]. Kontakt: Pfarrer Jan Neumann.

8. Juni: Goldene Konfirmation (ab 11 Uhr) der Jahrgänge 1963/64 in Lötzen [Gizycko]. Kontakt: Barbara Rothenberger, Telefon (07256) 5288 oder M. K. Niezurawska Telefon 0048 (87428) 6819.

22. Juni: Diamantene Konfirmation (ab 9.30 Uhr) der Geburtsjahrgänge 1938 bis 1942 in Lötzen [Gizycko]. Kontakt: Christa Grenz, Telefon (04821) 75188 oder Ursula Rätzel, Telefon (07022) 9901585.

31. August: Rheiner Treffen im Kolping-Haus, Max.-Kolbe-Straße. 14–18 in Bochum. Kontakt: Heinz Rothkamm, Telefon (02204) 5869835.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Wahlaufruf

Gemäß § 9 Ziffer 15 unserer Satzung dauert die Amtszeit des Kreistages der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. vier Jahre. Da die letzte Wahl 2010 stattfand, muss in diesem Jahr neu gewählt werden. Der Wahlausschuss ruft daher alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Neidenburg auf, sich an der Wahl zu beteiligen. Aktiv und passiv wahlberechtigt ist jedes volljährige Mitglied. Nur wer in der Heimatkreiskartei eingetragen ist, ist Mitglied. Für die zu wählenden 15 Kreistagsmitglieder wird um die Benennung von geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten gebeten. Wahlerklärungen mit der schriftlichen Zustimmung der vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten müssen bis zur Ausschlussfrist am 12. April 2014 an den Vorsitzenden des Wahlausschusses, Herrn Benno Kaden, Stollensfeld 14, 45479 Mülheim/Ruhr, erfolgt sein. Die Wahlerklärungen müssen unter anderem Vorname(n), Namen (auch Geburtsname), Geburtsdatum, jetzige Anschrift und Telefonnummer, enthalten. Dem bisherigen Kreistag gehören an: Ruth Bahr, Günther Ernst, Marion Haedge, Ulrich Hoffmann, Frank Jork, Reinhard Kayss, Lutz Knief, Jürgen Kowalek, Ingrid Laufer, Heinz Laurien, Dr. Uwe Laurien, Ulrich Lewandrowski, Dietrich Olinski, Hans-Ulrich Pokraka und Jürgen Szepanek. Der Wahlausschuss: Benno Kaden, Vorsitzender.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, Fax (02552) 996905, E-Mail: derc@ gmx.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Ostpreußentreffen in Kassel

Zum diesjährigen großen Ostpreußentreffen am 17. und 18. Mai bieten wir in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Ortelsburg eine zweitägige Busreise an. Die Abfahrten erfolgen ab Essen, über Gelsenkirchen, Herne, Bochum, Dortmund, Raststätte am Haarstrang, Raststätte Soester Börde, nach Kassel. Die Reise beginnt am 17. Mai in den Morgenstunden, Rückfahrt am 18. Mai abends. In dem recht günstigen Gesamtpreis von 103 Euro pro Person im DZ sind Fahrtkosten, Übernachtung, Frühstück und der Eintritt zur Veranstaltung inbegriffen. Interessenten melden sich bitte beim Neidenburger Kreisvertreter (siehe obige Telefonnummer/Anschrift). Reiseunterlagen werden umgehend zugesandt.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Neuntägige Ostpreußen-Reise

Sonderreise mit Hubertus Hilgendorff vom 25. Mai bis 2. Juni 2014 nach Rastenburg

Reiseverlauf: 1. Tag, Sonntag, 25. Mai: Anreise nach Kolberg, Abfahrt ab Bielefeld, Hannover, Magdeburg und Berlin zur Übernachtung in Kolberg [Kolobrzeg]. Ankunft am späten Nachmittag, anschließend gemeinsames Abendessen. **2. Tag,** Montag, 26. Mai: Kolberg–Rastenburg. Nach dem Frühstück geht die Reise auf direktem Wege weiter bis nach Rastenburg [Ketrzyn]. Zimmerbezug und am Abend gemeinsames Essen im Hotel Koch II. **3. Tag,** Dienstag, 27. Mai: Rastenburg. Dieser Tag steht für eigene Unternehmungen in Rastenburg und Umgebung zur freien Verfügung. Unsere Reiseleiterin organisiert gerne Taxen für Fahrten in die Umgebung. Zum Abendessen im Hotel treffen Sie sich wieder. **4. Tag,** Mittwoch, 28. Mai: Rastenburg. Besuch der berühmten Wallfahrtskirche Heiligelinde [Sw. Lipka]. Viele Gäste besuchen jährlich das Kirchengelände, das sich aus dem Gotteshaus, dem Kreuzgang mit den vier Eckkapellen und dem Klostergebäude zusammensetzt. Das Prunkstück ist die kunstvolle Orgel mit 4000 Pfeifen und einem Orgelprospekt mit beweglichen Figuren. Nach der Besichtigung fahren Sie nach Gallingen [Galiny]. In dem hübschen Gutskomplex sind heute ein Hotel und ein Gestüt untergebracht. Die Umgebung lädt dazu ein, eine Kutschfahrt durch den Park zu unternehmen. Danach fahren Sie mit Ihrer Reiseleiterin nach Hause, wo ein Picknick mit regionalen Spezialitäten stattfindet. Spätes Abendessen im Hotel. **5. Tag,** Donnerstag, 29. Mai: Rastenburg. Der Tag steht ganz im Zeichen der Stadt. Tagsüber wohnen Sie der Eröffnung der „Ausstellung zur Geschichte der Stadt Rastenburg“ bei und am Abend dem traditionellen Grillabend am Hotel mit Musik. **6. Tag,** Freitag, 30. Mai: Rastenburg. Tag zur freien Verfügung. Auch an diesem Tag organisiert Ihre Reiseleiterin Transportmittel für Fahrten in die Umgebung. **7. Tag,** Sonnabend, 31. Mai: Rastenburg – Frische Nehrung – Gdingen. Sie verlassen das masurische Seengebiet und fahren bis nach Frauenburg [Frombork]. Um 11 Uhr legt das Schiff ab, das Sie über das Frische Haff bis nach Kahlberg [Krynica Morska] bringt. Hier organisieren wir bei gutem Wetter ein kleines Picknick. Im Anschluss verlassen Sie die Frische Nehrung und gelangen über die Weichsel-Mündung vorbei an Danzig nach Gdingen [Gdynia]. Ihr Hotel für diese Nacht befindet sich mitten im Zentrum, nur 250 Meter vom Strand entfernt. Wir empfehlen einen Spaziergang auf der Promenade, bevor Sie sich zum Abendessen wieder treffen. **8. Tag,** Sonntag, 1. Juni: Gdingen – Kolberg. Von Gdingen aus ist es nicht weit bis zum Slowinski-Nationalpark mit seinen Wanderdünen. Ein paar Kilometer außerhalb von Leba fahren Sie mit einem Elektrozug in das schöne Naturschutzgebiet. Nach einer kleinen Wanderung erreichen Sie die sehenswerten Dünen. Vergleichbares finden Sie in Europa nur in Aquitanien/Frankreich oder auf der Kurischen Nehrung. Die 40 Meter hohe Lonzker Düne mit den Fichtenwäldern und dem schneeweißen Sandstrand ergeben ein eindrucksvolles Bild. Hier haben Sie ausreichend Zeit, diese außergewöhnliche Landschaft in vollen Zügen zu genießen. Ihr Tagesziel ist Kolberg. Die letzte Übernachtung erfolgt im 5-Sterne-Marine Hotel, direkt am Strand. **9. Tag,** Montag, 2. Juni: Kolberg – Heimreise. Genießen Sie noch einmal das Frühstücksbüffet im Hotel, denn um 9 Uhr beginnt die Heimreise über Berlin und Hannover bis nach Bielefeld.

Sinnsuche in Lissabon

Der Reiz der Vergangenheit – Portugals Hauptstadt kultiviert den Weltschmerz wie kein anderer Ort auf der Welt

Den nasskalten Winter hinter sich und die drückende Sommerhitze vor sich, zeigt sich Lissabon im Frühling von seiner angenehmsten Seite: Die Stadt strahlt im Glanz vergangener Zeiten.

Im Bestsellerroman „Nachtzug nach Lissabon“ von Pascal Mercier, dessen Filmversion 2013 über die Kinoleinwände flimmerte, wünscht ein alternder Lehrer sein Leben um 30 Jahre zurückzudrehen. Es ist eine Sinnsuche, das Ziel heißt Lissabon. Das passt zur Stimmung der Stadt: Trotz Abwanderung, Euro- und Wirtschaftskrise ist sie jung, lebendig und zugleich in vieler Hinsicht angenehm altmodisch.

„Saudade“, der Weltschmerz, die Grundstimmung des Fado, gehört zu ihr wie Sardinen und blaue Kacheln, die „Azulejos“. „Kitsch“ hielten die Kritiker dem Film von Regisseur Bille August wegen dessen sentimentaler Szenen mit freundlichen Menschen vor. Doch das gehört zum Rhythmus Lissabons: Dem Besucher kommen überall freundliche Menschen – vom Taxifahrer über Verkäufer bis hin zur zufälligen Begegnung – entgegen. Lissabon ist eine Überraschung für die Sinne bei allen Problemen mit verfallender Bausubstanz und dichtem Verkehr. Der Duft gerösteter Maronen mischt sich mit dem der Märkte und Pinien.

»Saudade« und der Fado begleiten einen auf Schritt und Tritt

Die von Phöniziern, Römern, Mauren und ab 1147 von Christen geprägte größte Stadt Portugals gilt als kinderfreundlichste Touristenstadt Europas. Auf sieben Hügeln erbaut, verströmt die mit rund 475000 Einwohnern vergleichsweise kleine Hauptstadt ein Flair mediterraner Gelassenheit, gewürzt mit dem Meeresduft einer alten Seefahrernation und dem Kaffeehausaroma einer einstigen Kolonialmacht.

Im verfallenden botanischen Garten ist Brasilien nahe oder im Café „d'A Brasileira“, wo der allgegenwärtige Poet Fernando Pessoa seinen „Saft“ trank. Der Dichter soll in dem „Muss“ auf jeder Lissabon-Tour eigentlich mehr Hochprozentiges genossen haben. In Bronze verewigt, sitzt er im Viertel Chiado vor diesem Café, an dessen eng gestellten Tischen heute nicht nur Touristen speisen.

Im kurzen Rundweg ist auch von hier der Tejo nah, und zwar am Miradouro Santa Catarina. Solche Aussichtspunkte sind typisch, noch schöner ist der Miradouro Sta. Lucia. Die Kapelle zeigt ein „Azulejo“-Mosaik des Königspalasts vor dem Erdbeben. Von diesem malerisch verfallenen kleinen Park geht es zu originellen Töpfer- und Antikläden sowie kleinen Imbisslokalen in der Umgebung.

Das Preis-Leistungsverhältnis der Tejo-Metropole macht solche Zwischenstopps mehr als einladend – eine weitere Überraschung. Bevor aber vom innenstadtnahen Flughafen aus das Zentrum mit diesen Sehenswürdigkeiten erreicht ist, lenken breite Avenidas und große, von Korsos umtoste Plätze Ankömmlinge langsam bergab dem Meer zu. Denkmale auf der Strecke machen neugierig auf Portugals Vergangenheit. Das für Premier Sebastião de Mello, den späteren Marquês de Pombal, ist ein besonders eindrucksvolles. Nach dem Erdbeben vom 1. November 1755 hatte er maßgeblich Anteil am Wiederaufbau der Stadt.

In der modernen U-Bahn entgeht Besuchern diese abblätternde Pracht alter Palais, dafür erhalten sie erste Eindrücke der prächtigen „Azulejos“, der meist blauen Kacheln, die als Wandschmuck dienen. Im Zentrum überrascht das geordnet rechtwinklige Straßenraster der geschäftigen Unterstadt Baixa, Folge des Wiederaufbaus nach dem Beben. Der „Elevador de Santa Justa“, ein in den Himmel ragender gusseiserner Fahrstuhl – 1902 errichtet nach Plänen von Raoul Mesnier de Ponsard – ist der markanteste Turm der Unterstadt. Er dient zugleich als Bindeglied zum höher gelegenen Stadtteil Chiado mit seinen teureren Geschäften. Der Zutritt von der Oberstadt (Bairro Alto) auf die Aussichtsplattform ist kostenlos, die Fahrt hoch nicht.



Letzter Stock „Himmel“: Der 1902 errichtete Fahrstuhl Santa Justa in der Altstadt von Lissabon Bild: action press

Ansonsten sind touristische Fallstricke in Lissabon rar. Als „Fahrstuhl“ gelten weitere zur Oberstadt führende museumsreife Bahnen, doch am schnellsten erschließt sich die Innenstadt mit der Straßenbahn. Sie fährt auch an der unscheinbaren St.-Rochus-Kirche (Igreja de São Roque) vorbei. In der Oberstadt gelegen, zeigt sie innen unzerstörte barocke Pracht: Die Kapelle Johannes des Täufers gehört zu den weltweit kostbarsten Kapellen. 1742 durch König Johann V. in Auftrag gegeben, verbauten Roms Handwerker nur teuerste Edel- und Halbedelsteine.

Mit der Straßenbahn 28 geht es gen Alfama, dem ältesten Kern, wo der schwermütige Gesang des Fado in den Hafenkneipen seinen Ursprung hat. Und hier, rund um den „Sé“ genannten Bischofssitz mit Dom, neigen sich alte Gebäude über engen Gassen und künden gotische Fenster sowie Reste alter Stadttore vom Flair des Mittelalters.

Erdbeben von 1755 hat bis heute Spuren hinterlassen

Der wohl schönste Platz ist der nahe von Arkaden umgebene Handelsplatz (Praça do Comércio), der sich zum Tejo öffnet. Hier am Tejo schlug das Herz des Landes, auch die Nelkenrevolution 1974 hatte hier ihren Kundgebungsort. Nach einem Kaffee nahe dem Triumphbogen von 1875 eignet sich der Ort, an dem bis zum Erdbeben das Königsschloss stand, als Ausgangspunkt für Straßenbahnfahrten und die Tour nach Belém im Westen.

Linie 15 fährt hinaus, immer am Fluss und an alten Hafenspeichern vorbei bis nach Belém, der außerhalb gelegenen späteren Residenz der Könige. Der bevorzugte Ort des Adels gilt zugleich als Ausgangspunkt der portugiesischen Entdeckungsreisen des 15. Jahrhunderts. Vom weißen Hieronymuskloster im Stil der spätgotischen Manuelinik (nach Manuel I., der von 1495–1521 regierte) schweift der Blick hinüber zum 52 Meter hohen Denkmal der Entdeckungen. 1960 eingeweiht, reihen sich 30 Persönlichkeiten der Landesgeschichte hinter Heinrich dem Seefahrer (1394–1460) auf. Von hier lässt sich der Tejo weit überblicken.

Nur wenige 100 Meter flussabwärts steht der Torre de Belém. Die kleine Festung gehörte einst zu einem ausgeklügelten Verteidigungssystem und war erster und letzter Fixpunkt der Seefahrer. Der Reiz Beléms besteht nicht nur in solchen vom Erdbeben verschonten Prachtbauten, die berühmte Leckerei der Pastéis de Nata nahm bei den Klosterbrüdern ihren Anfang, deshalb auch Pastéis de Belém. Im touristisch ausgelegten Café „Pasteis de Belém“ ist zwar Platz, doch sind die kleineren in der Innenstadt authentischer. Vorher lädt noch das Kutschenmuseum mit Staatskarossen aus vier Jahrhunderten in der königlichen Reitschule zum Verweilen ein. Es ist Lissabons meistbesuchtes Museum.

Das berühmteste ist aber das Museu Calouste Gulbenkian im Norden der Stadt. Benannt nach seinem armenischen Stifter, der in Portugal Aufnahme fand, bietet es seine aus Dankbarkeit der Stadt vermachte Kunstsammlung mit griechisch-römischen und orientalischen Exponaten bis zu Gemälden alter Meister. Erweitert um das Museum für Moderne Kunst (Centro de Arte Moderna), kann es sich mit den Sammlungen anderer Hauptstädte messen. Die Gewächshäuser im nahen Parque Eduardo VII. und der Blick von dort auf die Stadt sind sehenswert. Über die den Pariser Prachtstraßen nachempfundene Avenida da Liberdade führt der Weg wieder zurück zur Altstadt samt prächtiger Panoramasicht über die Stadt. *Sverre Gutschmidt*

Oase des Friedens

Pilgerfahrt nach Ohrid – Mazedoniens Weltkulturerbe-Stadt wird auch »Jerusalem des Balkans« genannt

Laut Legende riefen die Bewohner voller Bewunderung für ihre am malerischen Bergsee gelegene Siedlung in slawischer Sprache aus: „Oh-rid!“ („was für ein Hügel!“). So soll der Name jener mazedonischen Stadt entstanden sein, die heute 55000 Einwohner zählt und seit 1980 zum Unesco-Welterbe zählt.

Tatsächlich kamen die Slawen erst im späten 6. Jahrhundert auf den Balkan, während die Region bereits im Jungneolithikum (5000 v. Chr.) besiedelt war. In der Antike hieß die Stadt Lychnidos, und um 900 schufen Kliment und Naum, Schüler der „Slavenapostel“ Kyrill und Method, die „Literaturschule von Ohrid“, nach der „Magnaura“ von Byzanz die zweitälteste europäische Universität. Der Ohrider Bildhauer Tome Serafimovski hat diesem Quartett im Stadtzentrum monumentale Statuen errichtet.

Im 10. Jahrhundert war Ohrid Hauptstadt des Reichs von Zar Samuil, dessen Festung über der Stadt steht, danach knapp 400 Jahre Erzbistums-Sitz. Es blieb letzte Erinnerung an die Unabhängigkeit Makedoniens, nachdem die Osmanen es erobert hatten.

In seinen Anfängen gehörte Makedonien zu Bulgarien, später zu Serbien, und bis heute bestreiten Bulgaren, Serben und Griechen die Eigenständigkeit makedonischer Identität, Kultur und Sprache. Den größten Beitrag zur deutschen Makedonienkunde lieferte der Erste Weltkrieg. Beim deutschen Generalstab in Nisch bestand die „Mazedonische Landeskommission“, in welcher 30 Deutsche, zumeist Naturwissenschaftler, eine riesige Fülle von Material zusammentrugen, die in der makedonischen „Akademie der Wissenschaften und Künste“, 1962 in Ohrid gegründet, bis heute ausgewertet wird.



Wacht über den Ohrid-See: St.-Johannes-Kirche von Kaneo Bild: pa

Mitglied der Kommission war auch der Münchener Zoologe Franz Doflein (1873–1924), der 1921 das wunderbare Buch „Mazedonien“ veröffentlichte. Der musisch begabte Naturwissenschaftler hat die Stadt liebevoll beschrieben und von dessen „schwermütigen Liedern“ geschwärmt, den berühmten Ohrider „Altstadtliedern“.

Ohrid war immer schön, wie auch der gleichnamige See, der schon ein Jahr vor der Stadt in die Listen des Weltkultur- und Naturerbes aufgenommen wurde. Das „balkanische Jerusalem“ mit seinen herrlichen alten Kirchen, kleinen Kapellen und legendären „Höhlenkirchen“ hat das verdient, zumal es heißt, Ohrid habe so viele Kirchen wie das Jahr Tage. Über der Stadt liegt auch das Plateau „Plaoschnik“, auf dem man eine große Kathedrale neu errichtete und neben der die Mauern der alten Ohrider Universität ausgegraben werden.

Aus dem Vorort Struga stammen die Brüder Konstantin und Dimitar Miladinov, die 1861 eine Sammlung makedonischer Volkslieder publizierten, womit Makedoniens Literatur ihre Weltpremiere gab. In Erinnerung daran wurden 1961 die „Struga-Abende der Poesie“ geschaffen, deren „Goldener Kranz“ schon mehrfach an Poeten vergeben wurde, von denen einige danach den Nobelpreis bekamen; leider nicht der Struga-Sieger 1980, der deutsche Dichter Hans Magnus Enzensberger.

Seit 1961 besteht das Musik- und Theaterfestival „Ohrider Sommer“, seit 1967 die „Ohrider Sommerschule für makedonische Sprache und Kultur“. Dazu kommen „Revuen für nationale Trachten“, das Liedfestival „Ohrider Trubadure“, „Marathonschwimmen auf dem Ohridsee“, Tagungen, Kongresse und Gipfeltreffen in Titos ehemaligem Landhaus. Was in der Stadt angepackt wird, gelingt, so auch der 2002 ausgehandelte „Ohrider Rahmenvertrag“, der die Unruhen der albanischen Minderheit beendete.

Zu den Kämpfen von 2001/02 hatten UCK-Mitglieder aus dem Kosovo aufgehetzt, denn generell vertragen sich Makedonen und Albaner halbwegs, wozu auch eine geopolitische Besonderheit rät: Die makedonisch-albanische Grenze geht seit den Balkankriegen 1912/13 auch durch den Südwesten des Ohrid-Sees. Am anderen Ufer leben in Pogradec, Lin oder Pustec rund 120000 Makedonen, die seit Jahrzehnten davon träumen, in Albanien so viele Rechte wie Albaner in Makedonien zu haben. Ein Glück, dass die Grenze nie zubetoniert war, so dass beide Länder schon vor Jahrzehnten einen Abwasserkollektor um den See legten und dessen Ökologie verbesserten.

Trost findet man an Ohrider Weinen

An der bleibt noch manches zu tun, etwa um den arg dezimierten Fischbestand wieder in die Höhe zu bringen. Wo blieben die Aale? Wann fällt das Fangverbot für die „Ohrid-Forelle“, deren Fleisch im Sommer rötlich ist und besonders gut schmeckt? Fürs Erste tröste man sich mit Ohrider Weinen und dem starken Schnaps „Ohrider Komova“. Aber wohin führt der Bauboom, angeheizt von Skopjern, die nur zu gern aus dem Extremklima der Hauptstadt in die Ohrider Milde fliehen?

In Ohrid begann unmittelbar nach dem Krieg die Blütezeit des jugoslawischen Denkmalschutzes, nun exemplifiziert an den weltbekannten Kirchen „Sveta Sofia“, „Perivlepta“, „Jovan Kaneo“ und anderen, alles Stätten weltbekannter Fresken und Ikonen. Heute hütet sie die „Makedonisch-Orthodoxen Kirche“ (MPC), die vor 1100 Jahren von Kliment und Naum begründet wurde. Dennoch wird sie von der 300 Jahre jüngeren Serbischen Kirche als deren Besitz reklamiert. Weil allerdings die orthodoxen Nationalkirchen zu den Serben halten, wird die MPC von keiner Kirche der Welt anerkannt.

Im „balkanischen Jerusalem“ Ohrid sieht man es gelassen und freut sich über touristische Pilger, die jährlich in immer größerer Zahl erscheinen. *Wolf Oschlies*

Nicht alles ist Müll

Entrümpler bei der Arbeit

Was Haushaltsauflöser so alles in nicht mehr bewohnten Häusern und Wohnungen zu sehen bekommen und welche Erfahrungen sie mit ihren Auftraggebern machen, darüber erfährt man einiges in dem Buch „Die Entrümpler“ von Bruni Prasskes. Die Hamburger Pädagogin und Autorin hat ein Gespür für besondere Lebensentwürfe, lebt selbst im Sommer in einem Wohnwagen am Elbstrand. Daher wurde sie neugierig, als sie, wie sie in ihrem Buch eingangs erzählt, auf einer Party mit Mirko ins Gespräch kam, einem großen, kräftigen Mann, der ihr auf Nachfrage seinen Beruf verriet: Entrümpler. Dieses Wort hatte bis dahin für sie einen derben Beiklang, gibt sie zu. Doch ihr Vorurteil wird hinfällig, als sie Mirko beobachtet, der sachkundig und flink mit Gläsern hantiert und dabei ein paar Details über alten Hausrat zum Besten gibt.

Zum Beispiel über ein altes Wiegemesser, das er der Gastgeberin der Party geschenkt hat. Es stammt aus einer Haushaltsauflösung, die ihm aufgetragen worden war. Später wird die Autorin erfahren, dass sich Mirko überwiegend von Vorräten aus Speisekammern aufgelöster Haushalte ernährt, die vertragsgemäß in seinen Besitz übergegangen sind. Dass Haushaltsauflöser wie er ein Lager unterhalten und Kontakte zu Sammlern und Liebhabern von Antiquitäten pflegen, denen sie von Fall zu Fall ihre neuen Errungenschaften anbieten, ist eigentlich logisch.

Bald darauf trifft sich Prasske mit Mirko und seinem Geschäftspartner Sven in einem Wohnviertel am Stadtrand von Hamburg, wo ein neuer Auftrag auf das Entrümpler-Team wartet. Sven, im Zweitberuf Erzieher, besitzt ein Auto, während Mirko „Zeit hat“. Auf dieser Basis teilen sich die Geschäftspartner seit zwölf Jahren die Arbeit auf, alles halbe-halbe. Diesmal soll ein Hobby-Keller ausgeräumt werden. Was Prasske dabei hört und sieht, weckt bei ihr große Erwartungen. Sie wird Sven und Mirko eine Zeit lang auf allen Wegen begleiten und als Nebeneffekt Lektionen in bundesrepublikanischer Kulturgeschichte erteilt bekommen.

Kann ein Erbe mit der Hinterlassenschaft nichts anfangen, wird das Inventar vertraglich fast komplett den Entrümplern überlassen, die so gut wie alles zur Entsorgung auf den Wertstoffhof bringen. Das betrifft leider auch Dinge wie Fotoalben und Briefe aus den 1950er Jahren und aufwärts, die früher einmal für ein Ehepaar oder eine Familie einen hohen ideellen Wert hatten. Dann kommt es vor, dass auch die Autorin als Unbeteiligte melancholisch wird, und wir Leser bleiben ebenfalls nicht ungerührt. Manchmal aber sind echte Schätze dieser Art zu sichten, denen ein bleibender Wert zugeschrieben wird, wie etwa die Aufzeichnungen und Fotos eines Kap Horniers aus dem Jahr 1908, welche ein begehrtes Sammlergut darstellen.

Alte Fotoalben ohne materiellen Wert

Unterhaltsam, lehrreich und gespickt mit Anekdoten sind sämtliche Geschichten dieses lesenswerten Schmökers. Man erfährt, dass die Entrümpler neben zahlreichen Reinfällen auch hin und wieder einen Glücksmoment erlebten, zum Beispiel durch den Fund einer im Wäschefach versteckten größeren Geldsumme. Bruni Prasskes Rat an diejenigen, die sich als Erben mit einem Nachlass überfordert fühlen, lautet: Überlassen Sie die Sache am besten bewährten Entrümplern. Das kann einem Befreiungsschlag gleichkommen. *D. Jestrzemski*

***Bruni Prasske: „Die Entrümpler. Was Dachböden und Kelleregale über das Leben erzählen“**, dtv, München 2013, broschiert, 240 Seiten, 14,90 Euro*



Nicht kompatibel

Europa: Soziologen untersuchen Anpassungsfähigkeit des Islam

Im Jahr 2010 ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid in den Ländern Frankreich, Dänemark, den Niederlanden, Portugal und Deutschland, dass 80 Prozent der Befragten bei dem Stichwort „Islam“ an die Benachteiligung von Frauen dachten, 70 Prozent an Fanatismus und 60 Prozent an Gewaltbereitschaft. Gleichzeitig erzählen Medien und Politik den Menschen jedoch überwiegend, dass die muslimischen Zuwanderer hierzulande eine Bereicherung seien.

In dem Buch „Deutschland im Werte-Dilemma. Kann der Islam wirklich zu Europa gehören?“ befassen sich die beiden Universitäts-Professoren Bruno Tellia und Berthold Löffler mit der Kluft in der Wahrnehmung ´zwischen der politisch-gesellschaftlichen Elite und den meisten Bürgern. Sie betrachten zudem die Auswirkungen auf das Zusammenleben, wenn die Religion der Zugewanderten in ihren Werten von denen der Einheimischen abweicht, diese aber ihre Werte nicht verteidigen, weil sie von Selbstzweifeln geplagt sind. Die beiden Soziologen schildern leider manchmal etwas umständlich, aber trotzdem nachvollziehbar, wie muslimische Interessenvertreter immer stärker versuchen, ihre Werte durchzusetzen. Da Muslime in vielen großen Städten Europas inzwischen einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von zehn und mehr Prozent haben – im Fall von Marseille und Rotterdam sogar 25 Prozent –, würden sie ihren Forderungen immer größeren Nachdruck verleihen.

Tellia und Löffler gehen auch auf historische Aspekte ein. So betonen sie, dass sich Moslems aufgrund der Kreuzzüge gern als Opfer darstellten und die Christen in Europa sich nicht gegen die Zuschreibung, Täter gewesen zu sein, wehrten, obwohl die Historie keineswegs eine eindeutige Schuldzuschreibung zulasse. Und obwohl das heutige Europa auf den Werten des Christentums basiere, würde kaum etwas unternommen, um die eigene Identität und Kultur zu verteidigen.

Ob islamische Speisevorschriften in Schulmensen, Gebetsräume in Schulen, islamkonformer Unterricht oder muslimische Friedhöfe – immer mehr etabliere sich ein islamisches Eigenleben oder gar eine Dominanz, was faktisch zu einer Trennung der Gesamtgesellschaft führe, auch weil es Misstrauen unter den Einheimischen säe. Für die Autoren kommt es auch einer klaren Provokation gleich, dass immer mehr Moscheen in Europa nach Sultan Mehmet II. benannt sind, der 1453 „die Hauptstadt des christlichen Oströmischen Reiches, Byzanz, militärisch eingenommen und damit einen Schlussstrich unter die christliche Geschichte Kleinasiens gezogen hat“.

Europäer geben ihre Werte preis

Tellia und Löffler weisen auf das Problem hin, dass europäische Werte die Freiheit des Einzelnen hoch schätzen. Im Islam hingegen ginge es um das Kollektiv, die Glaubensgemeinschaft, sie stehe über allem. Geringschätzung oder Leugnung von Menschenrechten, Verfolgung von Andersgläubigen, Dissidenten und abtrünnige Konvertiten sowie Ablehnung von Kunst- und Meinungsfreiheit sind aus Sicht der Autoren Kriterien, die man nicht nur dem Islamismus, sondern zum Teil auch dem Islam zuschreiben könne. Zudem würden Staat und Religion im Islam nicht getrennt, was dem Gegenteil des in Europa Üblichen entspreche. Auch monieren die Professoren, dass der Anteil der Analphabeten in arabischen Ländern doppelt so hoch ist wie der weltweite Durchschnitt.

Während in Europa ein ausgeprägter Minderheitenschutz betrieben werde, spiele der Schutz der christlichen Minderheiten rund um den Globus für die Herrschenden kaum eine Rolle, beklagen die Soziologen. Die Politik erfülle die Forderungen der europäischen muslimischen Minderheit zumeist diensteifrig, ohne dafür einzufordern, dass diese ihre starke Verbundenheit in ihre Heimatländer nutzt, um für die christliche Minderheit dort Verbesserungen zu erwirken.

Die Autoren kommen auch auf den Dialog zwischen Moslems und Christen zu sprechen. So fragen sie, ob überhaupt von einem Dialog die Rede sein könne, wenn nur der eine Partner ein echtes Interesse habe, schließlich mache es nicht den Eindruck, dass die Muslime ein Interesse am Christentum hätten. Wohl auch deswegen bezweifeln Tellia und Löffler, dass es in naher Zukunft einen sogenannten Euro-Islam geben wird, der sich stärker an den europäischen Werten orientiert.

„Eine multikulturelle Gesellschaft, die nur ihre Unterschiede auslebt, ist in der ständigen Gefahr der Selbstzerstörung“, so das traurige Fazit der Autoren. In dem vorliegenden Buch liefern sie zahlreiche Belege dafür, dass Europa sich hier auf einem fatalen Weg befindet. *Rebecca Bellano*

***Bruno Tellia, Berthold Löffler: „Deutschland im Werte-Dilemma. Kann der Islam wirklich zu Europa gehören?“**, Olzog, München 2013, geb., 270 Seiten, 27,90 Euro*



Weckruf an die Jäger

Autoren-Duo plädiert für Bewahrung alter Jagd-Traditionen

Wolfgang Köpp und Jens Krüger sind die Autoren des am 1. März zum Landesjägertag in Linstow präsentierten Buches „Jäger, seid ihr noch zu retten?“ Hans Bringtreu ist ein Pseudonym von Wolfgang Köpp, das der Autor bei vorhergehenden Veröffentlichungen bereits verwendet hat. Sein Zwinger für Deutsche Wachtelhunde trug über viele Jahre den Namen Bringtreu.

Ist das Buch nun ein Plädoyer für oder gegen die Jagd? Der Autor will schlicht die gute Tradition nach dem Vorbild Ost- und Westpreußens fortgesetzt sehen, sieht allerdings die Gegenwart kritisch. „Nein“ zur Jagd heißt es, wo Weidgerechtigkeit und jagdliche Ethik Fremdworte sind, wo Schießer aus den Wildeinnahmen ihr Säckel füllen, wo die Jagd zum Freizeit-Sport verkommt, wo Ökojäger das Wild als nutzlosen Schädling verdammen sowie Waschbär, Marderhund, Wolf und Kormoran hofieren. „Ja“ zur Jagd hingegen heißt es, wo man die Vielfalt des Ökosystems nicht negiert, wo man mit dem Jagdhund an der Seite als profunder Heger der heimischen Tier- und Pflanzenwelt gemeinsam mit dem Bauern, Förster und den Menschen der Region als Anwalt des Wildes agiert, wo man Artenreichtum schützt, um ihn mit Würde und Stolz seinen Nachfahren zu übergeben.

Doch die Kritik in dem Buch geht weit über das Thema Jagd hinaus: Der Kormoran wurde 2010 in unsinniger Weise zum „Vogel des Jahres“ ausgerufen und hat sehr hohe Schäden an Bäumen und Fischbeständen verursacht. Die Ausdehnung der Monokulturen wie Mais und Raps hat in Mecklenburg zum Absterben von ganzen Bienenvölkern geführt. Hinzu kommt die Nutzung von Nahrungsmitteln zur Energiegewinnung, deren Anbau für sogenannte Bioenergie nicht mehr ihren eigentlichen Zweck erfüllt.

Das vorgelegte Buch ist somit mehr als ein Jagd-Buch, es ist ein Weckruf zur Erhaltung der Gesundheit und Schönheit unserer Natur. *Hans-Joachim Nehring*

***Hans Bringtreu: „Jäger, seid ihr noch zu retten?“**, Nordwest Media Verlag, Grevesmühlen 2014, broschiert, 264 Seiten, 14,90 Euro*

Lebensraum Lager

Sammelband stellt Geschichte der Institution dar: Vom britischen »concentration camp« bis Guantánamo

Die Lager für Kriegsgefangene, politisch Verfolgte sowie Angehörige anderer Nationalitäten und Rassen sind in ihrer Perfektionierung ein Ergebnis gesellschaftlicher und technologischer Entwicklungen im 20. Jahrhundert. Mit Recht setzen die Herausgeber des Sammelbandes „Welt der Lager. Zur ‚Erfolgsgeschichte‘ einer Institution“ im Untertitel das Wort Erfolgsgeschichte in Anführungszeichen. Es ist wahrlich ein makabrer Erfolg, war es doch eine immer perfektere Überwachung und Drangsalierung der Gefangenen, die isoliert von der Außenwelt leben und die völlig recht- und ehrlos und ständig von Folter, Hunger und Ermordung bedroht sind.

In der Geschichtsschreibung war es bisher eher üblich, ausgehend von der Beschreibung eines einzelnen Lagers oder der Lager eines einzelnen Staates typische Kennzeichen von Lagersystemen zu beschreiben. Das ließ auch für emotionale Momente Raum. Hier gehen die Herausgeber Bettina Greiner (Hamburg) und Alan Kramer (Dublin) den umgekehrten Weg; sie dokumentieren mehrere Vorträge einer Tagung zur „Welt der Lager“, in denen das Lagersystem idealtypisch und bezogen auf bestimmte historische Etappen sowie auf einzelne Nationen dargestellt wird. Die Autoren kommen aus Deutschland, Großbritannien, Spanien, Italien und Japan. Was dabei verloren geht, ist der emotionale Aspekt (etwa durch Berichte von Zeitzeugen und Überlebenden); den Gewinn mag man in der klaren Übersicht und Zusammenfassung sowie im Vergleich von Lagersystemen in Europa und Asien sehen.

Vernichtung als Teil von KZ und Gulag

Die durch Jahrhunderte zu beobachtende Tendenz in vielen Gesellschaften, beispielsweise Kranke (Pest) rigoros abzusondern oder Andersgläubige zu Flucht und Emigration zu zwingen, wurde gewissermaßen Anfang des 20. Jahrhunderts politisch sanktioniert. Im Burenkrieg in Südafrika errichteten die Briten erstmals „concentration camps“; wenig später folgten die Deutschen beim Herero-Aufstand in Südwestafrika. Der Erste Weltkrieg mit einer bislang nicht gekannten Menge an Gefangenen zwang alle kriegsführenden Staaten zu einem beschleunigten und immer perfekteren Ausbau von Gefangenenlagern. 1918 war der Modernisierungsprozess nahezu überall perfekt. Was ahnungsvolle Zeitgenossen voraussahen, formuliert hier der britische Historiker Heather Jones: „Sobald er sich mit einer ideologischen Radikalisierung verband, löschten die Anwendungen, die dieses neue Wissen später im 20. Jahrhundert fand, Millionen Menschenleben aus.“

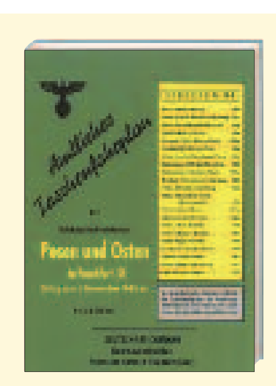
Und so kam es auch. Man weiß es von den Konzentrationslagern in Deutschland und von den unzähligen Gulags in der Sowjetunion; die hier versammelten Beiträge unterstreichen dieses Wissen. Gemeinsam waren allen Lagern die Merkmale: Extra-Legalität und Extra-Institutionalität – also eine Existenz außerhalb jeglicher gesellschaftlicher und rechtlicher Einbindung. In ihrer extremen Ausrichtung waren die NS-Lager bewusst als solche eingerichtete Vernichtungslager. Das sowjetische System setzte pro forma auf Umerziehung und „Säuberung“ des Volkes von Klassenfeinden, glich sich aber de facto durch die unmenschlichen Lebensbedingungen in den Lagern mit ihren Millionen von Toten den Vernichtungslagern an; hier war bereits eine Verhaftung „Beweis“ für eine Schuld, das benötigte Geständnis wurde oft genug durch Zwang und Folter erreicht.

Heimstätte für Flüchtlinge

Der vielleicht aufschlussreichste Beitrag stammt von der japanischen Historikerin Utsumi Aiko. In Japan galt es über Jahrhunderte als Schande, in Gefangenschaft zu geraten, entlassene Gefangene wurden noch in den 1940er Jahre zu Hause zum Selbstmord gezwungen. Dieser Ehrenkodex führte dazu, dass man im Zweiten Weltkrieg auf alle Gefangene mit größter Verachtung herabsah, ihnen jede Menschenwürde absprach, wodurch deren Schicksal vermeintlich völlig gleichgültig wurde, ja weiße Gefangene besonders gedemütigt wurden. Dass es dadurch infolge von Misshandlungen und Entbehrungen massenhaft Tote gab, liegt auf der Hand.

Ungewohnt emotional ist der Beitrag von Bernd Greiner zum Thema Guantánamo und „Krieg gegen den Terror“. Sein Fazit: Gegen jede Staatsräson haben die USA ihre rechtsstaatlichen Traditionen außer Kraft gesetzt und einen Raum außerhalb jeder Legalität geschaffen. Auch Präsident Barack Obama sei letztlich zu „unentschieden, halbherzig und wankelmütig“. *Dirk Klose*

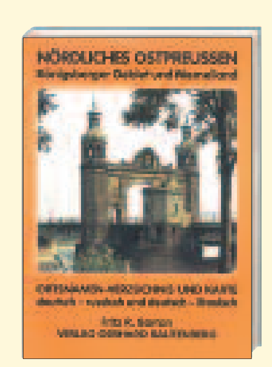
***Bettina Greiner, Alan Kramer (Hrsg.): „Welt der Lager. Zur ‚Erfolgsgeschichte‘ einer Institution“**, Hamburger Edition, Hamburg 2013, 360 Seiten, 32 Euro*



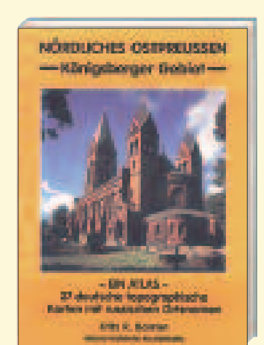
Amtlicher Taschenfahrplan der Reichsbahndirektion
Posen und Osten in Frankfurt (Oder)
Reprintausgabe des Taschenfahrplans von 1943. Kartoniert.
Nr. P A0672 19,95 €



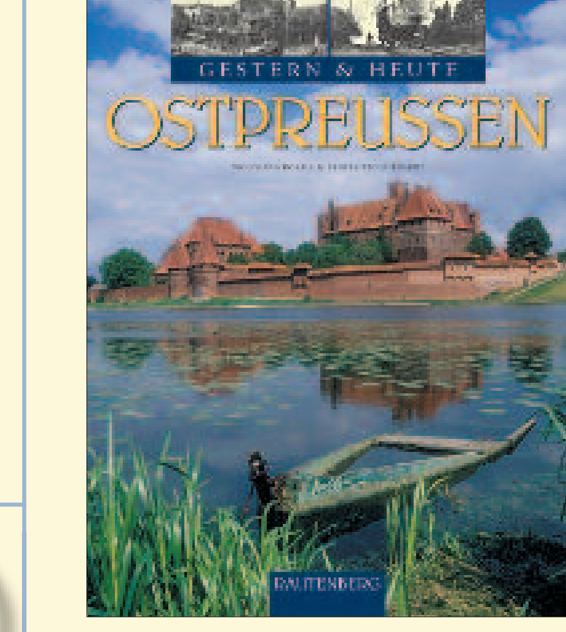
Amtlicher Taschenfahrplan der Reichsbahndirektion
Königsberg (Pr.) und Danzig 1943
Reprintausgabe des Taschenfahrplans von 1943. Kartoniert.
Nr. P A0670 17,80 €

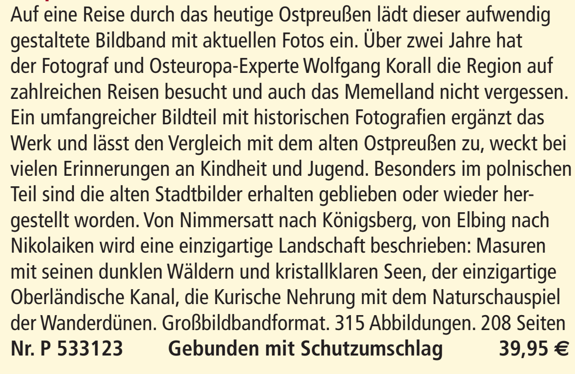


Ortsnamensverzeichnis
Nördliches Ostpreußen Königsberger Gebiet und Memelland
Deutsch – Russisch u. Deutsch – Litauisch. 136 Seiten
Nr. P 5011 Kart. 8,95 €

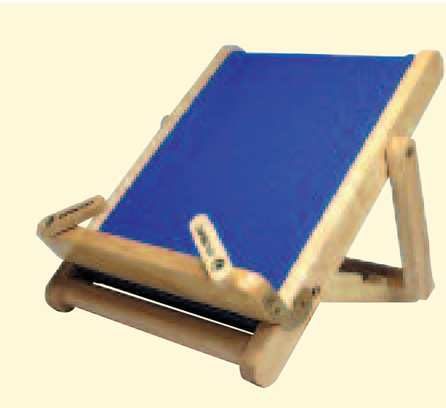


Atlas
Nördliches Ostpreußen Königsberger Gebiet
27 deutsche topografische Karten mit russ. Ortsnamen im Maßstab 1:100.000. 70 Seiten
Nr. P 1092 Kart. 12,95 €





Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Ostpreußen Gestern & Heute
Auf eine Reise durch das heutige Ostpreußen lädt dieser aufwendig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein. Über zwei Jahre hat der Fotograf und Osteuropa-Experte Wolfgang Korall die Region auf zahlreichen Reisen besucht und auch das Memelland nicht vergessen. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Ostpreußen zu, weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend. Besonders im polnischen Teil sind die alten Stadtbilder erhalten geblieben oder wieder hergestellt worden. Von Nimmersatt nach Königsberg, von Elbing nach Nikolaiken wird eine einzigartige Landschaft beschrieben: Masuren mit seinen dunklen Wäldern und kristallklaren Seen, der einzigartige Oberländische Kanal, die Kurische Nehrung mit dem Naturschauspiel der Wanderdünen. Großbildformat. 315 Abbildungen. 208 Seiten
Nr. P 533123 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Buchständer aus Holz und Stoff für kleinere Bücher
Für Bücher mit einer Buchhöhe von maximal 24 cm. Mehrere einstellbare Lesewinkel fördern eine den Rücken schonende Sitzhaltung.
Nr. P A0443 Buchständer aus Holz 19,95 €

Kartenmäppchen Ostpreußen
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Künstlern, die in Ostpreußen gewirkt haben.
Nr. P A0529 6,95 €

Kartenmäppchen Königsberg u. ostpr. Städte
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Königsberg und Städten in Ostpreußen.
Nr. P A0530 6,95 €

Schlüsselanhänger Elchschaufel
45 mm in der Diagonale
Nr. P A0257 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P A0258 (3 Expl.) 13,95 €

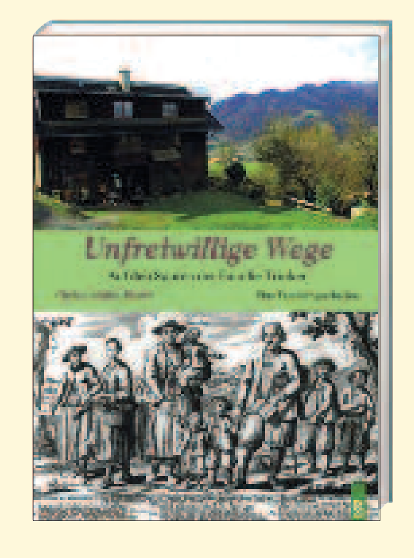
Schlüsselanhänger mit Wappen Ostpreußen
45 mm in der Diagonale
Nr. P 9968 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P 9982 (3 Expl.) 13,95 €



Buchständer aus Holz für größere Bücher
Auflagefläche 34 cm x 22,5 cm x 4 cm. Vier einstellbare Lesewinkel fördern eine aktive und den Rücken schonende Sitzhaltung.
Nr. P A0542 Buchständer aus Holz 29,95 €



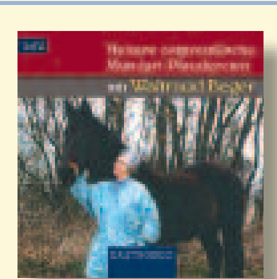
Wolfgang Korall/Gunnar Strunz
Die Burgen des Deutschen Ritterordens
Der Deutsche Ritterorden war neben den Templern und den Johannitern (Malteser) der dritte dreier großer Orden und entstand 1190 als deutsche Hospitalgenossenschaft. Die Wehr- und Repräsentationsburgen, die der Orden der Nachwelt hinterließ, sind die markantesten Zeugen jener Zeit. Dieser Bildband berichtet fundiert über die noch heute eindrucksvollen Burgen, aber auch über die mächtigen Ruinen. Zu den absoluten Höhepunkten einer Burgenreise gehören dabei neben der Marienburg u. a. Heilsberg (Lidzbark Warmiski), Rößel (Reszel), Allenstein (Olsztyn) und die Ordensburg und Ordensdom in Marienwerder (Kwidzy). Einzelne Kapitel des Buches berichten u. a. über verschwundene Burgen, berühmte Hochmeister, die besondere Architektur, das Leben auf einer Deutschordensburg und die spezielle Geschichte der Marienburg. 160 Seiten, 32 S/W und 185 farb. Abb.
Nr. P 533158 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



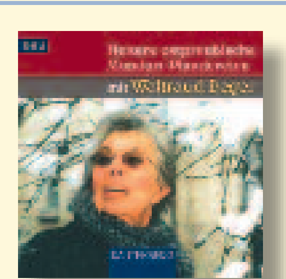
Christa Malitz-Picard
Unfreiwillige Wege
Auf den Spuren der Familie Trinker
Die Familiengeschichte beginnt 1687 mit der Geburt Wolf Drinkhers im Pongau, der zusammen mit seinem Bruder Hans als Bergbauernsohn im Salzburger Land aufwächst und 1731 aufgrund seines evangelischen Glaubens vertrieben wird. Als Teil des 20.000 protestantische Salzburger umfassenden Exilantenzuges machen sie sich auf den Weg nach Ostpreußen, wo sie mit ihren Familien eine neue Heimat finden und fortan Trinker heißen. Vier Generationen leben hier, bis sich die Familie Trinker erneut auf den Weg machen muss; am Ende des Zweiten Weltkrieges werden sie mit einem Großteil der ostpreußischen Bevölkerung vertrieben. Die Autorin zeichnet in ihrer detailreichen Familiengeschichte die Erlebnisse der Trinkers nach, wobei sie die Ereignisse auch in den historischen Kontext einbettet und so eine Kombination aus überzeugend recherchierter Generationengeschichte und Erzählung geschaffen hat. 223 Seiten
Nr. P A0568 Gebunden mit Schutzumschlag 15,00 €



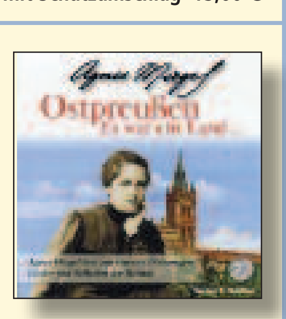
Silke Steinberg
Ostpreußische Schriftsteller
Erzählungen und Gedichte
Erzählungen und Gedichte von Autoren, die in Ostpreußen geboren oder durch ihr Lebenswerk mit diesem Raum verbunden sind, sind in diesem Band versammelt. Damit diese interessanten Geschichten und Ansichten ostpreußischer Schriftsteller nicht verloren gehen, ist dieses Buch neu aufgelegt worden. Die Autoren sind unter anderen: Walter Adamson, Annemarie in der Au, Botho von Berg, Hedwig Bienkowski-Andersson, Elfriede Bork-Jacobi, Peter Paul Brock, Marie Brückner, Hansgeorg Buchholtz, Tamara Ehlert, Heinrich Eichen, Ursula Enseleit, Kuno Felchner, Grete Fischer, Ruth Geede, Hedy Gross, Horst-Hellmuth Juschka, Gerhard Kamin, Esther Knorr-Anders, Margarete Kudnig, Fritz Kudnig, Heinz Panka, Gertrud Papendick, Eva Schneidereit-Gercke, August Schukat, Eva Schwimmer, Ruth Maria Wagner, Eva M. Sirowatka, Arno Surminski u.v.m. 206 Seiten
Nr. P 5152 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



Waltraud Beger
Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien – Teil 1
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5767 CD 12,95 €



Waltraud Beger
Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien – Teil 2
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5769 CD 12,95 €



Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land
Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen, Lieder und Balladen der Heimat. Zwischen den einzelnen Stücken ertönen bekannte ostpreußische Lieder. 40 Min.
Nr. P 5893 CD 9,95 €



Heimat deine Sterne
Mit unvergessenen Film- und Schlagerstars
Ilse Werner, Lale Andersen, Zarah Leander, Heinz Rühmann, Hans Albers, Willy Schneider, Paul Hörbiger, Melitta Kepac u.v.m. (Laufzeit 64 Minuten)
Nr. P 5855 CD 12,95 €



Wulf Wagner
Ostpreußen in 1000 Bildern
Reise in die alte Heimat in 1000 Bildern
Ostpreußen das Land zwischen Memel und Weichsel: Dunkle Wälder und fruchtbare Getreidefelder, meerumbrandete Küsten und einsame Seen, wehrhafte Burgen und verträumte Dörfer. 1000 Bilder geben einen Eindruck vom Leben in Ostpreußen eine ausführliche Zusammenstellung von bisher unveröffentlichten Aufnahmen der Sammlung Koschwitz. Gehen Sie auf eine Reise durch Königsberg und Ostpreußen, beginnend am Königsberger Schloss, dem Mittelpunkt der Hauptstadt. Weiter geht es zum Schlossteich, dem Paradeplatz, dem Königstor, über Roßgarten, Sackheim und Löbenicht, von der Lomse durch die Kaiserstraße zum Haberberg, vorbei am Ostbahnhof und der Börse, zu den Ostseebädern Warnicken, Neukuhren und Cranz bis zur Begehung der Marienburg. Tauchen Sie ein in die Geschichte Ostpreußens und lassen Sie sich auf eine Reise mitnehmen. 400 Seiten
Nr. P A0582 Gebunden 16,99 €



Siegfried Lenz
Jütländische Kaffeetafeln
Gebutterte Rundstücke, Sahne-Großtorte mit Kirschen, Napoleonschnitten, gefüllt mit Vanillepudding und Nusstorte mit Buttercreme – das alles gehört zur jütländischen Kaffeetafel. Mit humorvollen Bildern hat Kirsten Reinhold die beliebte Lenz-Erzählung illustriert. 23 S.
Nr. P A0506 Gebunden 9,00 €



Siegfried Lenz
Eine Liebesgeschichte
Eine anrührende Liebesgeschichte aus Suleyken: Der schweigsame Holzfäller Joseph sieht am Fluss die schöne Katharina Knack und wird von Amors Axt getroffen. Ohne große Worte, doch mit ganz speziellem Charme gelingt es ihm, die Angebetete für sich zu gewinnen. 40 S.
Nr. P A0625 Gebunden 16,99 €





Frühling – Ein Poesiealbum
Günter Berg hat die schönsten Frühlingstexte zusammengetragen: Goethe, Rilke, Heine und andere – Lyrik und Prosa vereinen sich zu einer poetischen Blütenlese. Zauberhafte botanische Zeichnungen von Sibylla Merian und anderen Meistern der Aquarellkunst machen dieses romantische Poesiealbum zu einer Augenweide. 64 Seiten
Nr. P A0580 Gebunden 8,99 €



Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,00 €



Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß"
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 11,00 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ______ Name ______
Straße/Nr. ______ Telefon ______
PLZ/Ort ______
Datum ______ Unterschrift ______

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Wieder Zensur bei Amazon

Luxemburg – Der Internetversand Amazon hat die Bücher des Verlags Bublies ohne Begründung aus dem Angebot gestrichen. Der Verlag gibt Werke zur Politik, Zeit- und Militärgeschichte heraus, darunter auch solche von Gegnern und Opfern des NS-Regimes. Im Februar hatte Amazon bereits zwölf Bücher des Verlags Antaios aus dem Sortiment genommen. *J.H.*

EU vermiest Biertradition

München – Der Bayerische Rundfunk hebt hervor, dass Bayern der EU die Schaffung eines neuen Berufsbildes verdanken könnte: das des Umschenkers. Da es ab 2015 laut EU-Recht keine undurchsichtigen Schankgefäße mehr geben darf, müsste eigentlich der steinerne Bierkrug abgeschafft werden. Doch das Wirtschaftsministerium hat eine Sondererlaubnis erwirkt: die Bereitstellung eines transparenten Messbechers. So kann der Gast die Füllmenge selbst überprüfen oder von einem angestellten Umschenker vorgeführt bekommen, dass die Maß voll ist. *Bel*

ZUR PERSON

Jagd nach dem Urwald-Phantom

So einen Aufwand, um einen einzigen Mann zu ergreifen, hatten die USA nur im Fall von Osama Bin Laden unternommen. Vier Spezialflugzeuge vom Typ „Osprey“ und 150 Soldaten der US Air Force sind jetzt nach Uganda entsandt worden, um einen sogenannten Warlord aufzuspüren. Es handelt sich dabei um **Joseph Kony**, gegen den der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag 2005 einen Haftbefehl erhoben hat.

Dem 1961 geborenen Kony wird vorgeworfen, über 60 000 Kindersoldaten rekrutiert zu haben, nachdem er sie von Anhängern seiner „Lord's Resistance Army“ (LRA), der „Widerstandsarmee des Herrn“, entführen und versklaven ließ. Außerdem werden ihm Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Zwangsprostitution, Vergewaltigung und Folter sowie Kriegsverbrechen vorgeworfen. Sein Ziel, mit der LRA in Uganda einen christlichen Gottesstaat auf Basis der Zehn Gebote zu etablieren, liegt aber in weiter Ferne. Seine Gottesarmee soll zuletzt auf 250 Mann geschrumpft sein und er selbst sich im Sudan oder Kongo versteckt halten.



Zum gewinnbringenden Spektakel geriet die Video-Kampagne „Kony 2012“, mit der die Organisation „Invisible Children“ vor zwei Jahren Spenden von 32 Millionen Dollar eintrieb. Was aus diesem Geld wurde, ist unklar. In Afrika ist es bis heute nicht angekommen. Dafür hat die US-Regierung schon vor drei Jahren aus Steuergeldern finanzierte 100 „Militärberater“ nach Uganda entsandt und mit Luftdrohnen nach Kony Ausschau gehalten.

Dass die Amerikaner angesichts der Krim-Krise nichts Besseres zu tun haben, als ihr Engagement in Sachen Kony jetzt auszudehnen, zeigt, dass ihnen jeder Anlass recht ist, um militärisch Einfluss auf den afrikanischen Kontinent nehmen zu können. *Harald Tews*



Kälteeinbruch

Unverbrüchliche Freundschaft

Warum ein paar Vokabeln Russisch nützlich sind, worauf wir verzichten können und warum alles lupenrein in Ordnung ist / Der Wochenrückblick mit Klaus J. Groth

Druschba! Es wird Zeit, sich wieder an ein paar russische Vokabeln zu erinnern, wer weiß, wozu das noch einmal gut ist. Druschba also heißt „Freundschaft“. Wie sehr der Russen an der „unverbrüchlichen Völkerfreundschaft“ gelegen ist, das hatten wir nach dem Niedergang des Sowjetreiches doch glatt fast schon vergessen. Nun werden wir nachdrücklich daran erinnert. Druschba!

Weil aber nicht jeder zur Zwangsbeglückung an die breite russische Brust gedrückt werden möchte, zeigen wir jetzt dem Putin mal, was eine Harke ist. Nach langen, sorgsamen Beratungen haben sich die EU und die USA ein paar feine gemeinsame Sanktionen ausgedacht. Da dürfen etwa drei Dutzend beinahe wichtige Leute aus Putins Helferriege nicht mehr zum Xmas-Shopping nach New York und die gebuchte Osterreise nach Baden-Baden können sie auch gleich absagen. Recht so. Wehren wir uns.

So machtvoll bestrafen wie das gemeinsame west-östliche Europa kann auch jeder Einzelne, ganz bestimmt. Man muss nur wollen. Zum Beispiel, indem man die Wodkaflasche wieder aus dem Einkaufskorb nimmt, obwohl sie gerade im Sonderangebot günstig zu erwerben wäre. Und es muss nun wirklich nicht immer Kaviar sein. Und dieses süße Zeug, dieser Krimsekt, können wir ohne den wirklich nicht mehr sein? Man sieht schon an diesen wenigen Beispielen, wie abhängig die Russen von uns sind und wo wir sie piesacken könnten – wenn wir wollten. Aber wir haben noch viel mehr im Köcher. Wir entfernen Tolstoi, Puschkin und andere Russen aus den Bibliotheken (die dikken Schwarten nehmen ohnehin viel zu viel Platz weg), wir laden das Bolschoiballett nicht mehr ein (sollen die doch ihren „Schwanensee“ oder ihren „Nussknacker“ hüpfen, wo sie wollen) und wir hören keine Schmachtfetzen von Ivan Rebroff mehr. Wie, das ist gar kein Russe gewesen? Der wurde in Berlin geboren? Na, macht nichts, die Russen wird es schon ärgern.

Leichter wird das Leben durch diese Sanktionen für uns allerdings nicht. Das ist schon mit Entbehrungen verbunden, dessen müssen wir uns bewusst sein. Kein Kaviar mehr! Kein Krimsekt mehr! Keine Natascha auf dem Autostrich mehr! Werden wir das durchstehen?

Sollten diese harten, ja, geradezu brutalen Strafaktionen wider Erwarten einen Mann nicht erschüttern, der mit nacktem Oberkörper durch Sibirien galoppiert, dann bleibt uns immer noch die ultimative Mehrzweckwaffe Pussy Riot. Mehr Opposition gegen Putin geht nicht. Das kann doch kein Zufall sein, dass die Mädels an diesem Wochenende in München wieder einmal als die eins-a-tapferen Kämpferinnen für die Menschenrechte gefeiert wurden. Ausgerechnet in München, wo sonst die Sicherheitskonferenz tagt. Doch selbst die neue Verteidigungsministerin, Ursula von der Leyen (das ist die Dame mit der auf den Kopf geleimten Sturmhaube), selbst die brabbelte am vergangenen Sonntag in der Quasselbude von Günther Jauch was von Pussy Riot. Was sie genau meinte, wurde zwar auf Anhieb nicht klar, aber erstens ist das bei Beiträgen in dieser Sendung ohnehin eher seltener der Fall, und zweitens genügt es schon, Pussy Riot zu erwähnen, und schon erzittert der Kreml in seinen Grundmauern. Da macht es auch gar nichts, dass Ursula von der Leyen und Pussy Riot so viele Gemeinsamkeiten verbinden wie Dieter Bohlen und Alice Schwarzer. Recht so, man sucht seine Verbündeten, wo man sie findet.

> Auch wir können Russland ähnlich machtvoll wie die EU bestrafen, indem wir auf Kaviar verzichten

Aber warum eigentlich die Aufregung? Es geht auf der Krim doch alles sehr ordentlich zu und immer hübsch der Reihe nach. Alles rechtens und fein abgestimmt, wie das bei lupenreinen Demokraten üblich und gar nicht anders denkbar ist. Nur wer das nicht erkennt, könnte auf den Gedanken kommen, das ganze Verfahren erinnere fatal an Salamitaktik, anfangs mit dünn geschnittenen Scheibchen, die dann fortlaufend etwas dicker ausfallen bis am Ende die Wurst am Stück genommen wird.

Erst ein bisschen Manöver an der Grenze zur Ukraine, dann wird auf der Krim ein kremlfreundlicher Regierungschef für die Region aus dem Hut gezaubert. Durch wen und unter welchen Umständen auch immer, das weiß man nicht so genau. So wie auch einige Umstände seines bewegten Lebens nicht so ganz genau bekannt sind und eher als fragwürdig eingestuft werden könnten. Der Mann weiß, was von ihm erwartet wird, und setzt prompt einen Hilferuf nach Moskau ab, zum Schutz der russischen Bevölkerung auf der Krim. Dann folgt planmäßig eine Volksabstimmung über die Heimkehr nach Russland, nachdem zuvor vorsichtshalber schon mal die Unabhängigkeit der Krim erklärt wurde. Moskau überprüft den unerwarteten Hilferuf sorgsam, entscheidet parlamentarisch und juristisch, ob der Notruf der bedrohten Menschen erhört und die Krim im Sinne der unverbrüchlichen Völkerfreundschaft im russischen Reich aufgenommen werden kann. Schließlich, damit auch das seine Ordnung hat, die Umstellung der Verwaltung auf russisches Recht. Geht es noch penibler? Da passt alles so, wie es sein soll.

Die russischen Soldaten tauchten schließlich erst auf, nachdem alles seine Ordnung hatte. Die Grünen Männer, die vorher mit der Waffe im Anschlag dafür sorgten, dass alles so lief, wie es laufen sollte, das waren eben nur Grüne Männer. Woher die kamen und warum sie die Kennzeichen von den Autos geschraubt hatten, das wollte man offenbar nicht so genau wissen.

Weil das alles seine Ordnung hat und weil der Westen selbst dran schuld ist, dass die Krim zur Schutzmacht Russland strebte, weil die Banditen, Schurken und Gauner in Kiew das Ruder übernommen haben, sollen wir jetzt Ruhe geben und den Fahnenwechsel akzeptieren. Sagt Sahra Wagenknecht. Das überrascht nicht. Sagt auch Gregor Gysi so ähnlich. Das überrascht auch nicht. Sagt auch so ungefähr Putins Gasmann Gerhard Schröder. Auch nicht unbedingt überraschend. Sagt auch der designierte Chefdirigent der Münchner Philharmoniker, Waleri Gergijew, und unterschrieb einen Appell, der Putins Politik begrüßt. Das war dann doch ein bisschen überraschend. Deshalb gab es etwas Ärger mit den Grünen in München, woraufhin das Kulturreferat der Stadt München darauf verwies, Meinungsfreiheit sei ein hohes Gut. Das gelte auch für den Dirigenten. Das war dann wieder etwas weniger überraschend. Und vermutlich müssen wir aus diesem Grund auch das Bolschoiballett aus der Liste der Boykottmöglichkeiten streichen. Kulturreferenten neigen leicht dazu, Putin zu verstehen.

Gerhard Schröder auch. Der weiß auch, warum sein Freund Putin häufig so traurig aus der Wäsche schaut. Er ist unglücklich, der Arme. Weil sich die große schöne Sowjetunion in Einzelteile zerlegt hat. Diese „größte Katastrophe des vergangenen Jahrhunderts“ will Putin wieder in Ordnung bringen. Nach einem erprobten Drehbuch. Darin sind Ähnlichkeiten nicht zufällig. Mit Georgien, Transnistrien und nun der Krim hat er schon mal angefangen, frei nach dem Motto „Der längste Weg fängt mit dem ersten Schritt an.“ Zwar ist das alles Kleinkram, aber Kleinvieh macht bekanntlich auch Mist und ebenso bekannt ist der Spatz in der Hand, der einer Taube auf dem Dach vorzuziehen sein soll. Doch Vorsicht, der Mann im Kreml ist kein Krümelmonster, der hat noch Großes vor. Man sehe sich nur einmal die Kostüme an, mit denen die Lakaien und Türsteher im Kreml und St. Petersburg ausstaffiert sind. Alles zaristisch, mit Bommeln und Kokarden. Katharina die Große hat nicht besser geprotzt (und die hatte schließlich den Herrn Potemkin als Kulissenschieber). Jeder Ausstatter einer Operette kann sich etwas abgucken. Darum sind Einladungen zu „Pomp and circumstance“ im Kreml so beliebt. Auch bei Gerhard Schröder. Darum sollten auch wir mit unserer nützlichen Russisch-Lektion fortfahren. Ebenso wichtig wie das Wort „Druschba“ (Freundschaft) ist das Wort „Spasiba“, das heißt „Danke“.

Hans Heckel ist diese Woche im Urlaub.

MEINUNGEN

Silke Kersting *kritisiert im „Handelsblatt“ vom 20. März die von der Großen Koalition geplante* ***Mietpreisbremse****:*

„Doch ist der Wohnraum in Ballungsgebieten wirklich so teuer, dass der Staat einschreiten muss? Sind es überhaupt die Kaltmieten, die für das Gros steigender Mieten sorgen? Oder sind es nicht vielmehr die Nebenkosten für warmen Wohnraum, kurz: die Energie? ... Für ein größeres Angebot an Wohnraum wird die Mietpreisbremse nicht sorgen. Im Gegenteil. Investoren fühlen sich ob der Regelungswut der Großen Koalition abgeschreckt. Dadurch verschlimmert sich die Situation in vielen Großstädten weiter, und das Problem des mangelnden Wohnraums wird nur in die Zukunft verschoben. Die Prioritäten der Großen Koalition auf dem Wohnungsmarkt sollten darum ganz woanders liegen: beim Wohnungsneubau, privat wie öffentlich.“

„Hundert Tage und kein bisschen weise“ *lautet die vernichtende Kritik von* ***Heike Göbel*** *zur* ***Großen Koalition*** *in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 24. März:*

„Könnte man von den ersten hundert Tagen auf die Wahlperiode schließen, müsste sich die deutsche Wirtschaft warm anziehen. Die SPD scheint gewillt, die neuen Schaltstellen der Macht zu nutzen, um die Belastbarkeit der Unternehmen auszuloten. Die Union lässt es geschehen, auch weil sie – nicht nur über die Mütterrente – an der Kostenlawine nicht unschuldig ist. Die Freude über den Verzicht auf Steuererhöhungen weicht in Mittelschicht und Mittelstand mittlerweile der Erkenntnis, dass damit leider keine Selbstbeschränkung des Staates verbunden ist.“

In ihrer wöchentlichen Kolumne bei „Wirtschaftswoche online“ erklärt ***Bettina Röhl*** ***„Das Ende der Demokratie ...“****:*

„Die Demokratie ist nach dem Willen der Grünen, aber auch längst nach dem Willen der Großen Koalition auf nahe Null reduziert, wenn es um die eigentlich wichtigen Fragen geht, wie zum Beispiel um die Europapolitik, den Euro, die an der Schuldenbremse des Grundgesetzes vorbei gemogelte Staatsverschuldung oder, wenn es um Integrationspolitik, Bildungspolitik, Rentenpolitik und Rechtspolitik geht. Zu all diesen Fragen wird der Bürger dahingehend beschieden: Das geht dich nichts an. Referenden zu diesen Themen gibt es nicht und auch die Verfassungen in Europa, in Deutschland das Grundgesetz, haben, was diese Themenkreise anbelangt, ihren Geltungsbereich weitreichend verloren. Die Meinungsfreiheit ist entsprechend eingeteilt in die Freiheit die richtige Meinung haben und äußern zu dürfen und die Unfreiheit an der falschen Meinung ersticken zu sollen.“

Hans-Ulrich Jörges *verurteilt im „Stern“ vom 20. März äußerst scharf* ***Berlins US-Hörigkeit****:*

„Wenn es darauf ankommt, verweigern sich die Abgehörten der NSA noch immer nicht den Washingtoner Lauschern. Der Brite Tony Blair wurde einst als Pudel auf Amerikas Schoß verspottet. Wir sind der Dackel an Amerikas Leine.“